

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 2,30 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mt., für das übrige Ausland 3 Mt. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1895 unter Nr. 7199.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Zulage für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 12. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bismarck - Bötticher - Berg.

Zu dem Fall Bötticher erhalten wir von einer Seite, die wir für gut unterrichtet halten können, folgende Mittheilung:

„Die vom Staatsministerium gestern publicirte Erklärung hat, wie jetzt schon versichert werden darf, doch nicht allerwärts den erhofften Erfolg gehabt. Vielmehr verlautet jetzt schon, daß nunmehr eine aktenmäßige Darstellung der Affäre des Straßburger Bankdirektors Berg und der Entnahme einer sehr großen Summe aus dem Welfensfonds von welfischer Seite beabsichtigt wird. Bekanntlich ist diese Entnahme unzweifelhaft durch den Fürsten Bismarck widerrechtlich erfolgt, weswegen man auch gerade von dieser Seite nichts gethan hat, um diese als Staatsgeheimniß behandelte pikante Angelegenheit in die Oeffentlichkeit zu bringen. In Wahrheit ist die betreffende sensationelle Enthüllung, welche soviel Staub aufwirbelte, seinerzeit von einer Seite ausgegangen, die mit Bismarck nichts zu thun hatte. Das darf ausdrücklich, gestützt auf die sichersten Informationen über den Sachverhalt, hier festgestellt werden. Es wußten darum nachweislich nur sehr wenige ganz hochgestellte Personen. Was die „Freunde“ des Herrn v. Bötticher anbelangt, welche vorher schon zu Gunsten seines Schwiegervaters eine Art freiwillige Subskription angestellt hatten, so handelte es sich um ein Komitee, an dessen Spitze Herr Werner Siemens stand. Allein die aufgebrachtsten Beträge reichten bei weitem nicht zur Deckung der Berg'schen Verbindlichkeiten aus, und nach Rücksprache mit Reichsminister Bismarck „helfend“ ein, indem er das erforderliche Geld dem Welfensfonds entnahm. Der alte Kaiser hat keinen Heller dazu hergegeben.“

Die Entnahme der Unterstützungsgelder für Herrn Berg aus dem Welfensfonds war deshalb widerrechtlich, weil der Welfensfonds durch Gesetz ausdrücklich für die Bekämpfung der angeblichen welfischen Umtriebe reservirt war. Nun liegt allerdings mehr als eine Vermuthung der Ueberzeugung zu Grunde, daß beständig Gelder zu ganz anderen Zwecken, die dem damaligen Reichskanzler im Interesse seiner Politik zu liegen schienen, Verwendung gefunden haben. Daß Privatmänner, wie der Schwiegervater eines Ministers, bedeutende Unterstützungssummen er-

halten hätten, ist allerdings nur in diesem einen Fall unbestritten anerkannt worden.

Wo die sonstigen Gelder geblieben sind, wird auch nur in seltenen Fällen nachgewiesen werden können, denn in weiser Voraussicht der Bewegungsfreiheit, die ihm zu höherem staatsmännischen Zwecke bei Unterbringung der Welfensfonds-Gelder zu Gebote stehen mußte, hatte Fürst Bismarck es ausgewirkt, daß er nicht öffentliche Rechenschaft abzulegen, sondern nur vom Kaiser persönlich sich jährlich Indemnität für die Veranschlagung der bedeutenden Summen ertheilen zu lassen hatte.

Das ist denn auch zur völligen Zufriedenheit der beiden Herren alljährlich geschehen. Und dann sind schließlich, damit nie und nimmer ein Unerwünschter seine Nase hineinstecken könne, die sämtlichen Welfensfonds-Quittungen den reinlichen und reinigenden Flammen überliefert worden.

Als die Bötticher-Berg-Geschichte in den „Hamburger Nachrichten“ veründet worden, mußte es nach allem was über die Geheimnisse des Welfensfonds ruchbar geworden war, einigens Erstaunen erregen, daß gerade Fürst Bismarck, auf den man die Veröffentlichung zurückführen zu müssen glaubte, selbst den Verdacht von seinem eigenen Treiben gelüftet hätte.

Die obige Mittheilung unseres Korrespondenten rückt die Sache in ein anderes Licht und macht die Enthüllung verständlicher.

Jedenfalls haben diejenigen Bismarck-Jünger, die fortgesetzt in der Bötticher-Berg-Affäre herumstocherten, weil sie glaubten, auf diese Weise den ehemaligen Reichskanzler an dem Minister v. Bötticher wegen angeblicher Undankbarkeit zu rächen, ihrem Herrn und Meister einen bösen Bären dienst geleistet.

Sie sind auch jetzt noch nicht klüger geworden. Sie bleiben Herrn v. Bötticher auf der Fährte, ohne zu merken, daß die Verfolgung dieser Fährte schließlich in die geheimsten Schlußwinkel des Bismarck-Baues hineinführen muß. Da nämlich die Erklärung des Staatsministeriums den Minister von Bötticher theilweise entlastet, indem er sich dafür verbürgt, daß der genannte für den Hinnahme seines eigenen Vermögens in den Schlund des Berg'schen Zusammenbruchs keinen Ersatz aus Staats- oder Welfensfondsmitteln erhalten hat, bleibt schließlich an ihm nur der nämliche Vorwurf haften, wie an dem Fürsten Bismarck selbst: die Verwendung der Welfensfonds-Gelder zu anderen Zwecken als das Gesetz bestimmte.

Kommt der Minister v. Bötticher deshalb auf die Anklagebank vor dem Forum der öffentlichen Meinung, so erhält er jedenfalls den Fürsten Bismarck als Kollegen.

Nur blindwüthige Bismarck-Anbeter können sich darüber täuschen.

Wir haben unsererseits natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß die Sache recht gründlich erörtert und klar gestellt wird. Licht, mehr Licht! Nur die Dunkelmänner und Hintertreppenschleicher haben das zu scheuen.

So registriren wir denn zunächst, was die „Neuesten Nachrichten“, das hiesige Bismarck-Organ auf den Vorwurf der „Maulwurfsarbeit“ wegen der beharrlichen Befehdungen des Ministers v. Bötticher erwidert:

„Von einer „Maulwurfsarbeit“ kann wohl insofern nicht die Rede sein, als das Ausscheiden des Herrn v. Bötticher aus dem Ministerium und seine Nebernahme des Oberpräsidiums in Kassel zum 1. Juli d. J. formell beschlossen war, dann aber infolge eines bekannten Vorgangs wieder rückgängig gemacht worden ist.“

Ob Herr v. Bötticher in Berlin auf dem Ministerstuhl oder in Kassel auf dem Oberpräsidentenstuhle sitzt, bleibt sich für uns allerdings gleich. Uns interessiert an obiger Aeußerung hauptsächlich der darin ausgeprägte ganz stöckerisch amuthende Moralsatz, daß die Operation der Bismarck-Organen „insofern“ keine Maulwurfsarbeit sei, als v. Bötticher beinahe schon einmal aus Berlin hinwegoperirt worden war.

Wenn nun ferner die „Hamburger Nachrichten“ zu der Ministererklärung schreiben:

„Zunächst drängt sich die Frage auf, ob den Herren Unterzeichnern der Erklärung die Vorgänge, auf die sie sich bezieht, in vollem Umfange amtlich bekannt geworden sind.“

so sehen ja die „Hamburger Nachrichten“ an der Quelle, im Sachsenwalde, wo die lauterste Wahrheit träufelt. Also nur heraus mit der Sprache!

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Oktober.

Eine sonderbare Logik entwickelt der Präsident des Oberlandesgerichts zu Köln. Bekanntlich war dem Redakteur Wessel von der „Niederrheinischen Volkstribüne“ der Zutritt zu dem Theile des Schwurgerichtssaales, der von Berichterstattern eingenommen zu werden pflegt, verweigert worden. Auf die eingelegte Beschwerde erhielt Genosse Wessel folgenden Befcheid vom Präsidenten des Oberlandesgerichts:

„Köln, den 4. Oktober 1895. Auf die Eingabe vom 26. v. M. erwidere ich Ew. Wohlgeboren nach eingezogenem Bericht und nach Prüfung der Sachlage, daß ich die Weigerung des königlichen Landgerichtspräsidenten dort, Ihnen zu dem den Reagen vorbehaltenen Raum im Schwurgerichtssaale zum Zweck der Bericht-

hatten sie mich zurückgelassen? Es ist doch ein offener Platz, wo man alles übersehen kann. Wahrscheinlich liege ich doch nicht allein hier. Es wurde so häufig geschossen. Ich muß einmal den Kopf umdrehen und um mich schauen. Jetzt kann ich das leichter ausführen; denn vorhin, als ich zur Besinnung gekommen war und den Grashalm und die mit dem Kopf nach unten kletternde Ameise gesehen und versucht hatte, mich aufzurichten, war ich nicht in meine frühere Lage zurückgefallen, sondern hatte mich umgedreht, so daß ich auf dem Rücken lag. Deshalb konnte ich auch die Sterne sehen.

Ich richte mich auf und sehe mich. Das ist sehr mißsam, wenn beide Beine durchgeschossen sind. Einige Male verzweifelte ich fast daran, daß es mir gelingen würde, der Schmerz trieb mir die Thränen in die Augen; doch endlich sah ich.

Ueber mir sehe ich ein Stück dunkelblauen Himmels, an welchem ein großer und mehrere kleine Sterne glänzen, rings herum etwas Dunkles, Hohes. Es ist das Buschwerk. Ich liege im Gebüsch, sie haben mich nicht gefunden!

Ich fühle, wie mir die Haare auf dem Kopfe zu Berge stehen.

Aber wie komme ich in das Gebüsch, da ich doch auf dem freien Platz getroffen wurde? Ich muß mich wohl, schon verwundet, hietzer geschleppt haben, während ich vor Schmerz bereits besinnungslos war. Es ist nur seltsam, daß ich mich jetzt nicht bewegen kann, wenn ich vorher in dies Gebüsch kriechen konnte. Vielleicht hatte ich da erst eine Wunde, und der zweite Schuß traf mich hier.

Blafrosenfarbene Flecke werden um mich her sichtbar, der große Stern erbleicht, die kleinen verschwinden. „Der Mond geht unter,“ denke ich, „wie schön ist es jetzt zu Hause!“

Einige seltsame Töne bringen zu mir herüber... als ob jemand stöhnte. Ja, es stöhnt — ob wohl neben mir noch so ein Vergessener liegt mit zerflossenen Beinen oder einer Kugel im Leibe? Nein, das Stöhnen erklang so nahe, aber neben mir ist, wie mir scheint, niemand... Mein Gott, das war ich ja selbst! Leises, klägliches Stöhnen. — Thut es denn wirklich so weh? Muß doch wohl; aber es

Vier Tage.

Aus dem Russischen von Wsewolod Garschin.

Ich erinnere mich, wie wir durch den Wald liefen, wie die Äugeln pfliffen, wie die von diesen zerschmetterten Zweige fielen, und wie wir uns durch Weißdorngebüsch eine Bahn brachen. Die Schüsse fielen häufiger. Durch das Buschwerk des Waldbrandes ward hier und da etwas Rothes sichtbar. Sidorow, ein junges Soldatchen aus der ersten Kompagnie (wie kommt der in unsere Vorkostenletzte? fuhr mir's durch den Kopf), setzte sich plötzlich auf die Erde und sah mich schweigend mit großen, erschrockenen Augen an. Aus seinem Munde ergoß sich ein Blutstrahl. Jawohl! dessen erinnere ich mich ganz genau. Ferner erinnere ich mich noch, daß ich schon fast am Rande im dichten Buschwerk ihn erblickte. Er war ein riesiger, dicker Türke, aber ich lief gerade auf ihn zu, obgleich ich schwach und hager bin. Es knallte etwas; etwas Riesengroßes, wie mir's schien, flog vorüber; ich empfand ein Säusen in den Ohren. „Er hat nach mir geschossen“, dachte ich, und dabei drückte er sich mit einem lauten Schreckenruse mit dem Rücken in das Weißdorngebüsch. Er hätte um den Busch herumgehen können, aber, vor Angst außer sich, verkroch er sich in den stacheligen Ästen. Mit einem Stoße entwarfnete ich ihn, mit dem zweiten bohrte ich mein Bajonnet irgendwo hinein. Man vernahm etwas, das zwischen Brüllen und Stöhnen etwa die Mitte hielt. Ich lief weiter. Die Unsern schrien „Hurrah!“ Es fielen einige, man schob. Ich erinnere mich, daß auch ich einige Male feuerte, als ich schon aus dem Walde heraus auf freiem Felde war. Plötzlich erscholl das Hurrah lauter, und wir kamen auf einmal vorwärts, das heißt, nicht wir, sondern die Unserigen, denn ich blieb. Das schien mir seltsam und noch sonderbarer, daß plötzlich alles verschwand, Geschrei und Gewehrfeuer verstummten. Ich hörte nichts, ich sah nur etwas Blaues, vermutlich den Himmel, dann verschwand auch das.

Niemals noch hatte ich mich so seltsam befunden. Mir schien, ich läge auf dem Bauche und sähe nur ein kleines Stückchen Erde vor mir. Einige Grashälmschen, eine Ameise, die von einem derselben mit dem Kopfe nach unten herab-

steigt, einige vermoderte vorjährige Kräuter — das ist meine ganze Welt. Und ich sehe sie nur mit einem Auge, weil das andere durch etwas Hartes zugebückt ist, wahrscheinlich ist es ein Ast, auf dem mein Kopf liegt. Es ist mir schrecklich unbequem, ich will mich bewegen, aber es ist mir unmöglich, ich begreife nicht, warum. So vergeht die Zeit. Ich höre das Zirpen der Heupferdchen, das Summen einer Biene, weiter nichts. Endlich mache ich eine Anstrengung, ich ziehe meine rechte Hand unter mir hervor, und indem ich mich mit beiden Händen auf die Erde stütze, will ich mich auf meinen Knien aufrichten.

Etwas Stechendes und Schnelles, wie ein Blitz etwa, fährt durch meinen ganzen Körper von den Knien zur Brust und zum Kopfe, und ich falle wieder hin. Wieder ist alles dunkel, nichts da.

Ich erwache. Warum sehe ich denn die Sterne, welche am dunkelblauen Himmel Bulgariens hell glänzen? bin ich denn nicht im Zelt? warum bin ich aus demselben hervorgetrocken? Ich mache eine Bewegung und empfinde einen grausamen Schmerz in den Beinen.

Ja so! ich bin im Gesecht verwundet — gefährlich oder nicht? Ich fasse nach den Beinen, wo ich den Schmerz empfinde, das rechte wie das linke, beide sind mit geronnenem Blut bedeckt. Wenn ich sie mit den Händen berühre, wird der Schmerz heftiger; dieser ist wie Zahnweh anhaltend, bohrend. Es faßt mir in den Ohren, der Kopf ist schwer. Ich begreife halb und halb, daß ich an beiden Beinen verwundet bin. Aber wie geht das zu? Warum hat man mich nicht mitgenommen? Sollten die Türken uns geschlagen haben? Ich rufe mir ins Gedächtniß zurück, wie es zugegangen, anfangs erinnere ich mich nur dunkel, dann deutlicher, und ich komme zu dem Schluß, daß wir ganz sicher nicht geschlagen sind; denn ich fiel (doch dessen entsinne ich mich übrigens nicht, sondern nur, daß die anderen vorwärts stürzten und ich nicht laufen konnte, und wie mir nur etwas Blaues vor den Augen blieb) auf dem freien Platz oben auf dem Hügel. Auf diesen Punkt hatte unser kleiner Bataillonschef gezeigt und mit seiner hellen Stimme gerufen: „Kinder, wir werden den nehmen“, und wir hatten ihn genommen, also waren wir nicht geschlagen. Aber warum

erhaltung für die Niederrheinische Volkstribüne" Zutritt zu gestatten, für gerechtfertigt erachtet und keine Veranlassung finden kann, eine entgegengelegte Anordnung zu treffen. Der für die Jungen und Sachverständigen vorbehaltene Raum ist ein derart beschränkter, daß er seinem Zweck nicht mehr genügen würde, wenn alle Vertreter der Presse ohne Unterschied dorthin während der Verhandlungen Zutritt erhielten. Zu Ihren Gunsten eine Ausnahme zu machen lag aber um so weniger Veranlassung vor, als sowohl der Redakteur Gewehr der Niederrheinischen Volkstribüne wie Sie selbst wiederholt aus Anlaß Ihrer Stellung bei dem gedachten Blatte strafrechtlich verurtheilt sind.

Also Ausnahmen werden nicht gemacht; deshalb verweigert der Präsident dem Genossen Wessel den Zutritt zum Schwurgerichtssaale, einem einzelnen Raume, weil er bereits politische Verurtheilungen über sich hat ergehen lassen müssen. Laien werden das sicher eine Ausnahme zu nennen. In dem Kopse des Kölner Oberlandesgerichts-Präsidenten muß sich die Welt ganz anders malen.

Kein Tag ohne Anklage, schreibt die **Vreslauer Volkskraft** unterm 10. Oktober:

Der verantwortliche Redakteur unseres Blattes kommt vom Gericht bald gar nicht mehr herunter. Heute hatte er schon wieder eine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter zu bestehen, der ihn die Eröffnung machte, daß er eine zweite Majestätsbeleidigung verbrochen habe. Diese soll in einem Artikel der Nummer 292 unseres Blattes enthalten sein, und zwar in der Veröffentlichung des Schreibens, das der seines Amtes entsetzte Pastor Dankwert an die „Hamburger Nachrichten“ gerichtet hat. Der Herr Pastor bemerkt darin, daß er wegen der bekannten Aeußerung während des Gottesdienstes, die nun nach der Ansicht des Breslauer Staatsanwalts eine Majestätsbeleidigung bedeutet, nur wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung zu Festungshaft verurtheilt wurde.

Das übertrifft ja noch die Verurtheilung Diehl's wegen Abdrucks einer Gerichtsverhandlung über eine Majestätsbeleidigung.

Zur Verhaftung der sieben Flugblattvertheiler in Arnstadt erfahren wir noch folgendes: Die Staatsanwaltschaft hatte in einer Bemerkung des fraglichen Flugblattes, die sich auf Elsaß-Lothringen bezog, den Verdacht des Hochverraths geäußert. Die Flugblattvertheiler wurden am Montag Nachmittag 4 Uhr vor den Untersuchungsrichter des Amtsgerichts zur Vernehmung geladen; als sie von derselben nach Hause kamen, wurden sie nach der Polizei zitiert, wo ihnen eröffnet wurde, daß gegen sie Untersuchung wegen Hochverraths (§ 86 Str.-G.-B.) eingeleitet worden und sie wegen Fluchtverdachts verhaftet seien. Bei der Uebersührung der Verhafteten von der Polizei nach dem Amtsgerichts-Gefängniß ist einer der Verhafteten namens Simon sichtlich geworden. (Auch am Mittwoch nach der erfolgten Aufhebung der Verhaftung infolge des Reichsgerichts-Beschlusses war Simon noch nicht zurückgekehrt.) Seitens der Arnstädter Genossen kann man sich diese Flucht nicht erklären, da der Entwichene als ein besonnenen und in soliden Verhältnissen lebender Genosse bekannt ist. Nachträglich war noch Genosse Gisel am Dienstag Morgen 5 Uhr aus dem Bett gefaßt und verhaftet worden. Am Mittwoch Morgen 9 Uhr wurden die Genossen aus der Haft entlassen.

Der Unter-Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. von Rottenburg hat, wie der „Reichs-Anzeiger“ meldet, Berlin mit Urlaub verlassen. Herr v. Rottenburg wird nicht mehr in das Reichsamt, wo er vornehmlich mit der Bearbeitung der sozialpolitischen Geschäfte beschäftigt wurde, zurückkehren. Er hat sich bekanntlich als Vorsitzender der Reichskommission für Arbeiter-Statistik Verdienste erworben, die auch wir gerne anerkennen. Der Abgang des Herrn v. Rottenburg ist ein wichtigeres Ereigniß, als der irgend eines beliebigen vortragenden Rathes. Der scheidende Beamte war in den letzten Jahren zu einem für seine Sphäre recht entschiedenen Vertreter sozialpolitischer Forderungen geworden, er hat auch ohne Rückhalt den Innungsanathemen Trost geboten, er hatte ein Verständniß für die gewerkschaft-

ist mir nicht recht klar, im Kopf ist's wie Nebel, wie Blei. Ich will mich lieber wieder hinlegen und schlafen... Ob ich noch erwachen werde? — gleichviel.

In dem Augenblick, als ich mich hinzulegen im Begriff bin, erhellt ein breiter, bleicher Streifen des Mondlichts den Platz, auf dem ich liege, und ich sehe etwas Dunkles und Großes, das ungefähr fünf Schritte von mir entfernt liegt. Hier und da blüht der Mondschein darauf, daß sind Knöpfe oder Munitionstücke. Es ist ein Leichnam oder ein Verwundeter neben mir — einerlei; ich lege mich nieder.

Nein, es kann nicht sein! Die Unsrigen sind nicht fort. Sie sind hier, sie haben die Türken geschlagen und sind in dieser Stellung geblieben. Warum höre ich aber keine Gespräche, nicht das Knistern der Wachtfeuer? — Wahrscheinlich höre ich nichts vor Schwäche. Sie sind sicher hier. Hilfe! Hilfe!

Wilde, sinnlose, heisere Aufe reißen sich aus meiner Brust los; es erfolgt keine Antwort. Laut fallen sie in der Nachtluft wieder, sonst schweigt alles ringsumher; nur die Orillen zirpen unermüdetlich wie zuvor. Der Mond sieht mich mitleidig an mit seinem runden Gesicht.

Wenn er ein Verwundeter wäre, müßte er von einem solchen Schrei erweckt werden. Es ist ein Leichnam — von den Unsrigen oder ein Türke? — Ach Gott, als ob das nicht gleichgültig wäre! — Und der Schlaf senkte sich auf meine brennenden Augen.

Ich liege mit geschlossenen Augen, obgleich ich schon längst wach bin. Ich mag die Augen nicht öffnen, weil ich durch die geschlossenen Lider das Sonnenlicht spüre, das mich blenden wird, wenn ich sie aufmache. Das beste ist, sich nicht zu regen. ... Gestern (ich denke, es war gestern) bin ich verwundet worden; ein Tag und eine Nacht sind vorübergegangen, weitere werden folgen, ich werde sterben — Einerlei! — Nur keine Bewegung machen. Mag doch der Körper unbeweglich liegen. Wie gut es wäre, wenn auch die Arbeit des Gehirns aufhören wollte; aber ihr kann man nicht Halt gebieten. Gedanken, Erinnerungen drängen sich im Kopse. Uebrigens ist das alles nicht für lange, bald hat's ein Ende. Nur in den Zeitungen bleiben einige Zeilen, etwa: Unsere Verluste waren nicht bedeutend, Verwundete so und so viel, getödtet der Gemeine Swannoff von den Freiwilligen. Nein, der Name wird nicht genannt, es wird einfach heißen: getödtet ein Gemeiner, wie damals das Hundchen... (Fortsetzung folgt.)

lichen Kämpfe der Arbeiter. Er paßt wirklich nicht in die Aera Köhler-Schönstedt.

In den leitenden Regierungskreisen sieht man zwar Herrn von Rottenburg kaum ungerne scheiden, aber man fürchtet die hieran ankündigenden Preherörterungen. Deshalb erklärt man, daß Gesundheitsrückichten den Urlaub und den zu gewärtigenden Austritt aus dem Reichsdienste veranlaßt haben. Glauben werden die Beschwichtigungshofräthe auch in diesem Falle nicht finden.

Wie das Wort eines Reichskanzlers wirkt. Die Erklärung des Fürsten Hohenlohe, er sei Gegner der Konvertirung der preussischen Konfession, hat die Wirkung gehabt, daß in den darauf folgenden Tagen der Kurs der vierprozentigen Konfession um ein Prozent gestiegen ist.

Gegen die zweijährige Dienstzeit wird augenscheinlich von einer militärischen Camarilla gewählt. Natürlich wird darauf hingearbeitet, sie wieder in die Höhe zu schrauben. In verschiedenen militärischen Blättern wird versichert, die zweijährige Dienstzeit habe sich ebenso wenig bewährt wie die Halbbataillone. Auf die Verdoppelung der Halbbataillone, wodurch so und so viel Offiziersstellen neugeschaffen werden müßten, scheint es zunächst abgesehen zu sein. Da veröffentlicht nun die „Münchener Post“ folgende interessante Mittheilung:

Die 13. und 14. Kompagnien bilden bei den Infanterie-Regimentern die 4. Bataillone (sog. Halbbataillone). Diese letzteren werden nun mit Vorliebe als Schmerzenskinder an die Wand gemalt, welche sich aus Gründen der militärischen Ausbildung nach ihren noch nicht geschaffenen Hälfsten sehnen. Wie unberechtigt diese Sehnsucht aber ist, haben die letzten Tage bewiesen. In den Zeitungen wurden nämlich die beiden Kompagnien bekannt gegeben, welche in unseren zwei Armeekorps die besten Sachleistungen für das heurige Jahr erzielt haben. Wer sind diese Kompagnien? Die 13. des 12. Regiments und die 14. des 8. Regiments! Auf diese Thatfachen sei hiermit besonders hingewiesen, denn das Gejammer über die 4. Bataillone wird doch über kurz oder lang als Duvertüre zu einer neuen Militärorlage wieder ertönen.

Ein großer Erfolg der Partei wird uns aus Mannheim telegraphisch gemeldet. Bei der Wahl der Wahlmänner, die erst die Landtags-Abgeordneten zu wählen haben, errangen unsere Parteigenossen einen durchschlagenden Sieg. 257 sozialdemokratische und bloß 16 demokratische und 128 nationalliberale Wahlmänner wurden gewählt. Mannheim wird nun wieder durch zwei Sozialdemokraten im badischen Landtage vertreten sein. Dieser Erfolg ist um so bedeutungsvoller, als die Partei infolge der gewissenlosen Agitation Rüdts und seiner verblendeten Anhänger innerlich geschwächt war und die Segner, wie unsere Leser wissen, selbst vor den unsaubersten und infamsten Wahlmanövern nicht zurückschreckten. Hoffentlich führt dieser Erfolg auch zur vollständigen Ordnung der Parteiverhältnisse, so daß wir dann auch sicher auf die Wiedergewinnung des Mannheimer Reichstags-Mandats rechnen dürfen.

Die Spionage ist ein internationales schmutziges Gewerbe. Dießseits und jenseits der Grenzen wird spionirt. Wir berichten unlängst, daß die preussische Polizei einige Personen verhaftet hat, die verdächtigt wurden, im Dienste Frankreichs deutsche Militärdokumente zu erkundschaffen. In Frankreich haben diese Verhaftungen zu lebhaftem Wetteifer herausgefordert. So ist in Paris ein ehemaliger Polizeibeamter Schwarz unter dem Verdachte, ein von Deutschland besoldeter Spion zu sein, verhaftet worden. Aus Paris wird hierüber gemeldet:

Er benutzte den Umstand, daß er Elässer ist, um sich überall einzuführen, wo es ihm zweckmäßig erschien. Aus den beschlagnahmten Papieren geht unzweifelhaft und ohne daß der geringste Zweifel möglich ist, hervor, daß sich Schwarz hauptsächlich damit beschäftigte, Deutschland über die Namen der französischen, geheimen Agenten zu informieren und dadurch ihre Verhaftung zu ermöglichen.

Wie ferner aus Laon gemeldet wird, entwickelt die Grenzpolizei gegenwärtig besondere Thätigkeit im Auffinden von Militärdokumenten enthaltenden Tauschschlüssen, um auf diesem Wege Spione zu ermitteln. Ein dort wohnender Belgier wurde deshalb kürzlich verhaftet, ausgewiesen und unter Bedeckung über die Grenze gebracht.

Im Orient steigen immer mehr Gewitterwolken auf. Nicht bloß die Türkei, auch Griechenland hat die Stärkung der militärischen Machtmittel im Auge. Aus Athen wird gemeldet:

Der Jahrgang der Marine und des Landheeres, welcher am 18. Dezember zur Reserve entlassen werden sollte, wird bei der Rükne zurückbehalten werden; die Beförderungen der öffentlichen Meinung und der Presse richten sich auf etwaige bulgarische Invasionen in Makedonien. Die griechische Presse fordert auch die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Konstantinopel.

Diese Nachricht kann auch mit der folgenden in Beziehung gebracht werden:

In Athen ist die amtliche Meldung eingegangen, daß bei dem Passafre in Trapezunt auch mehrere Griechen getödtet worden sind.

Deutsches Reich.
— **Reichstags-Nachwahl in Köln-Stadt.** Wie uns eine Depesche aus Köln meldet, ist der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Landgerichtsrath Greiß am Freitag früh dort gestorben. Herr Greiß wurde als Kandidat der Zentrumspartei in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Bätgenau gewählt, als in diesem Sommer eine Nachwahl wegen Kastrung der Hauptwahl infolge von Unregelmäßigkeiten bei der Wahlabgrenzung nöthig geworden war. Köln-Stadt ist zwar noch nicht reif für uns, es wächst uns aber zu. Eine neue Stichprobe auf den Stand der Bewegung kann uns nur angenehm sein.

— **Wahlen zu den Landwirtschaftskammern.** Unter dem 7. Oktober hat der Minister für Landwirtschaft die ihm durch das Gesetz über die Landwirtschaftskammern überlassene Wahlordnung für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer erlassen. Danach ist das Wahlverfahren in der Hauptsache nach Angabe des Reglements für die in den Kreislagern vorzunehmenden Wahlen geregelt. Der Vornahme der Wahlen in den in den nächsten Monaten stattfindenden Kreislagern steht nunmehr nichts mehr im Wege und der Konstituierung der Landwirtschaftskammern darf gegen Ende des Jahres für die sämtlichen Provinzen mit Ausnahme von Hannover, Westfalen und der Rheinprovinz sowie Sigmaringen entgegengehört werden.

— **Zum Impfwang.** Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: In Fällen, in denen die Impfung den tödtlichen Ausgang herbeigeführt haben soll, erscheint es zur Vermeidung von Schwierigkeiten geboten, nicht erst nach Verlauf einer längeren Frist den Todesursachen nachzuforschen. Die Stabsbeamten sollen daher angewiesen werden, in gleicher Weise, wie dies für Todesfälle an Pöden bereits angeordnet ist, ein Duplikat der Pödkarte des angeblich durch die Impfung verursachten Todesfalles der Orts-Polizeibehörde zuzustellen, welche alsdann sofort

unter Zuziehung des zuständigen Medizinalbeamten die vorgeschriebenen Ermittlungen anzustellen hat.

Ein staatliches Institut als Ausbilder schulpflichtiger Kinder. An dem königlichen Remontedepot in Gummishof bei Treptow a. H. ist, wie die „Pommerschen Blätter“ für die Schule und ihre Freunde“ melden, in diesem Jahre die Neuerrichtung eingeleitet worden, daß bei Bedarf an Auszubildenden nicht mehr Tagelöhner aus den umliegenden Ortschaften herangezogen, sondern die Kinder der dortigen Tagelöhner beschäftigt werden. Die Eltern sind auf den Vorschlag mit Freuden eingegangen. Ist jetzt vormittags um 8 1/2 Uhr die Schule beendet, so rennen die Kinder sogleich aufs Feld, um Aeben durchzupacken und bergl. Zu Mittag wird eine Stunde Pause gemacht, und dann wird weiter gearbeitet bis zum späten Abend. Zur Bewältigung der häuslichen Schularbeit, die bei täglich 2 1/2stündigem Unterrichte durchaus notwendig ist, bleibt den Kindern keine Zeit; in der Schule selbst zeigen sie sich derart übermüdet, daß sie während des Unterrichts einschlafen. Das genannte Blatt bemerkt dazu: Wenn in der Beschäftigung der Schulkinder staatliche Institute voraus gehen, kann man sicher sein, daß das Beispiel eifrigste Nachahmung findet.

— **In Münster in Westfalen** sind die Bierkassale beendet. Ueber den Vorgang derselben ist noch folgendes zu berichten: Am Montag erließ der Oberbürgermeister eine Bekanntmachung, wonach der Polizeibehörde die Ermächtigung erteilt worden ist, den früheren Zustand im wesentlichen wiederherzustellen, nur einzelnen Wirtschaften soll aus besonderen Gründen die Polizeigewalt nicht verweigert werden. Als wir, schreibt der „Westf. Merk.“, um Mitternacht den Prinzipalmarkt passirten, fanden wir dort zu Fuß und zu Ross mehr Gendarmen und Polizisten als Publikum. Meistente Gendarmen, welche Abends von auswärts eingetroffen waren, ritten auch Patrouillen durch die Straßen. Dennoch kamen wieder eifrige inermüdete Szenen vor. Ein Mehrgeselle wurde derartig verhalten, daß seine Aufnahme ins Krankenhaus erforderlich wurde. Ferner wurde einem Einwohner, der sich den Trubel ansehen wollte, an seiner Thür durch den Oberarm gestochen. In einer Seitengasse der Altstadt, wurden gegen 2 Uhr auf zwei Nachtwächter Steinwürfe geschleudert. Ein Dienstmädchen kam in dem durch die Verfolgung der Steinwerfer veranlaßten Gedränge zu Falle und trug eine nicht unerhebliche Kopfverwundung davon. Die berittene Gendarmerie wurde auf der Sonnenstraße mit Schüssen bedroht.

— **König Otto von Bayern**, dessen Regierungsunfähigkeit wegen vollständiger Geistesumnachtung in diesen Tagen wieder amtlich konstatiert wurde, erhält eine Zivilliste von 4 251 044 M.

— **Die Affäre Rodstroh** ist erledigt. Heute wurde, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, die Entschädigungssumme von 100 000 M. im Austrage der marokkanischen Regierung durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes der Mutter des ermordeten Rodstroh ausgezahlt. Die Regelung der Entschädigungsansprüche der Firma, für welche Rodstroh reiste, steht noch bevor.

Oesterreich.

— **Dem Grafen Badeni** widmet in der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ Dr. Ivan Franko, der hervorragende ruthenische Schriftsteller, folgende Zeilen:

Wenn man sich der Hoffnung hingiebt, Graf Badeni werde mit solchen Regierungsprinzipien, die er in Galizien befolgt hat, das österreichische Staatsschiff zwischen den ihm drohenden Klippen glücklich hindurchlenken, so möchten wir doch hervorheben, daß die Politik des Grafen Badeni in Galizien nicht viel mehr als allseitige Erbitterung, Verschärfung des Klassen- und Nationalitätenhasses, Schwächung des Rechtsbewußtseins und der Rechtssicherheit bei dem Volke, Demoralisation und Korruption des Mittelstandes und der Presse, Protektion, Rentensystem und Klippenwirtschaft gezeitigt hat. Man hat den Grafen Badeni einmal den polnischen Bismarck genannt. Ich wüßte einen besseren Vergleich... Wie hat noch am Anfang des Jahres 1870 die französische Republikanten ihren Abgott bewundert und beräuchert! Wie hat sie über die Gewandtheit gestaunt, mit welcher er die Plebeizität zu Gunsten seiner Herrschaft in Szene zu setzen verstand! Aber das Ende vom Liede war traurig. Getragen vom unbedingten und grenzenlosen Vertrauen des ganzen französischen Volkes zog Napoleon III. — nach Sedan.

Mit dem Vertrauen des ganzen französischen Volkes war es auch schon vor Sedan nicht weit her. Sonst mag es stimmen.

Frankreich.

Paris, 11. Oktober. In der Budgetkommission verlas Pelletan seinen Bericht über die Marine. Er kritisiert im allgemeinen den Bau der Flotten, den Flottenbestand, die übertriebene Anzahl von Stabsoffizieren und schlägt 670 Millionen vor, besonders durch eine Umgestaltung der Arsenale und eine Verminderung der in auswärtigen Gewässern befindlichen Flottenabtheilungen.

— **Madagaskar.** Dem Vernehmen nach würde der Vertrag, den General Duchesne die Königin der Hoas annehmen müßte, nicht die Annexion bedingen, sondern ein etwas schärferes Protektorat einführen, als das frühere. Der Thron der Königin wird bestehen bleiben. Der Premierminister wird deportirt. Ein Theil des Expeditionskorps wird dem Stappendienst zwischen der Küste und Tananarivo sichern, der Rest nach Frankreich zurückkehren, wenn General Duchesne es für zweckmäßig hält. Die Dauer der Besetzung von Tananarivo läßt sich erst später bestimmen. Die von der Kammer für den Feldzug bewilligten 65 Millionen werden nicht wesentlich überschritten werden.

Belgien.

— **Der sozialistische Deputirte Alfred De- luffe** wurde vor dem Schwurgericht einstimmig freigesprochen, nachdem der Staatsanwalt die Anklage mit Rücksicht auf die Freisprechung der Mitangeklagten hatte fallen lassen. Im Jahre 1888 wurde er in der Angelegenheit des großen Komplotts in contumaciam verurtheilt, als seine bei der Verhandlung anwesenden Mitangeklagten freigesprochen wurden. Wir haben schon vor einigen Tagen dargelegt, daß die Furcht vor einer neuerlichen Darlegung der engen amtlichen Beziehungen des Dynamit-Ladepipfels Pourbaix zu dem Ministerpräsidenten Beernaert die Regierung veranlaßt haben, die Freisprechung De luffe selbst zu beantragen. Der Regierung ist aber damit nicht erpart worden, daß nun jezt jedermann einseht, daß die von unseren Parteigenossen erhobenen Beschuldigungen durch ihr Verfahren selbst ausgestanden worden mußten.

Spanien.

— **Studenten-Unruhen** werden aus Barcelona gemeldet. Ob sie einen politischen Hintergrund haben, wird nicht mitgetheilt.

Türkei.

Konstantinopel, 11. Oktober. Die Volksräthe hatten vereinbart, daß die Dragomane mit Hilfe der Kirchenvorstände die in die Kirchen gestifteten Armenier zum Verlassen der Kirchen mit der Versicherung veranlassen sollten, daß sie keine Verhaftung und keinerlei Angriffe zu befürchten hätten; die Regierung habe sich gegenüber den Volksräthen hierzu verpflichtet. Daraufhin ist die Kirche in Kum-Kapu ohne Zwischenfall geräumt worden. Die vollständige Räumung der Kirche in Pera steht jedoch noch aus, da bis jezt nur einige hundert Flüchtlinge beimgelohrt sind. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Räumung aller Kirchen gelingen wird.

China.

Die Bewegung gegen die Fremden. Die „Times“ melden aus Shanghai: In allen Provinzen Innerchinas werden auf neue Schmähchriften gegen die Fremden verfertigt.

Afrika.

Vom KongoStaate. Die „Independance Belge“ meldet, daß eine militärische Expedition zur Unterdrückung des Aufstandes der Neger in Luaburg in der Ausrüstung begriffen sei. Die belgischen Offiziere werden sich am 6. November in Antwerpen nach Leopoldville einschiffen.

Der „Independance Belge“ zufolge sind die Lieutenants Shaw und Vollen in derselben Weise wie Hauptmann Pelzer von schwarzen Soldaten in Luaburg niedergemetelt worden.

Australien.

Auckland, 10. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Nach Berichten aus Samoa vom 4. Oktober fanden mehrere große Zusammenkünfte der Eingeborenen statt, bei denen viel über Feindseligkeiten geredet wurde, ohne daß es zu Aufrührungen kam. Eine Anzahl bewaffneter Eingeborener vertrieb einen deutschen Anstifter von einer ihm durch den höchsten Gerichtshof zugesprochenen Insel. Ein deutsches Kriegsschiff wurde entsandt, um die Uebelthäter zu bestrafen und den Mann in sein Eigentum wieder einzuführen.

Partei-Nachrichten.

Für Straßburg i. H. wurde in einer dortigen öffentlichen Parteiversammlung der Genosse Brück zum Vertrauensmann gewählt.

In der Dreesbach'schen Angelegenheit schreibt der in München erscheinende „Generalanzeiger“ (Münchener Tageblatt):

Die Beichtigung der „Badischen Landeszeitung“, der hiesige sozialdemokratische Landtagskandidat Dreesbach habe sich des Betruges schuldig gemacht, steht, wie wir aus eigener an wohlunterrichteter Stelle eingegogener Information erfahren, auf so schwachen Füßen, daß eine Anklage nicht aufrecht zu erhalten ist. Wir bedauern lebhaft, daß auch wir, gleich der gesamten übrigen Presse über die Angriffe der „Badischen Landeszeitung“ referierten; sie erschienen uns aber als Illustration zum Wahlkampf bemerkenswerth genug, um zur Kenntniß auch unserer Leser gebracht zu werden, zumal zur Bekräftigung der Mittheilungen zwei Redakteure noch besonders ihre volle Namensunterschrift hergaben, was jeden Zweifel an der Richtigkeit der Angaben ausschließen mußte. Wir können heute nur bedauern, von den anscheinend ganz haltlosen Beichtigungen der „Badischen Landeszeitung“ überhaupt Notiz genommen zu haben.

Nachdem die „Badische Landeszeitung“ mit ihrem schwächlichen Wahlmandat kein Glück gehabt hat, wird sie vom dankbaren Nationalliberalismus selbstverständlich desavouirt, und zwar durch einen in der nationalliberalen Münchener „Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Artikel, worin es heißt:

Man könnte an und für sich diese Angelegenheit umso mehr auf sich beruhen lassen, als auch die „Badische Landeszeitung“ langsam, aber sicher in den letzten Jahren das aus früheren Zeiten überkommene Kapital politischer Grundsätze verbraucht hat. Die in einzelnen Kreisen verbreitete Vermuthung, die Regierung habe mit diesem Vorgehen irgend etwas zu thun, ist so abern, daß sie eine Widerlegung nicht verdient. Auch die nationalliberale Partei als solche steht der Angelegenheit fern. Auf Grund besserer Informationen können wir versichern, daß die Parteileitung das von der „Landeszeitung“ betriebene Vorgehen auch für den Fall rundweg mißbilligt, daß ein juristischer Beweis für einen von Dreesbach begangenen Betrug erbracht wird, weil die Art des Angriffs es an jener „Offenheit“ fehlen läßt, ohne welche ein gefundenes Leben nicht gedeihen kann. Die nationalliberale Partei sodann sollte unseres Erachtens aus dem besprochenen Vorkommniß die Lehre ziehen, daß es für sie ein dringendes Bedürfnis ist, sich endlich eine Zeitung im Lande zu sichern, deren Besitzer und Redakteure in solchen Beziehungen zu den parteileitenden Männern stehen, die ein Herausgleiten aus den für die Partei maßgebenden Gesinnungen und politischen Erbgütern unmöglich machen.

Wenn es den Hintermännern des edeln Münchener Blattes mit der Tugend der ehrlichen Kampfesweise in der Politik wirklich Ernst wäre, so hätten sie den Mund ein wenig früher aufgethan. Das ist nicht geschehen, und so bleibt auf dem Nationalliberalismus der Schimpf haften, daß er im politischen Kampfe auch das allerunsauberste Mittel nicht verschmäht.

Gegen die Zeitungsgründung, die vom Heilbronner Verein Vorwärts und einem gewissen Klinal aus Vilsbiburg geplant wird, erließ der Landesvorstand der Sozialdemokratie Württemberg in der „Schwäbischen Tagwacht“ eine Erklärung des Inhalts, daß der Verein Vorwärts in Heilbronn dem Beschluß der letzten Landesversammlung, sich aufzulösen, nicht nachgegeben und daher als außerhalb der württembergischen Parteiorganisation stehend zu betrachten sei; daß geplante neue Blätter sei ohne Willen des Landesvorstandes und entgegen einem Beschlusse der Landesversammlung gegründet worden und daher als ein reines Privatunternehmen des Herrn Klinal und der Mitglieder des Vereins Vorwärts zu betrachten, mit welchem die Partei nichts zu schaffen habe.

Todtenliste der Partei. In München hat der Parteigenosse Landesgerichtsrath Julius Hillebrand im Alter von erst 33 Jahren, die Augen für immer geschlossen. Durch das gesprochene Wort für den Sozialismus öffentlich zu wirken, daran verhinderte ihn seine Stellung. Er war ein Kämpfer der Feder. Unter seinen unter dem Pseudonym Julius Braun erschienenen fünf Dramen werden „Thomas Münzer“ und „Nero“ sich einen dauernden Platz in der Literatur erhalten. Dem Süddeutschen Postillon“ und der „Münchener Post“ war er, bis eine schreckliche Krankheit ihn niederwarf, ein geschätzter Mitarbeiter. Um den letzten Willen des Dahingegangenen zu ehren, hatte seine Bestattung in aller Stille und ohne Kundgebungen am Grabe stattgefunden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Berufung hat in Stuttgart in der Kriminalkammer gegen das Urtheil des Schöffengerichts eingelegt, das den Genossen Ohl von der Anklage, groben Unfug verübt zu haben, freisprach. Der grobe Unfug sollte darin bestehen, daß Ohl im „Volksboten“, wie das alle Monate bereits seit zehn Jahren unbeanstandet geschehen ist, die Gesammtsumme der Verurtheilungen von Parteigenossen im Monat Juli anführte.

In Stade wurde Genosse Kaufmann als Redakteur des „Volksblatts für Harburg“ vom Landgericht zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er Theile einer Anklageschrift vor der gerichtlichen Verhandlung veröffentlicht hat. Die wegen derselben Sache gegen Drucker und Verleger erhobene Anklage wurde fallen gelassen. — In einer Privatklage, wobei es sich um Beleidigung des Eigentümers der „Harburger Zeitung“, des Buchdruckereibesetzers Göttemann, und des Schriftsetzers Sudergoth handelte, wurde der stellvertretende Redakteur des Harburger „Volksblatts“, Genosse Martens, vom Harburger Schöffengericht zu 20 und 15 M. Geldstrafe verurtheilt. Er hat aber die Genugthuung, daß Sudergoth wegen Beleidigung ebenfalls 15 M. und die Hälfte der Kosten bleiden muß. Allen dreien wurde die Publikationsbefugniß zugesprochen.

Dolus eventualis Nr. 7. Abermals ist eine Untersuchung wegen öffentlicher Beleidigung gegen Verleger,

Drucker und Redakteur des „Volksblatts für Harburg“ eingeleitet. Vermuthlich handelt es sich, schreibt unser Bruderorgan, hier um eine Notiz: „Aus dem Kronenbause entlassen“, in der wir uns durch zwei einwandfreie Zeugen und theilweise auch durch eigenen Augenschein verbürgte Thatsachen mittheilten und verlangten, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen würden. Ob unsere Vermuthung zutreffend ist oder nicht, jedenfalls können wir in dem Vorgehen gegen diejenigen, welche in bester Absicht einen thatsächlichen oder vermeintlichen Uebelstand kritisiren, keine Befestigung dieses Uebels finden. Wir werden uns aber auch dadurch in unserer Pflicht, öffentliche Mißstände zur Sprache zu bringen, nicht beirren lassen.

Das württembergische Ober-Landesgericht verwarf die Revision gegen das Urtheil, wonach der Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart, Genosse Geiger, wegen Beleidigung des Redakteurs der „Tübinger Chronik“ zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt ist. Das Ober-Landesgericht legte unserm Genossen Geiger außerdem sämtliche Kosten auf.

Als in einer Volksversammlung in Althengstett (Württ.) Genosse Venz auf die Justiz zu sprechen kam, erhob sich der anwesende Gendarm und erklärte, daß der Referent nicht das Recht habe, über das Justizwesen zu sprechen und Gerichtsurtheile zu kritisiren. Der Herr Gendarm wurde aber vom Vorsitzenden und dem Referenten in die Schranken zurückgewiesen und ihm bedeutet, daß er hier nicht zu sagen habe und wenn er über Justiz nichts hören wolle, möge er den Saal verlassen, worauf sich der Gendarm denn auch beruhigte. Nach beendetem Referat trat er dem Referenten sogar noch als Redner entgegen, wurde aber selbstverständlich gründlich hirmgeschickt.

Der Parteigenosse Karl Höger aus Wien wurde in Linz zu einer Woche Arrest verurtheilt, weil er dort in einer Versammlung bei der Besprechung der Laas'schen Wahlreform die Abgeordneten des österreichischen Parlaments „gejudet“ haben soll. Mag Höger die Herren scharf mitgenommen haben, schärfer als sich diese im Parlament gegenseitig selbst herunterpöbeln, hat er ihnen den Text laum lesen können.

Die „Röppava“ in Budapest hatte Artikel angeblich politischen Inhalts veröffentlicht, obgleich sie für politische Zeitblätter dieser Stadt erforderliche Kaution von 10 000 Gulden nicht hinterlegt hatte. Dafür wurde ihr früherer Redakteur Ignaz Silberberg jetzt zu 3 Monaten Gefängniß und 100 Gulden Geldstrafe verurtheilt. Gegen das Urtheil ist Appellation angemeldet.

Soziale Ueberfluth.

Ein veritabler Unternehmerstreik wird aus Wien gemeldet. Seit 7. Oktober stehen dort fast sämtliche Modeknopf-Fabrikanten im Streik gegen die Exporteure und Abnehmer. Es handelt sich um die Durchführung eines einheitlichen Lieferpreises. Die Meister sind zur Einigkeit gekommen, daß es auf die Dauer unmöglich ist, sich gegenseitig bis auf das äußerste Konkurrenz zu bieten und haben sich deshalb dahin geeinigt, so lange nicht zu liefern, als nicht der neue Lieferpreis bezahlt wird. Gleichzeitig wurde im Einvernehmen mit den Arbeitern ein neuer Lohn tarif ausgearbeitet, die Arbeitsdauer auf neun Stunden festgesetzt, sowie die kostenlose Lieferung von Licht und Werkzeug zugesprochen. Im ganzen stehen fünfzig Meister im Streik; nur bei vier Meistern wird gearbeitet und zwar sind das solche, die den neuen Lieferpreis erhalten. Von den Arbeitern sind mehr als 300 brotlos geworden. Ein Komitee, bestehend aus Meistern sowie Gehilfen wurde gewählt, das die Ausgabe hat, jeden Tag in allen Werkstätten zu kontrolliren, ob wirklich die Arbeit ruht. In einer im Gewerkschaftslokale in Ottakring abgehaltenen Versammlung der Modeknopffabrikanten ging es recht stürmisch zu. Gegenstand der Aufregung war der Bericht des Kontrollkomitees, welches die Thatsache berichtete, daß ein Meister giebt, die immer noch weiter pfuschen wollen und somit die Sache schädigen. Wie es unter den Arbeitern Streikbrecher giebt, so ist dies auch bei den Meistern der Fall; es haben sich deshalb die Meister geeinigt, mit allen zweckdienlichen Mitteln dahin zu wirken, damit es solchen Meistern unmöglich gemacht wird, zu liefern. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, wonach sich jeder Fabrikant verpflichtet, unbedingt seiner Organisation anzugehören, ebenso dahin zu wirken, daß den Gehilfen in keiner Weise in ihren organisatorischen Bestrebungen ein Hinderniß in den Weg gelegt wird.

Was sagt Eggelsen von Köllner zu diesem Streik? Ist es nicht, als ob die Welt auf den Kopf gestellt wäre? Leider läßt sich dieser Streik kaum als Material zu einem Umsturzgesetz verwenden, denn daß die Wiener Modeknopffabrikanten Sozialdemokraten wären, glaubt vermuthlich nicht einmal Herr v. Stumm.

lokales.

Vom Transport Militärgefangener. Zu der traurigen Szene vor dem Militärarrestgebäude in der Lindenstraße erfahren wir, daß der Transport des jungen Mannes, so wie er angeführt worden ist, gegen einen Befehl des Generalcommandos des Gardekorps verstoßen. Nach diesem Befehle sollen Militärgefangene, sobald die Vorschriften eine Begleitung von zwei Mann mit aufgepflanztem Seitengewehr verlangen, in Berlin niemals zu Fuß in das Arrestgebäude gebracht werden. Dieser Korpsbefehl ist, wie es heißt, gerade deshalb gegeben worden, damit der Transport nicht Ansehen erzeuge und zu unliebsamen Zwischenfällen führe. Bei Wagnen, die von auswärts eingeliefert wurden, hat man auch stets wahrgenommen, daß diesem Befehle gemäß gehandelt wurde. Wenn an betreffendem Abend gegen ihn verstoßen wurde, so trägt die Schuld wohl der, der das Kommando angeordnet hat. Denn man wird wohl kaum annehmen können, daß die Begleitmannschaften einen ausdrücklichen Befehl, eine Drohsache zu benutzen, einfach unbeachtet gelassen hätten. Wie verlanget, ist auch bereits eine Untersuchung nach dieser Richtung eingeleitet worden. Der Korpsbefehl gilt aber, wie gesagt, nur für die Fälle, in denen die Begleitung durch Mannschaften mit aufgepflanztem Seitengewehr vorgeschrieben ist. Bezüglich der Arrestanten, die ein paar Tage Mittel- oder hängenden Arrest abzumachen haben und durch einen Unteroffizier in das Arrestgebäude gebracht werden, hieß es vor einigen Jahren einmal, als die Forderung eines Transportes durch Wagen gelegentlich schärfer betont wurde, daß eine Form des Fußtransportes gewählt werden solle, die möglichst wenig Ansehen mache und unverzüglich aussehe. In der Praxis ist ein Unterschied gegen früher kaum zu merken. Jedes Kind kennt jetzt so gut wie ehemals den Soldaten von den anderen sofort heraus, der zu Vater Philipp geht. Und wenn gleich, wie es nach dem Mandat der Fall war, eine ganze Sektion unter den charakteristischen Erscheinungen nach der Lindenstraße zu marschirt, so macht das einen nicht weniger als angenehmen Eindruck. Es soll eine Vorschrift bestehen, nach der solche Transporte bestimmte Straßen zu gehen haben, die am wenigsten Verkehr aufweisen. Diese Vorschrift hat, da das Arrestgebäude mitten im Verkehr liegt, für die Praxis gar keine Bedeutung; die verkehrreichen Straßen können gar nicht gemieden werden.

Herrn Oldenberg's Ruhm ließ den Professor Eister nicht schlafen. Er erklärte heute in seinem Kurse an der Universität, daß den Arbeitern die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gewährt werden solle. Wenn sie aber dann auch nicht

anhören, Sozialdemokraten zu sein, so müßten sie mit allen, auch den energischsten Mitteln bekämpft werden. Das heißt, wenn die Arbeiter sich nicht mit den Projekten irgend eines nur im Professorenkreise bekannten Subgeneselehrten bescheiden, dann mache man die Revolution von oben. Herr Eister ist übrigens bei den wenigen, die ihn überhaupt kennen, als sozialpolitische Ignoranz so bekannt, daß es nicht erstaunlich ist, wenn er eine wirkliche Versicherung aller Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit für möglich hält. Früher wollte er mit Post-Spartakassen die soziale Frage lösen. Zugelernt hat er seit damals, wie man sieht, nichts. Vergessen konnte er nicht.

Auf dem Spandauer Güterbahnhof verunglückte, wie die „Volks-Zeitung“ meldet, am Mittwoch der Weichensteller B., als er an einer Stelle seines Dienstes zu warten hatte, wo nach Lage der Dinge schon längst ein Unglück befürchtet, aber entsprechende Abhilfe noch immer nicht geschehen war. An der betreffenden Stelle ist der Raum zwischen den beiden sich dort treffenden Strängen ein so außerordentlich enger, daß der Weichensteller, welcher dort die Weichen zu stellen hat, jedesmal in Gefahr war. Der nunmehr verunglückte Weichensteller B., der diesmal von der Maschine gefaßt und ein Stück weggeworfen und dem dann die Zehen des einen Fußes abgefahren wurden, hatte bereits wiederholt von der an der gedachten Stelle vorhandenen gefährlichen Position Meldung gemacht. Es war aber nichts zur Abhilfe geschehen, bis jetzt das Unglück eingetreten ist.

Auf dem Ostbahnhof ist am Freitag Morgen der Arbeiter Ripper auf entsetzliche Weise verunglückt. In der Hauptwerkstatt war Ripper beim Einschleppen eines Schlafwagens in den Schuppen thätig; er gerieth dabei zwischen einen Pfeiler des Schuppens und den Wagen und ist hierbei so furchtbar zerquetscht worden, daß er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus farb. Ripper, der 24 Jahre auf der Bahn in Arbeit gewesen sein soll, hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Einen tödtlichen Ausgang hat ein Unfall gehabt, der sich am letzten Sonntag abends 8 Uhr in dem Hause Schöneberger Ufer 28 ereignete. Hier sah das 3-jährige Kind Paula Schulz auf dem Sopha und machte sich am Tischchen zu schaffen, während die Mutter und die Großmutter abseits vom Tische saßen. Das Kind zog schließlich so stark am Tischchen, daß die Lampe umfiel. Das brennende Petroleum ergoß sich über die Kleider, deren Kleider sofort in Brand geriethen. Obwohl es bald gelang, die Flammen zu ersticken, so hatte das Kind in der kurzen Zeit doch schon sehr schwere Brandwunden davongetragen. Es wurde in das in der Nähe gelegene Elisabeth-Krankenhaus gebracht, ist hier aber trotz der sorgfältigsten Pflege gestorben.

Polizeibericht. Am 10. d. M. morgens wurde im Luisenstädtischen Kanal, am Elisabeth-Ufer, die bereits in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 40-jährigen Mannes angeschwommen. — In einer Lumpenfortirerei in der Pappelallee gerieth Vormittags eine Frau mit einem Klempner in Streit und wurde von diesem durch einen Schlag mit einer Pickel am Hals verletzt. — Im Laufe des Tages fanden zwei unbedeutende Brände statt.

Gerichts-Beitung.

In der Strafsache gegen Räther und Genossen wegen angeblicher Berufsverletzung ist der Termin vom 12. Oktober auf den 29. Oktober, 10^{1/2} Uhr, verlagert worden.

Unschuldig verurtheilt. Im Wege des Wiederaufnahme-Verfahrens wurde gestern zum zweiten Male vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schlächtermeister Heinrich Schütz aus Neu-Weihensee und dessen Kutcher Bernhard Fischer verhandelt, welche in der ersten Verhandlung wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 8 Monaten bzw. 1 Monat Gefängniß verurtheilt wurden. Es handelte sich um tuberkulöses Rindfleisch, welches von dem Angeklagten in Verkehr gebracht worden sein soll. Am 12. Juli vorigen Jahres waren zwei mit Fleisch beladene, dem ersten Angeklagten gehörige Wagen vor der Zentral-Markthalle vorgefahren. Der Inhalt des einen Wagens wurde zur Untersuchungstation gebracht, der andere, von Fischer geführt, fuhr in die Hochstraße hinein. Dem Fleischschaubeamten Kollke fiel dies auf, er folgte dem Wagen in Begleitung seines Kollegen Höbner, den er herbeigerufen. Fischer fuhr zunächst zum Schlächtermeister Lehmann in der Rosenthalerstraße, wo zwei Rinder Vorderviertel abgeladen wurden. Dann folgten die Beamten dem weitersahrenden Fischer nach der Soldinerstraße, wo bei der Schlächterfrau Gähler zwei Hinterviertel abgeladen wurden. Jetzt traten die beiden Beamten in Thätigkeit. Sie befragten das zuletzt abgeladene Fleisch, erkannten es sofort als stark tuberkulös und beschlagnahmten es. Dasselbe geschah dann mit den beiden bei Lehmann abgeladenen Vordervierteln. Nun behauptete Schütz in seiner Revisionschrift, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Er behauptete, daß das in Rede stehende Rind an dem fraglichen Morgen verkehrtlich auf den Wagen gekommen sei und deshalb habe er es nicht zur Untersuchung bringen lassen. Als er an der Markthalle den Irrthum entdeckt habe, habe er den Fischer beauftragt, das Fleisch nach Neu-Weihensee zurückzuführen. Fischer sei aber ein Gewohnheitsstrinker und auch an jenem Morgen betrunken gewesen. Auf demselben Wagen hätten noch andere Fleischtheile gelegen, welche Fischer zum Theil zum Schlächtermeister Lehmann in der Schulstraße, zum Theil bei einem anderen Kunden abliefern sollte. Schon der Umstand, daß Fischer die beiden Lehmann verwechselt hatte, spreche dafür, daß er betrunken gewesen sei. In betreff dieses Punktes hatte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Silberstein, einen Entlastungsbeweis angetreten. Es traten Zeugen auf, welche bekundeten, daß Schütz seinem Kutcher den Auftrag erteilt hatte, das Fleisch wieder nach Hause zurückzubringen. Auch in betreff der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Fischer an dem fraglichen Tage erhoben sich Bedenken, so daß der Gerichtshof es vorzog, mangels genügenden Beweises ein freisprechendes Urtheil zu fällen.

Modernes Mittelalter. Wegen Beschimpfung der protestantischen Kirche wurde gestern der Redakteur der „Germania“ und der „Katholischen Volkszeitung“, Schriftsteller Ritter, vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Die „Germania“ hatte in ihrer Nr. 87 vom 14. Februar cr. einen Söder'schen Artikel aus der „Evangelischen Kirchenzeitung“ zum Abdruck gebracht und ihn mit folgender Einleitung versehen: „Das . . . Bild“ des deutschen Protestantismus, welcher nicht einmal das apostolische Glaubensbekenntniß auf den Kanzeln und Kathedern vor Angriffen zu schützen wagt, keine Stellung zum Duell zu finden weiß und dergleichen. Dieses Bild tritt jetzt beim „Kampfe gegen den Unfug“ deutlich hervor und wird in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“ Söder's wie folgt gezeichnet. — Der Angeklagte, welcher die Unwiderbarkeit des § 166 Str.-G.-B. bestritt, trat Beweis dafür an, daß der betr. Artikel ohne sein Wissen von dem inzwischen verstorbenen Redakteur Theob. Stahl in die „Germania“ gegeben worden sei. — Der Staats-

*) Bei der heute in Deutschland herrschenden Gerechtigkeit ist es einem sozialdemokratischen Blatte nicht möglich, das inkriminirte Wort wiederzugeben, ohne sich vielleicht ebenfalls des Vergehens gegen den § 166 des Strafgesetzbuches „schuldig“ zu machen. Wenn daher daran gelegen ist, zu wissen, welches Wort der Verurtheilte gebraucht hat, der sehr irgend ein bürgerliches Blatt nach, welches den Gerichtsbericht wahrscheinlich, ohne vom Staatsanwalt zur Verantwortung gezogen zu werden, unverfälscht bringen wird.

Parität

Der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Niesel-Berlin: Die Bescheidenheit der Berliner Parteigenossen reicht keineswegs an die Bescheidenheit des Genossen Schoenlant heran. Wenn ferner der Genosse Dertel mit dem Bräutigam der Ueberzeugung sagt, die Berliner wollten die Kontrolleure nur aus ihren Reihen gewählt sehen, so ersuche ich ihn, sich den Antrag genauer anzusehen. Derselbe will, daß die Kontrolleure möglichst von den Genossen der Umgegend gewählt werden. Die Behauptung, daß nur die Berliner Kontrolleure sein wollen, ist ungerath. Derartige Vorschläge sind aus Hamburg und anderen Kreisen gemacht worden. Wir haben dies Recht nie beansprucht. Wir waren nur bestrebt, die Kosten zu verringern, und wir werden uns durch Ihre Kritik nicht abfären lassen, Anträge zu stellen, die wir noch unferer Ueberzeugung für richtig halten. Wir nehmen für uns und das Recht in Anspruch, genau so gut die Interessen der Partei zu vertreten wie Sie. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 52 wird abgelehnt.

Schluß 7 1/4 Uhr.

Aus der Donnerstags-Sitzung haben wir noch den Schluß der Rede Schoenlant's nachzutragen:

Der Zusammenhang der Forderungen mit den programmatischen Forderungen der Partei ist auch deshalb angefochten worden, weil die Arbeiterklasse dadurch abgehalten würde, auf den Bahnen, die sie jetzt beschritten hat, weiter zu gehen. Ich aber behaupte: Die Forderungen des Agrarprogramm-Entwurfs sind geradezu ein Stachel. Hierin liegt das eminent revolutionäre des Entwurfs. Die Stimmung hat sich innerhalb der letzten Jahre bedeutend geändert. In Frankfurt a. M. rief man zum Referat über die Agrarfrage Hofmann! Jetzt aber: Kreuziget sie! Nicht bloß ich, sondern auch meine Freunde haben sich im Laufe der Zeit eine ziemlich dicke moralische Hornhaut angeeignet, und werden Sie nicht so leicht unterkriegen. Und wenn Sie uns heute noch vielleicht zu unterdrücken vermögen, so werden Sie bei uns dasselbe erleben, was unsere Gegner bei uns nach der 3. Kunststaatsdebatte erlebt haben, die uns todgeheilig zu haben glaubten, während wir zu neuen Siegen eilten. Wir kommen wieder! Sie haben einmal vom Baume der Erkenntnis gegessen. Sie haben die Frankfurter Resolution gefaßt, die Frankfurter Referate gehört, die Agrarkommission gewählt und da wird sich das Sprichwort erfüllen: Wer vom Papst ist, stirbt daran. Sie werden die Agrarfrage in unserem Sinne lösen oder gar nicht.

Kunst und Wissenschaft.

Polizeisur in Gunsten der nothleidenden Landwirtschaft. Ein Danziger Blatt bringt folgende Bescheidene Anzeige:

In dem am Mittwoch im Danziger Stadttheater aufgeführten Stück von P. Arronge „Pastor Prose“ äußert Pastor Prose zu seinem Sohne über die Landwirtschaft die Worte: „Ich habe kein Verhältniß für die Noth der Landwirtschaft, so lange sich die Herren ihre Noth beim Champagner kochen.“ In Berlin ist das Stück mit dieser Stelle gegeben worden, hier jedoch ist vor-gefallen. — Warum? Die Polizei hat sie gestrichen! Weßhalb?

Ein aufmerksamer Theaterbesucher.

Auch ein recht bezeichnendes Merkmal für die Nacht, welche das Junkerthum im Osten ausübt.

Die Wiedereröffnung des Alexanderplatz-Theaters soll, wie uns die neue Direktion Paulet u. Schöff mittheilt, bestimmt am 19. d. M. stattfinden.

Ueber das Verbot der Aufführung von Gerhart Hauptmann's Drama „Die Weber“ in G. Örlitz bringt die „Voss. Zig.“ folgende ganz interessante Meldung:

„Das Verbot der Aufführung von G. Hauptmann's „Weber“ im Stadttheater zu G. Örlitz hat der Magistrat, an den sich Direktor Förster mit zwei Eingaben um Aufhebung des Verbots gewandt hatte, in einem längeren Bescheide an Direktor Förster wie folgt begründet: „Wir sind zu dem Verbote nicht durch den Inhalt des Stückes veranlaßt, halten vielmehr eine Untersuchung aus polizeilichen Gründen für un-erhaltbar. Wir halten uns auch nicht für berufen, über den Kunstwert oder Unwerth des Stückes irgend ein Urtheil abzugeben. Wir können und wollen vielmehr die Aufführung der „Weber“ lediglich in dem hiesigen Stadt-Theater unter den hier bestehenden Verhältnissen unterlagen. Nicht nur wir, sondern auch die Stadt-verordneten-Versammlung, dessen glauben wir sicher zu sein, — und der weitaus größte Theil der Bürgerschaft — dies ist wiederholt ausgesprochen — wünscht nicht den politischen Partei-hader in die städtische Verwaltung und die städtischen Einrichtungen hineingetragen zu sehen. Es ist seit Jahren demgemäß verfahren. Die „Weber“ sind aber ein Theaterstück, um das sich — und zwar, wie wir glauben, mit Unrecht — ein Hader der politischen Parteien entsponnen hat und dessen Aufführung die Theater-direktoren zu einem großen Theile nicht aus künstlerischem Inter-esse, sondern lediglich aus finanziellen Gründen betreiben, indem sie auf die politische Reizbarkeit der Einwohnerschaft spekulieren. Wir glauben aber nicht dulden zu können, daß ein Stück, dessen sich politische Parteien als Parteistück bedient haben, in dem hiesigen Stadttheater, das durch große An-schüsse der gesammten Bürgerschaft unterhalten wird, zur Auf-führung kommt, weil wir damit mit dem Grundsatz brechen müßten, politische Parteigetriebe von den städtischen Ein-richtungen und von der städtischen Verwaltung fern zu halten.“

Nur die konservativen „Öblicher Nachrichten“ theilen den Bescheid ohne Bemerkung mit, während die freisinnigen Blätter „Neuer Örl. Anz.“ und „Niederörl. Zig.“ bezweifeln, daß der weitaus größte Theil der Bürgerschaft den Standpunkt des Magistrats theilt. Wenn der Magistrat zu G. Örlitz übrigens selbst der Meinung ist, daß sich der politische Hader um die „Weber“ mit Unrecht entsponnen hat, so ist es schwer verständlich, wie er das Verbot hat erlassen können.

Nach der lahmten Begründung des Verbots zu schließen, scheint der Magistrat, der dasselbe erlassen hat, „frei-sinniger“ Natur zu sein.

Versammlungen.

Der Allgemeine deutsche Tapezirer-Verein (Hiliale Berlin) beschloß am 2. Oktober in einer Versammlung, die Versammlungen von jetzt ab Mittwoch aller 14 Tage bei Jubel abzuhalten. Kollege Böndke berichtete dann über den Münchener Streik und konnte die Erklärung abgeben, daß der Ausstand zu Gunsten der Kollegen beendigt ist. Ueber diese An-gelegenheit entspann sich eine längere Debatte, worin u. a. kritisiert wurde, daß die Münchener Kollegen nur einen Minimallohn von 15 M. forderten.

Der Verband der Bauarbeiter und Vernisgenossen Deutschlands, Zahlstelle Waldemarstr. 75, ehrte in seiner Mit-gliederversammlung am 8. Oktober zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen W. Poffow aus Schwerin in der üblichen Weise. Dann bot Genosse Dähne einen belehrenden Vortrag über das Unfallversicherungs-Gesetz und über die Anwendung der Unfallversicherungs-Vorschriften in der Praxis, in Beziehung auf diese ausführend, daß wegen der jetzigen Organisation der Kontrolle die Unfallversicherungs-Vorschriften nicht genügend

respektiert würden und es deshalb nötig sei, daß die Kontrolle vom Staat und unter Beteiligung der Arbeiter angeht. Ueberhaupt würde das Unfallversicherungs-Gesetz mehr zu Gunsten der Unternehmer als der Arbeiter, weshalb die Arbeiterschaft die dringende Veranlassung habe, dafür ein-zutreten, daß das Gesetz verbessert wird. Dies veranlassen werde die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion. In der Diskus-sion sprach Kollege Krüger im Sinne des Referenten, hervorhebend, was ihm bei der Verfolgung seines aus einem Unfall her-ziehenden Anspruches für Schwierigkeiten bereitet würden. — Die Abrechnung über das 3. Quartal ergab einen Kassenbestand von 17,02 M. Mitgetheilt wurde weiter, daß von den für die streikenden Gläubiger Bauarbeiter ausgegebenen Sammellisten noch drei ausstehen.

Vermischtes.

Ueber das Unglück von Wocholt, über das wir gestern kurz berichteten, lesen wir in der „Deutschen Worte“ die folgen-de Einzelheiten. Am Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr, stürzte die im Rohbau nahezu vollendete Spinnerei der Firma Franz Beckmann u. Co. (und nicht, wie zuerst gemeldet, Beckmann Söhne) mit donnerähnlichem Getöse in sich zusammen und begrub eine große Anzahl bei dem Bau beschäftigter Arbeiter unter den Trümmern. Bis 12 Uhr abends waren folgende Verunglückte bekannt: Der Direktor der Spinnerei Herr Sommer aus Wocholt, ein junger Mann von 27 Jahren, ferner 11 Bauarbeiter. Schwer verletzt und zum Hospital geschafft sind angeblich drei Arbeiter. Von anderen beim Bau noch beschäftigt gewesenen Arbeitern sollen noch etwa 20—25 Personen unter den Trümmern liegen und höchstwahrscheinlich das Loos ihrer bedauernswerthen Ver-ehrten getheilt haben. Zwei derselben wurden als Leichen bereits hervorgezogen. Der Unglücksfall rief in wenigen Minuten eine furchtbare Panik unter den Bewohnern der Stadt hervor. Ergreifende Szenen spielten sich an der Unglücksstelle ab: der Bruder rief wie verzweifelt nach seinem unter den Trümmern liegenden Bruder, der Vater bot, um die Unglücksstelle umherirrend, ein Bild des herben Schmerzes über den kaum mehr zweifelhaften Verlust seines lieben Sohnes, die Stöße seines Alters, eine Mutter mit ihren fünf Kindern drängte sich herzu, um zugend und hangend das Loos des Ernährers zu erfahren, und dazwischen drang aus den Trümmern heraus das Wimmern und Hilferufen der Schwer-verwundeten und Sterbenden: ein trauriges Bild der Verwüstung und Verzweiflung. Mit anerkenntniserwerther Aufopferung stellten sich, der drohenden Gefahr weiterer Mauererfüllung trotzend, zahlreiche Personen aus dem Bürger-stande und mehrere eben dem sicheren Verderben entgangene Arbeitskollegen in den edlen Dienst der Samariter, um Hilfe und Rettung dort zu bringen, wo solche noch möglich war. Aus Wocholt wurde telegraphisch ein militärisches Bataillon gebeten, welche gegen 8 1/2 Uhr eintraf und sofort weitere Rettungs-arbeiten in vollem Umfang vornahm. Geistliche und ärzt-liche Hilfe war so schnell wie möglich zur Stelle.

Ueber die Ursache des schrecklichen Unglücks läßt sich bis jetzt nichts Bestimmtes sagen; die amtliche Untersuchung wird darüber wohl erst Licht schaffen. Das Gebäude war nach der neueren Konstruktion ganz aus Eisen und Stein gebaut.

Bis Donnerstag gegen 7 Uhr morgens wurden aus dem Trümmerhaufen 9 Tote und 11 theils leicht, theils schwer Verletzte hervorgezogen. Das Militär ist noch flott an der Arbeit, um zu den noch unter den Trümmern Befindlichen ge-langen zu können.

Die Cholera greift in Tanger und anderen Orien Marokkos in erschreckender Weise um sich. Aus Tetuan wird dem „Central News of Germany“ gemeldet, daß während der letzten fünf Tage 226 Cholerafälle, unter ihnen 85 mit tödtlichem Ausgange, vor-gekommen sind. In Tanger selbst hat man Vorkehrungen ge-troffen, welche die Epidemie auf den jetzt gemirten Stadttheil beschränkt.

Eine englische Gaunerbande ist gelegentlich einer Gast-spielreise durch Deutschland in Mannheim festgenommen worden. In Berlin, Hamburg und anderen größeren deutschen Städten wurden seit einiger Zeit „Schlafstellen-Diebstähle“ begangen, deren Ausführung von noch nie dagewesener Frechheit zeugte, indem in fast jedem Falle werthvolle Möbelstücke aus der Woh-nung des Vermiethers gestohlen wurden. Es gelang der Kriminalpolizei der betreffenden Stadt, in welcher sich die Gaunerbande aufhielt, niemals die Thäter, die bald als arme-lige Schlafburden, bald als elegante Chambregarnisten austraten, zu fassen, da die letzteren, sobald jeder der Gauner eine Anzahl Diebstähle blühschnel hintereinander in den verdienstlichen Wästen ausgeführt, aus der heimgegangenen Stadt verschwanden. In Mannheim aber, wo sie zuletzt operirten, ging die Frechheit der Burden so weit, daß sie ganze Wohnungen vollkommen ausräumten und die Möbel nach einem von ihnen gemietheten Speicher schafften, um die Gegenstände von da aus zu veräußern. Es gelang aber der Polizei, fünf Banden-Diebe festzunehmen, unter denen sich zwei Frauen befanden. In dem erwähnten Speicher wurde ein großes Lager gestohlener Waaren vorgefunden, darunter drei komplette en gros gestohlene Zimmer-Einrichtungen.

Briefkasten der Redaktion.

Gladarbeiter. Mußte wegen Arbeitsüberhäufung bis morgen verschoben werden.

Jäterbock. Für die Monate November und Dezember können Sie bei der Post abonniren. —

Depeschen und letzte Nachrichten.

Mannheim, 11. Oktober. (W. Z. B.) Bei den heutigen Wahlmänner-Wahlen zum badischen Landtage wurden für die beiden Sozialdemokraten Dresbach und Weiß 256 Wahlmänner gewählt; die Wahl derselben ist gesichert; die Nationalliberalen erlangten 123, die Freisinnigen 16 Wahlmänner. In Konstanz ist die Wiederwahl Beneden's (Volkspartei) gesichert. In Freiburg fielen fast sämtliche Wahlmänner dem Centrum zu.

Köln, 11. Oktober. (W. Z. B.) Wie die Kölnische Volks-Zeitung meldet, liegen nach zuverlässigen Ermittlungen unter den Trümmern der Wocholter Spinnerei noch 14 Tote. Es sind im ganzen also 25 Personen ums Leben gekommen und 9 schwer verletzt worden. Die Aufräumungsarbeiten sind äußerst schwierig und schreiten nur sehr langsam fort.

Stockholm, 11. Oktober. (W. Z. B.) Der König hat heute das Verbot der Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen aus Dänemark aufgehoben, nachdem das Kommerzcollegium Dänemark als frei von der Maul- und Klauenseuche erklärt hatte.

Rom, 11. Oktober. (W. Z. B.) Nach Privatdepeschen aus Catania hat eine Französin, namens Caterina Stimoli, kleine Kinder, welche sie begnadete, durch Süßigkeiten und Spielsachen an sich gelockt und ihnen mit Phosphor ver-setzten Wein zu trinken gegeben, so daß dieselben unter gräßlichen Schmerzen starben. 23 Kinder sollen auf diese Weise an Ver-giftung verstorben sein. Die Stimoli wurde verhaftet und gab die Missethaten zu; sie sagte, sie habe sich rächen wollen, weil zwei ihrer Kinder verlegt worden und gestorben seien. Die auf-gebrachte Volksmenge wollte an ihr Lynchjustiz üben.

Madrid, 11. November. (W. Z. B.) Das Packetboot „San Francisco“ ist in Santiago auf Cuba aus Buenos Ayres ein-getroffen mit 835 Emigranten, welche sich als Freiwillige haben anwerben lassen.

Havana, 11. Oktober. (W. Z. B.) Die Kubaer haben eine Dynamitbombe auf einen Eisenbahzug. Ein Reisender wurde getödtet, sechs verwundet.

anwalt hielt diesen Beweis für geführt, machte den Angeklagten aber für die Veröffentlichung desselben Artikels in der erst am nächsten Tage erschienenen „Katholischen Volkszeitung“ verant-wortlich und beantragte, da zweifellos eine Verächtlichmachung der protestantischen Kirche vorliege, einen Monat Ge-fängniß. — Rechtsanwalt Dr. Meißner II meinte da-gegen, daß der Artikel nur von seinem Bilde des „Protestantis-mus“ gesprochen und dieses doch nicht eine Einrichtung der evangelischen Kirche im Sinne des § 166 St.-G.-B. sei. Der Protestantismus, der die freie Kritik auf sein Banner geschrieben, müsse sich eine freie Kritik gefallen lassen. Außerdem handle es sich um ein vom Hofprediger Stöcker entworfenes Bild, aus welchem eine bewegliche Klage über die Zustände im Protestantismus herauslöse; es sei nicht Schuld des Angeklagten, daß dieses Bild als . . . bild erscheine. Im übrigen könne leicht bewiesen werden, daß gegen die katholische Kirche von protestantischer Seite viel kräftigere Worte in Anwendung kommen; so sei auf einer Generalversammlung des Kultur Adolff-Vereins die katho-lische Kirche als „Anachronismus“ bezeichnet worden, Pastor Thümmel habe einzelne katholische Gebräuche „Ghendienst“ und „Verzauerung“ genannt und sei doch vom Landgericht zu Breslau freigesprochen worden, ein Redakteur der „Stettiner Zeitung“ sei freigesprochen worden, obgleich er die katholische Kirche als „Satanstirke“ bezeichnet hatte u. s. w. Dazu komme, daß weder „Kreuz-Zeitung“, noch „Reichsbote“, noch „Volk-den Artikel als eine Beschimpfung empfunden haben und daß von sehr frommen Protestanten selbst häufig genug von dem „kirchlichen Bankrott der protestantischen Kirche“ gesprochen und geschrieben worden sei. — Der Gerichtshof hielt eine Ver-schimpfung der protestantischen Kirche für vorliegend und den Angeklagten nur für den in der „Katholischen Volkszeitung“ ent-haltenen Artikel für verantwortlich. Das Urtheil lautete auf eine Woche Gefängniß.

Ein erschütternder Unglücksfall führte am Freitag den Ar-beiter Georg Jeggent aus Charlottenburg unter der Anklage der fahrlässigen Tödtung vor die II. Strafkammer am Land-gericht II. Schon die erste Einleitung der Verhandlung trug ein tragisches Kolorit. „Wie viel Familie haben Sie jetzt noch?“ frug der Vorsitzende Landgerichtsrath Herzog mit theilnahmenvoller Stimme. „Ich stehe allein auf der Welt!“ erwiderte der Angeklagte und nun ergabte er auf Verlangen des Vorsitzenden folgendes: Am 13. Mai d. J. erkrankte mein 2 1/2 jähriges Töchterchen am Scharlach. Der behandelnde Arzt mußte nach einigen Tagen verzeihen und empfahl mich an Dr. Schmielinsky. Dieser kon-statirte alsbald, daß Keim-Diphtheritis eingetreten war. In der Nacht vom 19. zum 20. Mai verschlechterte sich der Zustand meines Töchterchens derart, daß ich auf den Wunsch meiner Frau noch einen zweiten Arzt, den Dr. Mertens, zuzog. Dieser kam noch in der Nacht und verordnete Terpentin-Inhalationen, zu welchem Zweck ich mir einen Inhalations-Apparat in der Apotheke kaufen sollte. Früh um 3 Uhr ging ich nach der Hof-Apotheke in der Berliner-straße. Der Lehrling Rosenthal verabfolgte mir einen solchen Apparat und gab mir Anweisung, wie ich den-selben handhaben sollte. Als ich nach meiner Wohnung kam und den Apparat zusammensehen wollte, gelang mir das nicht. Ich ging daher um 1/2 Uhr noch einmal nach der Apotheke, um mich instruiren zu lassen. Von den Provisoren war noch keiner unten, die Aufwärterin holte den Lehrling herunter und dieser gab mir die Anweisung, den Kessel des Apparates sowie das Glas je zur Hälfte mit Terpentin zu füllen. Die Auf-wärterin bemerkte dazu, daß diese Anweisung falsch sei, denn in den Kessel müsse Wasser gegossen werden, der Lehrling sagte aber: „Machen Sie es nur so, wie ich Ihnen gesagt habe!“ — Vors.: Hat Ihnen der Lehrling nicht gesagt, daß Sie um acht Uhr noch einmal wieder kommen sollten, wenn die Herren unten seien, um sich Rath zu holen?“ — Angekl.: Nein, das bezog sich auf die Quittung der Rechnung, die ich für die Rasse brauchte, weil ich einen anderen als den Kassenarzt zugezogen hatte. Ich bin nun heimgekehrt und habe den Apparat nach der mir gegebenen Anweisung mit Terpentin gefüllt und die Spirituslampe an-gezündet, doch hielt ich der Vorsicht halber die Flamme ganz klein. Troßdem fing auf einmal das Terpentin im Kessel Feuer. Ich ergriff — um jede Gefahr von meiner Frau und meinem Kinde fernzuhalten — den Apparat und trug denselben nach der Küche. Doch auf dem Korridor lief mir das brennende Terpentin über die Hände, ich mußte den Apparat fallen lassen, derselbe fiel zu Boden und explodirte. Meine Frau war mir gefolgt und wurde von dem umherfliegenden brennenden Terpentin getroffen, zwar nur ganz wenig, doch fielen sofort ihre Kleider in Flammen. Ich rief ihr zu, sie solle sich zu Boden werfen, ich würde Betten holen, die Flammen zu erlöchen. In ihrer Angst stürzte sie auf den Treppentritt und die vier Treppen hinab. Erst in der ersten Etage konnte ich sie einholen, doch da brach sie schon berußlos zusammen. — Der Vorsitzende konstatiert noch, daß die unglückliche Frau sofort in ein Kranken-haus gebracht wurde, dort aber am 25. Mai unter unföhligen Leiden ihren schweren Verletzungen erlegen ist. Auch das Kind ist gestorben. Außer fünf Zeugen waren die medizinischen Sach-verständigen Stadtphysikus Dr. Klein, Dr. Mertens und Dr. Schmielinsky geladen. Zunächst wurde die Aufwärterin der Apotheke, Frau Parholka vernommen. Dieselbe bekundete, daß sie den Apparat in ihren früheren Stellungen bei Herrschaften kennen gelernt und daß sie deshalb den Lehrling aufmerksamer gemacht habe, daß seine Anweisung falsch sei. Nach dieser Bekundung verzichtete der Staatsanwalt Hode auf seinen Straf Antrag. Ein strafbares Verschulden liege auf Seiten des Angeklagten nicht vor. Derselbe habe sich erkundigt, habe falsche Auskunft erhalten, habe den Apparat nach bestem Wissen zusammengefaßt, er habe auch dann noch sehr besonnen gehandelt, als die Katastrophe eintrat. Die Folgen konnte er nicht berechnen. Es sei ein tieftrauriges Ereigniß, doch könne der Angeklagte dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Schmielinsky, hob hervor, wie sehr der Angeklagte um das Wohl der Seinen besorgt gewesen und daß er selbst sein eigenes Leben eingeseht habe, um jede Gefahr von Weib und Kind ab-zuhalten. Daß er mit dem brennenden Oel auf den Händen nicht weiter konnte, daß er den Apparat fallen lassen mußte und daß in demselben Augenblick die Gattin ihm nachfolgte, das sei nicht seine Schuld, das sei ein Verhängniß. Derselben Ansicht war der Gerichtshof und lautete das Urtheil auf Freisprechung.

Für die Inhaber kleinerer Schuhwaaren-Handlungen ist ein Urtheil des Strafenats des Kammergerichts von sehr großer Bedeutung, welches am 7. Oktober gefällt wurde. Es handelte sich um die Frage, ob altes Schuhwerk zu den alten Kleidungsstücken im Sinne des § 35 der Gewerbe-Ordnung zu zählen sei. Dieser Paragraph bestimmt, daß Personen, welche mit gebrauchten Kleidern handeln, dies Gewerbe der in Frage kommenden Behörde anzeigen haben. Hiergegen sich ver-gangen zu haben, wurde den Eheleuten Epshmann vorgeworfen. Frau Epshmann besitzt ein Schuhwaaren-geschäft, indem sie neben neuen auch alte, von ihr aufgekaufte Schuhe selb-ot, nachdem ihr Mann diese wieder „wie neu“ gemacht hatte. Das Schöffengericht nerurtheilte die Angeklagte, indem es an-nahm, daß Schuhe unter dem Begriff Kleidungsstücke fallen und somit auf den Handel mit alten Schuhen (§ 35 der Gewerbe-Ordnung) Anwendung findet. Das Landgericht hob jedoch die Ent-scheidung auf. Altes Schuhwerk sei nicht zu den gebrauchten Kleidungs-stücken zu rechnen. Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr Revision ein, indem sie jene Auffassung der Strafkammer für rechtmäßig erklärte. Das Kammergericht schloß sich dem an und wies die Sache zu anderweitiger Entscheidung an die Strafkammer zurück. Das Urtheil wurde damit begründet, daß der Verkauf von alten, reparirten Schuhen außerhalb des Schuhmacherhandwerks liege und als selbständiges Gewerbe aufzufassen sei, wie auch an-genommen werden müsse, daß alte Schuhe in dem Begriff alte Kleider eingeschlossen seien.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Breslau, den 11. Oktober 1895.

Fünfter Verhandlungstag.
Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/4 Uhr. Singer theilt mit, daß Müller-Weidenberg beantragt, der Kautsky'schen Resolution folgende Fassung zu geben: „Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Der Parteitag erkennt an... (Der weitere Wortlaut stimmt mit der Resolution Kautsky überein).“ Dieser Antrag will also jede Motivierung, warum der Entwurf abzulehnen ist, beseitigen, während Kautsky eine Motivierung vorschlägt.

Ferner ist zu der Kautsky'schen Resolution ein Amendement eingeleitet, welches wünscht, daß die Worte „und trägt dadurch bei zur Neubebauung ihres Eigentums-Franzismus“ gestrichen werden. — Infolge dessen wird über die Resolution getrennt abgestimmt.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten. Das Schlusswort zu den Vorschlägen der Agrarkommission erhalten die Referenten.

Quard: Genossen und Genossinnen! Es ist uns in den letzten Tagen mehrmals gesagt worden: „Ihr rettet den Freund nicht mehr.“ Darauf kommt es gar nicht an; aber ich habe doch noch die ziemlich weitgehende Hoffnung, daß durch die weitere Verbreitung unserer hiesigen Verhandlungen über die Agrarfrage das Urtheil der Genossen im Lande geklärt werden wird, und zwar in unserem Sinne. In den bekannten Beschimpfungen, die von einer Seite gegen uns geschleudert worden sind, muß ich Stellung nehmen. Ich rege mich über diese Beschimpfungen nicht auf; ich erkläre sie mir psychologisch. Schippel hatte sich abseits von allen sachlichen Argumenten in eine so schiefen Lage gebracht, daß er entweder „pater peccavi“ sagen oder das frühere noch übertrumpfen mußte. Nach seinem Geschmack hat er sich für das letztere entschieden. Ich meine, die Haltung Schippel's wird im Lande für die Arbeiten der Agrarkommission nicht ungünstig sein und die Sache wird davon nur gewinnen. Schippel hat sich übrigens gar nicht an den vorher besprochenen Gang der Debatte gehalten, er ist sofort in die Spezialdebatte eingetreten, hat sich aber über die agrarpolitischen Grundsätze nicht ausgelassen, von denen wir uns leiten lassen. Er hat vom Hartzscharen, von den Wald- und Weidrechten in Deutschland gesprochen.

Er hat ferner eine Reihe von Mitteln auf dem Gebiete des Zitierns gebraucht, die, weil sie verwerflich sind, unserer Sache nur nützen können. Ich greife heraus, was er über die Entleerung des sächsischen Entwurfs aus dem Falkenhahn'schen Gesetzentwurf gesagt hat. Von einem Abschreiben und von einer Verbeimlichung der Quelle kann hier keine Rede sein. Vollmar hat in der Kommission nicht im geringsten ein Hehl daraus gemacht, daß einige Theile des Entwurfs aus dem Falkenhahn'schen Gesetzentwurf entlehnt sind. Um den Effekt seiner Rede zu erhöhen — viele Redner haben ja auf den Effekt spekulirt — hat Schippel etwas verschwiegen, was sehr wesentlich ist. Er hat leise angedeutet, daß alle Forderungen, die so ähnlich sein sollen dem sächsischen Entwurf, für Grundbesitzer-Berufsgenossenschaften geschaffen sind. Wie aber die Berufsgenossenschaften zusammengesetzt sein sollen, hat er nicht gesagt. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß der Minister alle jene Kompetenzen den bayerischen Berufsgenossenschaften zuwies, die gewährt werden sollten auf Grund des verrotteten sächsischen Gemeindefonds-Systems. Also wären, wenn jener Entwurf Gesetz geworden wäre, jene Forderungen nichts weiter gewesen, als Werkzeuge in den Händen der größeren und mittleren Bauern gegen die kleinen.

Die Genossin Zetkin hat einen ähnlichen Fehler begangen: Sie hat ein Zitat aus Schmoller verlesen und hat nachweisen wollen, daß Schmoller bezüglich der Förderung der Landwirtschaft etwas Aehnliches gesagt haben soll wie ich. Aber sie hat Pech gehabt; sie hat als eine Aeußerung von mir etwas angegeben, was ich aus Engels zitiert habe. Wenn aber Engels und Schmoller einmal übereinstimmen, so weiß ich nicht, wie man das gegen mich ausspielen kann. In fortwährenden Widersprüchen haben sich diejenigen Genossen bewegt, die uns einerseits Bauernfang vorgeworfen haben, andererseits aber sagten: mit Euren Forderungen lockt Ihr keinen Hund vom Ofen. Entweder das eine oder das andere; entweder sind die Forderungen zugkräftig oder nicht. Die Stimmung unter den Bauern, von der Herberich gesprochen hat, die schon jetzt, seitdem sie unseren Entwurf kennen, gegen uns sehr erbittert sind, existirt wohl bloß in der Phantasie Herberich's. Welcher Bauer weiß denn etwas von unserm Entwurf? Das ist ja das Unglück bei unseren Verhandlungen, daß wir zu wenig wirkliche Bauern unter uns haben. Es ist ferner falsch, daß wir uns um die Landarbeiter nicht kümmern. Die Arbeiterforderungen stehen ja im Erfurter Programm.

Genosse Kronz hat eine Reihe unrichtiger Auffassungen geäußert. Er sagte, wir müßten erst eine bessere Vereinsgesetzgebung haben, ehe wir die Bauern gewinnen. Diese Aeußerung war um so ungeschickter, als in diesem Augenblick der aus bäuerlichen Wahlen hervorgegangene preussische Landtag dazu benutzt werden soll, uns durch eine neue Gesetzgebung zu stranguliren. Nein, man muß auf andere Weise den Bauern beikommen. Das Verdienst der Agrarkommission ist, daß sie Klarheit geschaffen hat. Alle unsere Forderungen stellen sich auf die Seite der Kleinbauern gegen die ausbeutenden Kapitalisten. Das ist der maßgebende Gesichtspunkt gewesen, die Ausbeutung der Armeren zu verhindern, und daher deden sich unsere Forderungen mit dem Standpunkt des so oft zitierten Engels. Natürlich können wir hier nicht so vorgehen, wie bei dem industriellen Proletariat, weil die Verhältnisse hier ganz anders liegen und wir natürlich auf diesen Unterschied Rücksicht nehmen müssen. Gegen die Forderung des Gemeinde-Eigentums hat Schippel Argumente der liberalen Manchester'schen Schule geltend gemacht, die da sagten: Gesamteigentum — Verdammtgut. Bei seinem Zitiern nahm Schippel aus den Autoren das, was ihm passte, und ließ die Gesamtanschauung des betreffenden Schriftstellers unberücksichtigt. So behauptet er, Bücher und Wörthhoffer hätten auf die Schädlichkeit der Allmenden hingewiesen. Bücher hat allerdings hervorgehoben, daß einige Uebelstände bei den Allmenden hervortreten, sein Gesamturtheil aber ist günstig. Die Gefahr der „Schollenlieberei“ ist nach ihm nicht vorhanden. Dasselbe meint auch Wörthhoffer. Er befreit, daß die bayerischen Allmenden die reaktionäre Verquickung von Landwirtschaft und Handindustrie förderten.

Kautsky irrt, wenn er die Reste des Gemeindeeigentums in Deutschland für sehr klein hält. In Württemberg haben 70 pCt. der Gemeinden Waldnutzungsrechte, 85 pCt. sonstige Allmendenrechte. 785 000 Morgen Gemeindefund sind dort noch vorhanden mit einem Nutzungswert von 1 1/2 Millionen Mark; das Solznutzungsrecht wird auf 2 1/2 Millionen Mark geschätzt. Von den 1592 Gemeinden Baden's haben 1286 Allmenden in einem Umfang von 126 000 Morgen und einem Nutzungswert von 2 1/2 Millionen Mark. In Hohenzollern befinden sich von den

84 000 Morgen grastragenden Bodens 50 000 im Gemeinde-Eigentum. Von 27 Gemeinden ist nur eine ohne Allmende. — Auch ist es nicht wahr, daß sich die Gemeindevirtschaft mit rationeller Bodenkultur nicht verträgt.

Die ganze Diskussion hat die Frage zugespielt auf Erweiterung der Allmenden. An der einen Stelle kann die Allmende allerdings reaktionär wirken, an anderer Stelle wirkt sie eminent sozialistisch und deshalb muß man eben differenziren. Kautsky schreibt in seinem „Erfurter Programm“ ja auch, daß der Uebergang in die sozialistische Gesellschaft den Kleinbauern nichts nimm, sondern ihnen Vortheil bringe, daß sie Naturalzins erhalten. Lassen Sie diese Stelle und vergegenwärtigen Sie sich den Entrüstungssturm, der sich erhob, als die Kommission einen Naturalzins vorschlug! Da muß ich sagen, daß es sich hier um ein Doppelspiel handelt. Entweder sollte sich Schippel schon längst gegen Kautsky gerichtet haben, oder aber er sollte hier nicht betreten und gegen die Süddeutschen losziehen, weil sie genau dasselbe wollen, was Kautsky in seinem grundlegenden Buche der Partei zur Nichtschärre giebt. Ferner plädiert Kautsky für eine Aufrechterhaltung des Parzellen-Bauernthums auch noch nach Einführung des sozialistischen Staates, und heute, wo wir nur den Parzellenbauer gegen seine Preller schützen wollen, wirft Kautsky uns vor, wir wollten unverändrigerweise den Kleinbauern erhalten. Wenn unser berufener Programmausleger derartiges schreibt, so haben wir doch wohl das Recht, einzuweisen noch für das Kleinbauernthum einzutreten! Genosse Kronz hat die Aeußerung eines Gemeindevorsethers zitiert: „Allmenden sind da, wo es keine Sozialdemokraten giebt“. Ich finde die Stelle am genannten Orte nicht. Genosse Kronz müßte dem noch besonderes Material über die Aeußerung haben. (Kronz: Ja.)

Genosse Kronz hat früher einen ganz ähnlichen Standpunkt vertreten, wie die Agrarkommission. Redner verliest unter einiger Heiterkeit die Agrarvorschläge, die Kronz in einem Artikel im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ vor einigen Jahren niedergelegt hat.

Die Hypothekensystemverstaatlichung ist eine alte Forderung, die bereits im kommunistischen Manifest ausgesprochen ist. Wie gingen Marx und Engels bei Ausbruch der deutschen Revolution vor? Nicht mit dem kommunistischen Manifest wandten sie sich in der praktischen Agitation an die Arbeiter, sondern mit einem Sonderprogramm — dies Verbrechen haben sie auch begangen —, das die Schlussfolgerungen für die Praxis aus der Theorie enthielt. Sie haben im wesentlichen das gemacht, was wir auf agrarpolitischem Gebiet machen wollen.

In der Vorrede zum Bauernkrieg hat Engels die Forderung der Verstaatlichung der Hypotheken wiederholt und zwar als Forderung für die Gegenwart. Wir befinden uns also durchaus in guter revolutionärer Gesellschaft.

Wer sagt denn, wenn wir die Verstaatlichung der Hypotheken verlangen, daß wir uns praktisch für die und die Methode der praktischen Durchführung festlegen? Unter diesen Umständen ist die Verstaatlichung der Hypotheken rathlich, unter jenen nicht. Es kommt dabei ganz auf die politischen Verhältnisse an. Wie kann man von uns verlangen, daß wir im Agrarprogramm Einzelheiten der Praxis, wie die Festsetzung einer Beleihungsgrenze, feststellen? Das gehört nicht dahin. Genosse Dertel hat uns hier eine Nationalökonomie für praktische Kaufleute vorgetragen. Er will, wenn die Verstaatlichung der Hypotheken naht, vorher erst „tüchtig Hypotheken draufspießern“. Dazu gehören doch zwei. Dertel muß doch erst die dummen Kapitalisten finden, die ihm das Geld dazu herleihen. (Heiterkeit.)

Wir können doch an die jetzigen Verhältnisse, wo der Staat bereits eine Fülle von Hypotheken in der Hand hat, anknüpfen und in diesem Sinne weiter wirken.

Was nun die Waldnutzung betrifft, an der Schippel zunächst seinen Witz ausgelassen hat, so bestätigt sich da wieder die merkwürdige Erscheinung, daß der Sozialdemokrat Schippel forsttechnisch kapitalistischer denkt und kapitalistischer spricht, als die verräthsten Fachleute. (Sehr richtig!) Wir können uns zur Begründung unserer Ansicht auf Autoritäten berufen, die sogar anerkennen, daß der forsttechnische Standpunkt stets den agrarpolitischen Erwägungen untergeordnet werden muß. Das bloße „Gute Stube“-System von Schippel fällt hier nicht ins Gewicht. Weit sachlicher ist Kautsky vorgegangen, er hat nicht den Ton der Schippel'schen Selbstgefälligkeit angeschlagen, er ist nur ein bescheidener Prediger des Kapitalismus. (Heiterkeit.) Er vergißt aber, daß wir nicht die Aufgabe haben, den theoretischen Theil unseres Programms zu wiederholen, sondern festzustellen, was sich an praktischer Politik mit den theoretischen Gesichtspunkten verbindet. Darüber hätte sich Kautsky äußern müssen. Kautsky hat nun im allgemeinen behauptet, daß das ganze Programm gegen den Entwurf sei; im einzelnen hat er das nicht nachgewiesen. Die Größe unseres Programms besteht ja gerade darin, daß sie mit dem theoretischen Theil einen praktischen verbindet; dadurch ist die Sozialdemokratie eine große Partei geworden. Wir wären eine kleine Schanze wie die französischen Sozialisten, wenn wir keinen praktischen Theil im Programm hätten. Auch die Franzosen macht jetzt die praktische Arbeit groß. Und gegen deren praktische Thätigkeit sind wir reine Waisenkinder. Sie haben ein Agrarprogramm, sie haben jetzt ein neues Programm für die Seeleute aufgestellt; sie werden vielleicht weiter gehen und ein besonderes Programm für die Handelsangestellten, für die Eisenbahn-Arbeiter u. s. w. schaffen. Das ist doch kein Unglück; sondern das darf nur dann bekämpft werden, wenn das Sonderprogramm gegen das Hauptprogramm verdirbt, und diesen Nachweis vermisse ich.

Kautsky hat eine Wahrheit gesagt: Unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie immer gewagt hat, unangenehme Wahrheiten zu sagen. Nun, ich will Ihnen ebenfalls einige unangenehme Wahrheiten sagen. Auch Frau Zetkin hat sich auf das theoretische Schaukelpendel begeben und eine große theoretische Rede gehalten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Frau Zetkin an etwas erinnern, was ich sehr nahe liegt, an die Frauenbewegung. Was hat sie da erreicht in der praktischen Agitation? Sie ist hinter den deutschen Frauenvereinen bei der Petition um weibliche Fabrikinspektoren einbergegangen. Damals war es Zeit, praktische Thätigkeit zu üben; die Theorie hat sie daran gebindert. Die Gegner haben Ihnen die praktische Thätigkeit abgenommen. Sie sind ins Hintertreffen gekommen, und jene gegnerische Agitation hat schon ganz hübsche Erfolge aufzuweisen. Mit drei Worten hat Kautsky die Folge des Theoretizirens gekennzeichnet: Es bleibt nichts übrig in den Landtagen und in den Gemeindevorstellungen, als daß Sie, wenn solche Fragen, die im Entwurf berührt sind, an Sie herankommen, diese Fragen mit der größten Reserve behandeln. Mit der größten Reserve ist den Genossen nicht gebietet, es kommt darauf an, den Genossen zu erklären, wie weit sie in der Reserve gehen sollen. Wenn Sie sich darauf beschränken wollen, Reden zu halten und zu sagen, die Sache sei ja ganz gut, aber man dürfe nicht praktische Stellung nehmen, so würde das die allgemeine Heiterkeit über die sozialdemokratischen Redner erzeugen. Mit der größten Reserve macht man nichts; handeln muß man. Wir sind

es, die uns an die Schwierigkeit heranzumachen und praktisch zu handeln haben.

Man kann auch an der übertriebenen Theorie zu Grunde gehen; manche Parteien beweisen das. Die Partei verzichtet auf praktische Thätigkeit, wenn sie vor Schwierigkeiten zurückschreckt; sie kann dann nicht lebendig bleiben. Und was wird die praktische Folge davon sein, wenn die Resolution Kautsky angenommen wird? Das wird sein, daß auch die theoretischen Erörterungen für längere Zeit lahm gelegt werden. Die Fortsetzung der literarischen Debatte wird sich auf einen kleinen Kreis beschränken, auch wenn die Resolution Kautsky das nicht zu wollen scheint. Was wollen die Landtags-Abgeordneten und Gemeindevorsteher der Partei machen, wenn die Resolution Kautsky angenommen wird? Ihnen bleibt nichts weiter übrig, als ihre Mandate niederzulegen. Das soll keine Drohung sein, sondern das einfache Fazit der Annahme der Resolution Kautsky. Die Broschüre über die heftigen Landtagswahlen z. B. befindet sich in den Händen aller Gegner. Darin stehen viele Sätze, die auch im Entwurf stehen. Was sollen da die heftigen, ebenso die bayerischen, badischen und württembergischen Genossen machen, wenn wir uns auf die Resolution Kautsky festlegen? Die Folge wäre Einschlafen der theoretischen und praktischen Arbeit und Uneinigkeit in der Partei.

Singer: Der Referent hat bereits die ihm zu stehende Redezeit überschritten. Da für uns jetzt wieder die Bestimmungen der Geschäftsordnung in Kraft sind, so kann ich eine Ausnahme nur dann machen und dem Referenten nur dann eine unbeschränkte Redezeit gewähren, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. Ich lasse also darüber abstimmen.

Der Parteitag beschließt, die Redezeit der Referenten nicht zu begrenzen.

Quard (fortfahrend): Täuschen Sie sich nicht darüber, daß der Beschluß seine Rückwirkung auf die städtische Agitation ausüben wird. Es ist bereits darauf hingewiesen, daß uns in Halle die Unabhängigen dasselbe erwidert haben, was jetzt gegen das Agrarprogramm eingewandt wird. Wenn der Parteitag diesen Beschluß faßt, dann werden sich in kurzer Zeit in der Großstadt Stimmen erheben, die sagen: Was hat sich Singer um die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung zu kümmern? Er hat nur Prinzipienagitation zu treiben. — Das wäre der logische Schluss, der sich aus der Annahme der Resolution Kautsky ergibt. Die Resolution Reichert trifft am besten das, was bei dem jetzigen Stand der Sache zu thun ist. Es ist richtig, daß wir über eine ganze Reihe von Punkten nicht im Klaren sind, und deshalb müssen wir die Frage vertagen. Damit sagen wir den Genossen im Lande, sie sollen sich intensiv weiter damit beschäftigen, damit eine größere Klärung eintritt. Ich kann Ihnen die Resolution Reichert um so eher empfehlen, als sie den Antrag der Kommission aufnimmt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Partei vor einem Wendepunkt steht, wo sie zu entscheiden hat, zwischen Theorie und Praxis. Als vor 20 Jahren in Gotha die Programmfrage zur Berathung stand, da hat Vieblnecht, obwohl er wußte, welche vernichtende Kritik unser größter Theoretiker Marx an dem Entwurf geübt hat, denselben doch zur Annahme empfohlen, weil er sich, genau wie es heute der Fall ist, sagte, es kommt nicht darauf an, Prinzipienreiterei zu treiben, sondern die Sozialdemokratie zu vereinigen. Mit dem geeinigten Proletariat werden wir dann schon der Theorie zum Siege verhelfen. Genau so steht es heute. Es handelt sich darum, zunächst gewisse Verständigungspunkte zu gewinnen und dann weiter zu arbeiten. Dann werden wir auch zusammen mit den Bauern, die uns heute gefehlt haben, das richtige Agrarprogramm zur Ergänzung des Erfurter Programms finden. Es ist kein Wunder, daß Liebnecht und Bebel auf unserer Seite stehen, sie handeln nach denselben Grundsätzen wie damals, und ich kann nur wünschen, daß, wie damals die Taktik dieser Führer der Partei zum Siege verholfen hat, so auch jetzt ihr Rath uns zum Heile gereicht. (Lebhafte Beifall.)

Persönlich bemerken
Kautsky: Der große praktische Bauernagitor Dr. Quard hat mich, den reinen Theoretiker, vernichtet. Er hat gesagt, ich hätte gerathen, daß wir uns in den Landtagen der Agrarfrage gegenüber die größte Reserve auflegten. Das ist nicht richtig; ich habe nur gesagt, wenn das richtig ist, was die Anhänger des Entwurfs vorbringen, so haben wir alle Ursache, in der Agrarfrage so vorsichtig wie möglich zu sein, und dürfen uns nicht durch Stellung von positiven Anträgen festlegen, bevor wir uns selbst über die Sache klar sind. Nun hat Quard, der das Zitiern so haßt, aus meiner Schrift über das Erfurter Programm Zitate gebracht, die so wie er sie sagt, falsch sind. Er behauptet, ich sei für den Naturalzins der Bauern eingetreten. Ich habe aber ausdrücklich ausgeführt, daß unter der Herrschaft der Waarenproduktion die Durchführung des Naturalzinses ein Unsin ist. Auch die andere Aeußerung, die Quard mir in dem Mund legt, von der Erhaltung der Parzellenbauern ist nicht richtig. Bevor Quard anderen Leuten Vorlesungen hält, wie sie zitiiren sollen, sollte er selbst besser zitiiren.

Dr. Kronz: Es ist richtig, daß ich vor einigen Jahren im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ die agrarpolitischen Forderungen aufgestellt habe, die Dr. Quard verlesen hat. Ich halte aber meine Entwicklung vom Bodenreformer zum klaren Sozialdemokraten für richtig und das Umgekehrte für falsch. (Sehr richtig!)

Frau Zetkin: Der Partei-Schulmeister Quard hat auch mich geschulmeister und mir Vorwürfe wegen meiner Haltung in der Frauenbewegung gemacht. Ich halte diese Stellung für richtig; wir haben seit 1885 erreicht, daß in den Köpfen von tausenden von Arbeiterinnen die Nothwendigkeit weiblicher Fabrikinspektoren klar feststeht, und wenn die Regierung diese Forderung noch nicht erfüllt hat, so ist das sehr erklärlich. . . .

Singer (die Rednerin unterbrechend): Wir haben keine Veranlassung, in eine Diskussion über Fabrikinspektoren einzutreten. (Heiterkeit.)

Frau Zetkin (fortfahrend): Wir haben keinen Grund, uns petitionirend, bittend einer Regierung zu nähern, die den Umsturz gegen uns gemacht hat. . . .

Singer: Das ist nicht persönlich.

Frau Zetkin: Dann will ich mich nur dagegen verwahren, daß ich in der Frauenbewegung denselben Standpunkt einnehme, wie Dr. Quard in der Handlungsgehilfen-Bewegung. (Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quard (persönlich): Ich habe der Genossin Zetkin nur den Vorwurf gemacht, daß sie nicht früher aufgetreten ist, als der bürgerliche Petitionssturm stattfand. Was Dr. Kronz betrifft, so habe ich ihn eigentlich zu glimpflich behandelt, denn das, was er jetzt gesagt hat, verschlimmert die Sache nur. Zum Beweis dafür, daß meine Ausführungen in bezug auf Kautsky richtig waren, lege ich das „Erfurter Programm“ auf den Tisch des Hauses nieder, so daß jeder die zitiirten Stellen nachlesen kann. (Zuruf: Kennen wir ja!)

Das Wort erhält nunmehr der Korreferent

Schippel: Die persönlichen Bemerkungen haben uns auf das Gebiet geführt, das ich auch zunächst betreten muß. Genosse Bebel hat meine Haltung in einer Weise angegriffen, wie sie unter Parteigenossen selten stattgefunden hat. Er hat erklärt, er sei mit mir als Menschen fertig. So daß ein Mann

von der Stellung Bebel's mit dem Namen, mit dem Ansehen eines anderen nicht spielen. Alles, was er Ihnen vorgeführt hat, sind Dinge, die nur zum Teil richtig sind, die in andere Beleuchtung gerückt, ganz anders erscheinen. Lassen Sie mich erst den Hergang in der Kommission feststellen. Nach der Annahme der Frankfurter Resolution war die Stimmung in der Partei im allgemeinen so, daß man sich sagte: die Frankfurter Resolution ist ein Unglück, ein Pech; niemand aber glaubte recht daran, daß man mit der Resolution Ernst machen würde. (Widerspruch.) Es wurde aber doch Ernst gemacht, und die Agrarkommission trat zusammen. An ihrer ersten Sitzung konnte ich nicht teilnehmen, weil ich im Gefängnis saß. Was da gesprochen worden ist, weiß ich nicht. Genosse Bebel wird mir aber bestätigen können, daß man innerhalb der Reichstagsfraktion über die Agrarkommission im spöttischen Tone sprach und nicht glaubte, daß etwas herauskommen würde. (Bebel: Da hört aber doch alles auf.) Ich habe nicht gesagt, daß sich Bebel spöttisch über die Agrarkommission gelustert habe, wohl aber thäten es angeordnete Leute der Partei. Inzwischen traten der mitteldeutsche, der süddeutsche Ausschuss zusammen und endlich auch der norddeutsche Ausschuss. Er mußte dazu gezwungen werden (Widerspruch); der Sekretär der Kommission kam zu diesem Zwecke gerade ich besonders nach Berlin. Dann nahm ich an einer Sitzung der Gesamtkommission teil. Es ist richtig, daß ich für die Mehrzahl der Programmpunkte des norddeutschen Ausschusses gestimmt habe. Sie gehen aber alle nicht so weit, wie der schließliche Entwurf der Kommission. Die Verstaatlichung der Grundschulden wird nicht verlangt im norddeutschen Entwurf, sondern nur die Organisation der Hypothekensicherung durch den Staat. Das ist doch etwas anderes. Ob mein Standpunkt richtig war, ob mein Entgegenkommen nicht zu weit ging, das will ich nicht erörtern.

Im norddeutschen Entwurf wird die Gewährung des Art. 13 „in der Höhe der Selbstkosten“ verlangt. Das heißt, der Staat soll nichts aus den Taschen der Steuerzahler zuschießen. Ich habe in der Kommission in einer langen Rede gegen das Verbot des Verkaufs von Gemeinde-Eigentum, gegen die Begünstigung der Armen protestiert. Schließlich ist ein mittlerer Weg von der Kommission gewählt worden. Gewiss, auch im norddeutschen Entwurf geht manches zu weit, aber er ist doch ganz etwas anderes, als der süddeutsche Entwurf. Bebel sagt nun, ich hätte auch in der Gesamtkommission für die meisten Punkte gestimmt. Ich habe an einer Sitzung der Gesamtkommission teilgenommen. An diesem Tage wurde zunächst lange darüber diskutiert, ob man die Beschlußfassung wegen Vollmar's Krankheit vertagen sollte. Man bezieht sich eine Rücksprache mit Vollmar vor. Die Dinge wurden, so erschien es mir, nicht als definitiv, nicht als unüberänderlich behandelt. Hieran schloß sich eine lange Debatte über den süddeutschen Entwurf. Dann wurden die drei ersten Punkte des mitteldeutschen Programms angenommen. Ich habe, wie ich gesehen muß, mit leichter Hand dafür gestimmt, weil ich die Beschlußfassung nicht für definitiv hielt. Ich soll nun auch für die Verstaatlichung der Grundschulden gestimmt haben. Wie vertief aber hier die Abstimmung. Ueber diesen wichtigsten Punkt hat gar keine Debatte stattgefunden. Gewissermaßen zwischen Thür und Angel, im Aufstehen und Sitzen wurde abgestimmt. Daß die Abstimmung die einstimmige Annahme dieses Punktes ergeben hätte, darüber steht nichts im Protokoll. Die einen sagen, ich hätte dafür gestimmt. Ich sage: ich habe dagegen gestimmt. Ich muß es Ihnen überlassen, wenn Sie glauben, wie soll ich denn dazu gekommen sein, für die Verstaatlichung der Grundschulden zu stimmen. Ich beschäftige mich doch nicht zum ersten Male mit dieser Frage.

Glücklich war meine Haltung nicht, das gestehe ich offen ein. Ich habe die Dinge viel zu leicht genommen. Ich muß noch hinzufügen: weder der süddeutsche noch der mitteldeutsche Entwurf waren mir bekannt, als ich in die Sitzung kam. Der Sekretär der Kommission hatte übrigens keine Schuld daran. Er hatte die Entwürfe an einen Berliner Parteigenossen geschickt, der sie verteilen sollte. Ich habe sie nicht erhalten, dann hätte ich die Dinge nicht so leicht genommen, nicht etwas von oben herunter betrachtet. Jetzt bedauere ich es, nachdem ich gesehen habe, wie ernst die Dinge geworden sind. Nun zu einer weiteren Neußerung Bebel's. Er hat mir vorgeworfen, ich sei hin und her geschwankt. Zuerst hätte ich im ersten Artikel des „Sozialdemokrat“ den Agrar-Entwurf und die Kommission gelobt, dann hätte ich sie aufs schärfste angegriffen und sei schließlich in meinem Briefe an Liebknecht auf den korrekten Standpunkt zurückgekommen. In den Parteizeitungen wurde das noch deutlicher ausgedrückt: Da wurde behauptet, ich sei mit dem Sturm gefesselt. Ich muß ja eigentlich annehmen, daß, wenn Bebel mir schwankende Haltung vorwirft, er den Artikel im „Sozialdemokrat“ auch wirklich gelesen hat. Nebenher verliert eine Anzahl Stellen aus dem Artikel und beurteilt sie wie folgt: Es sind verbindliche, höfliche Redensarten für die Kommission, sachlich werden ihre Vorschläge ganz im Sinne meines Referats strift abgelehnt. Es heißt ausdrücklich in dem Artikel: Mit dem Landarbeiterschuß konnte die Kommission nichts anfangen und der Bauernschuß ist eine Nothgeburt. Das steht ausdrücklich darin, Bebel sollte den Artikel erst lesen, bevor er mit leichter Hand urtheilt. (Bebel: Mit leichter Hand haben Sie gehandelt.) Mein Brief sollte der Kommission zeigen, wie wir am besten ohne persönliche Erregung über die Sache hinwegkommen können. Sie sollte sagen: Bestimmte Vorschläge und Forderungen existieren nicht, nur das Gerümpel dieser Forderungen bleibt für die Debatte übrig. Der Brief reicht gewiß nicht aus, um mir mit recht eine schwankende Haltung vorzuwerfen. Nachdem ich den süddeutschen Entwurf kritisiert hatte, da machte mir Bebel den Vorwurf, ich hätte diesen Entwurf überhaupt nicht herangezogen dürfen. Weiß denn Bebel nicht, daß ich es mir von vornherein zur Bedingung des Referats gemacht habe, daß der süddeutsche Entwurf veröffentlicht wird? Die Agrarkommission hat sich in schriftlicher Abstimmung dafür ausgesprochen, Schippel das Referat zu überlassen; da habe ich doch die Veröffentlichung dieses Entwurfs verlangt. Ich habe nach einer vorausgegangenen Besprechung gehandelt, man konnte also von meiner Kritik des süddeutschen Entwurfs nicht überrascht sein. Bebel hat mir ferner Mangel an Muth vorgeworfen mit der Andeutung, daß ich den süddeutschen Entwurf gerade deshalb besonders bekämpfe, weil sein Verfasser, Vollmar, nicht da ist. Zunächst habe ich erst in der letzten Stunde davon gehört, daß Vollmar nicht da sein wird. Ich habe kein Wort von dem zurückgenommen, was ich in der Kritik des Theiles des süddeutschen Entwurfs gesagt habe, der mit den Hallenhann'schen Vorschlägen zusammenhängt. Ferner mußte man früher annehmen, daß nicht Vollmar, sondern einige andere jüngere süddeutsche Genossen Urheber des Entwurfs seien. Ist also doch Vollmar der Verfasser, dann richtet sich allerdings meine Kritik zugleich gegen ihn.

Nun könnte man mir den Vorwurf machen, daß ich noch meiner oberflächlichen Haltung in der Kommission niemals das Korreferat hätte übernehmen dürfen. Ich hatte allerdings das Gefühl, daß es am besten sei, die Hand davon zu lassen; aber ich bin ja gewissermaßen zum Korreferat gestellt worden durch Quard und durch Zeitungsnotizen (Bebel: ja, wir wollten Sie sehen). Ja, dann blieb mir doch um so mehr nichts anderes übrig, als meine Stellung energisch zu vertreten. Ich habe von Anfang an gewünscht, daß es beim Parteitage zu einem Skandal kommen wird; aber hätte ich mich zurückgezogen, so wäre doch der Skandal noch weit größer geworden. Man hat auch gewissermaßen ein Reflexiv-treiben gegen mich angestellt; aber ist das parteigenösslich? Parteigenösslich ist es nicht von diesen Leuten, die mich absichtlich in meine unangenehme Stellung hineingetrieben haben. (S:ye richtig.)

Ferner hat man mir Demagogie vorgeworfen; der Vorwurf trifft nicht zu. Ich bin die ganze Woche vor dem Parteitage unfähig gewesen, mich so, als es eigentlich nöthig war, vorzubereiten. Wenn dadurch manche Worte schlimmer ausgefallen sind, als gut war, so war es nicht meine Absicht, jemanden dadurch zu beleidigen. Wenn mir gerade Bebel den Vorwurf macht, daß mir der Ausbruch der Charlatanerie entchlüpelt ist, wenn er mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich gesagt habe, „die Arbeiter sollen Ihnen dann den Weg weisen“ — das soll übrigens heißen: die Arbeiter sollen Ihnen die Richtung angeben, in der die Diskussion der Agrarfrage gehen soll — so ist es gerade Bebel, der hier nicht von Demagogie sprechen sollte. Wir haben im vorigen Jahre auch, als wir von Bauernschuß sprachen, von Bauernfang gesprochen; Bauernfänger aber ist noch schlimmer als Charlatanerie. Bebel selbst will doch lieber ein Charlatan als ein Bauernfänger sein. (Bebel: Ich hätte Ihnen einen besseren Geschmack zugebraut.) Ich verweise Sie auf die Rede auf dem Kölner Parteitag, wo Bebel sagte, daß wir aufpassen sollen auf das, was die Führer treiben, daß die Konsultation haben sollen, daß der Partei kein Schaden geschieht, und daß, wenn die Parteiführer nicht fähig sind, die Partei gegen offen selbst Gericht halten sollen. Das ist genau dasselbe wie das, was in bezug auf mich als Demagogie gedeutet wird. Etwas vom Demagogen steht in uns allen. Was es ein Verbrechen, etwas zu thun, was Bebel gethan hat? (Beifall.)

Was über die Sache gesagt werden kann, ist gesagt worden, alle Irrthümer zurückzuweisen zu wollen, scheint mir keinen Zweck zu haben. Aber von vielen Seiten bin ich mißverstanden worden. Ich bin durchaus nicht dafür, daß alle Wahlrechte fallen oder abgelehnt werden. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß die unbeschränkte Ausbreitung dieser Rechte nicht angängig ist, weil dann der Willkür Thür und Thor geöffnet wird. Selbst Vollmar hat ja dem bayerischen Finanzminister recht gegeben, daß eine unbeschränkte Ausbreitung dieser alten Rechte falsch sei. Historische Zustände können mit dem Sechsmesser nicht durchgehauerschneiden; solche Dinge lösen sich allmählich ab, es geht nicht an, sie in Programmforderungen festzulegen. Von einer Zwangsablösung habe ich nicht gesprochen, wie mir das Müller vorgeworfen hat. Gerade in dem, was Dr. David über den süddeutschen Entwurf gesagt hat, zeigt es sich, auf welche Bahnen dieser Entwurf führt. David meinte, es wäre ein glücklicher Gedanke, daß Gemeinden vergantete Güter kaufen und sie zum Tagewerth den früheren Besitzern zur Anweisung überlassen. Weshalb sollte man diese Forderung nicht auch für gewerbliche Betriebe fordern? In der Broschüre über die bayerischen Landtagswahlen ist zahlreich nachgewiesen, daß die Zahl der verganteten gewerblichen Betriebe bedeutend größer ist, als die der landwirtschaftlichen. Und was für Betriebe müßten die Gemeinden kaufen? Immer doch nur die schlechtesten, verkommenen, und das allein zur größeren Ehre der Sozialdemokratie! Und wem würde man dabei nützen? Doch nur denen, die Hypotheken auf den Betrieben haben, also den Kapitalisten.

Was die Grundschulden-Verstaatlichung betrifft, so habe ich nicht gesagt, daß man dadurch den Arbeitern das Geld aus der Tasche locht. Hier freue ich mich, im Einverständnis zu sein mit Bebel, der hier wieder einmal die Arbeiter gegen die Führer aufgerufen hat. In dieser Sache hat Bebel vor nicht langer Zeit nach einem Versammlungsberichte gesagt, daß wir da mit den Antisemiten, Bauernführern u. s. w. scheinbar gemeinsame Sache machen. Der Unterschied zwischen unserer Forderung der Grundschulden-Verstaatlichung und der Forderung der Wagner besteht darin, daß wir sie fordern für die Zeit, in der wir bereits eine sozialistische Regierung haben werden. Für heute wäre es konservativ, wenn man durch die Durchsetzung solcher Forderungen den Grundbesitzern ihre Schuldenlast erleichtert; das bedeute eine Begünstigung der Kapitalisten durch eine Schätzung der Arbeiter. Wenn man so, wie hier Bebel, im Jidzackus geht, dann soll man anderen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie auch ein wenig im Jidzack gehen. Kein Wort mag so schwer als Bebel's, wenn Bebel so weiter von rechts nach links tanzelt, dann kann es nur dahin kommen, daß sein Wort sein Gewicht verliert. Und alles das ist die Folge seiner Rechtsaberei. (Sehr wahr!) Wenn übrigens der Staat die Zinsen zu niedrig ansieht, dann wird eine gewaltige Agitation losgehen, aber das Geld werden wir verlieren.

Wenn weiter David meint, daß auch der Staat die Bauern fusioniren wird, so sage ich im Gegentheil, er wird sie pouffiren. Das ist es, was wir zu fürchten haben; es steht zu befürchten, daß durch solche Maßregeln der ganze Staat agrarisiert wird. Er muß dann immer mehr für die Bauern thun, mehr Zölle einführen und mehr Liebesgaben geben.

Zum Schluß noch einen kurzen Blick auf den Verlauf unserer Debatte. Wir debattiren jetzt drei Tage über die Agrarfrage, es ist aber auch nicht ein einziger Landarbeiter aufgetreten. Ich wünschte, wir hätten 10—12 handfeste Knechte unter uns, dann hätten Sie vielleicht ein richtiges Urtheil wahrnehmen können. Wir treten hier immer für den Bauer auf, als ob der Landarbeiter gar nicht für und vorhanden ist. Ich warne Sie dringend, diesen Weg weiter zu gehen. Wir haben in der Landarbeiterfrage noch so viel zu thun, daß wir erst diese Arbeit vollenden müssen. Erst wenn wir damit fertig sind, können wir uns an die Bauernfrage machen. Beide zusammen können wir nicht gewinnen, wohl aber einen nach dem andern. Kehren wir wieder auf den alten Boden zurück und bleiben wir, was wir gewesen sind, eine Vertretung der Klasseninteressen. Unsere Stärke besteht darin, daß wir der verkörperte Klassenegoismus einer bestimmten Klasse sind.

Glauben Sie doch nicht, daß wir den Bauer vor dem Untergange schätzen, wenn wir den Zins etwas ernähigen! Er bleibt doch immer auf den nothdürftigen Lebensunterhalt angewiesen, und wir schätzen höchstens die Parzellen, nicht aber den Bauer. Wir müssen die Bauern aufklären, sie sind heute reaktionär, weil sie sich als Besitzer fühlen; leben sie aber ein, daß auch sie Proletarier sind, so kommen sie zu uns. Dieser Gedanke ist bereits im kommunistischen Manifest niedergelegt.

Ich verhebe gar nicht, warum auf einmal in unseren Reihen ein solcher Kleinstaat herrscht; wir haben doch keinen Grund, uns durch das Geschrei der Agrarier in den Parlamenten und auf den Märkten niederdrücken zu lassen. Die agrarische Bewegung wird an uns vorübergehen, wir werden auch ihr Nekroten entnehmen, aber nur, wenn wir bleiben, was wir sind. Verlieren wir uns nur selbst nicht, und wir sind nicht verloren! (Beifall.) Wir müssen klipp und klar aussprechen, daß wir das uns vorgelegte Programm nicht annehmen können, und daß wir keinen Grund haben, noch ein Jahr hindurch die Fragen zu debattiren. Wir sind uns heute alle klar. Es liegt auch gar kein Grund zu der Verfürchtung vor, daß die Resolution Kautsky uns fernrückt. Nehmen Sie diese Resolution an, die die Ablehnung des Entwurfs motiviert! Wir haben noch ganz andere Fragen für die nächste Zeit zu lösen. (Beifall.)

Persönlich bemerkt

Bebel: Schippel hat behauptet, die Kommission sei innerhalb der Fraktion als spöttische Einrichtung aufgefaßt worden. Soweit sich das auf meine Person bezieht, muß ich dem aufs entschiedenste entgegenzutreten, und ich glaube, daß auch kein anderes Mitglied der Fraktion außer Schippel eine ähnliche Auffassung gehabt hat. Er hat dann weiter gesagt, er habe für eine Reihe von Forderungen im norddeutschen Entwurf, auch für die Verstaatlichung der Grundschulden gestimmt, sich aber nichts Böses dabei gedacht. Aber das Wort „Grundschulden“ kommt im norddeutschen Entwurf gar nicht vor. Es liegt hier also eine Verwechslung vor, ob abthätlich, lasse ich dahingestellt, zwischen dem Zentralentwurf und den einzelnen Entwürfen. Der norddeutsche Entwurf in seiner Fassung kommt von mir und hat unter

Schippel's Assistent in der Plenarsitzung eine andere Fassung erhalten, die dem Sinne nach mit meinem Vorschlage übereinstimmt; Schippel hat dafür gestimmt. Die Art und Weise, wie er selbst seine Stellung charakterisiert hat, ist für ihn die denkbar klamabelste. Ich weise ferner darauf hin, daß in der ersten Sitzung, wo Schippel zugegen war, die fünf ersten Punkte des Entwurfs ausführlich beraten wurden. In der zweiten Sitzung, in der er nicht erschien, obgleich er erst am Tage darauf seine Reise antrat, wurden die übrigen Punkte erledigt. Schippel hat dann zum Beweise dafür, daß ein Widerspruch in seiner Haltung nicht vorhanden war, einen Brief vorgelesen. Ich hoffe, er wird denselben zu Protokoll geben, damit jeder sieht, wie es ihm nur darauf ankommt, Silbenstecherei zu treiben. Wenn Schippel behauptet, ich hätte ihm mit bezug auf diesen Brief den Vorwurf der Persiflage hingewiesen habe, die Schippel mit diesem Brief genommen hat. Er hat ferner gesagt, er habe es sich, als man ihm das Referat antrug, zur Bedingung gemacht, daß er auch über den süddeutschen Entwurf reden dürfe, und daß dieser veröffentlicht werden müßte. Ich war in jener Zeit in der Schweiz und wurde von Quard befragt, ob ich damit einverstanden sei. Ich antwortete, daß ich selbstverständlich dafür sei, daß Schippel referirt, daß ich aber auf die Bedingung nicht eingehen könne, sondern die Veröffentlichung sämtlicher Entwürfe beantrage. Das ist dann auch geschehen. Schippel bezieht sich zum Beweise dafür, daß der jetzige Entwurf wesentlich der süddeutsche sei, auf Grillenberger; dieser hat aber gar nicht den süddeutschen, sondern den Zentralentwurf gemeint.

Singer (ihm unterbrechend): Was Grillenberger gemeint hat, gehört nicht zur persönlichen Bemerkung.

Bebel (fortfahrend): Weiter hat Schippel die Frage aufgeworfen, wie ich mich stellen würde zu dem Vorwurfe der Bauernfänger und der Charlatanerie. Ich habe einen viel zu guten Geschmack, um nur zwischen diesen beiden Ausdrücken zu wählen. Wenn ich aber das Wort Bauernfänger gebraucht habe, so liegt darin keine Beleidigung, sondern es hat denselben Sinn wie Stimmenfänger. Ich kann mir denken, daß Leute unter uns sind, die daraus ausgehen, erst die Bauern zu gewinnen und sie dann erst zu Sozialdemokraten zu machen. Der Vorwurf, auch ich hätte auf dem Kölner Parteitag an die Arbeiter appellirt, ist nicht richtig; ich habe dort keinen künstlichen Gegensatz konstruirt zwischen Arbeitern und Nichtarbeitern. In den Fehler Haffelmann's und Schweitzer's bin ich nicht verfallen. Schippel hat auch einen Gegensatz zwischen meiner Haltung in Köln und meiner späteren Haltung konstruirt und zum Beweise dafür einen ganzen Passus meiner Rede vorgelesen. Einige Stellen daraus fing er an ganz schnell zu lesen; aber das waren gerade die entscheidenden. Wenn Schippel weiter gemeint hat, mein Wort wiege am schwersten in der Partei, daß es aber sein Gewicht verlieren werde, wenn ich weiter heute rechts, morgen links marschiere, so stellt er damit der ganzen Partei ein Armuthegenüß aus, die mich so lange trotz meiner Widersprüche an dieser Stelle gebuddelt hat.

David versucht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung die Entstehungsgeschichte des süddeutschen Entwurfs zu erzählen, wird aber vom Vorsitzenden daran gebindert. Redner fährt fort: Schippel hat gesagt, der süddeutsche Entwurf rühre vermutlich von einigen jungen Genossen her. Damit kann er nur mich gemeint haben (Beifall); der Entwurf ist aber ein gemeinsames Werk aller Mitglieder der Kommission. Ich hätte wohl erwartet, daß Schippel sich näher informirt, ehe er Beschuldigungen erhebt, die den Thatfachen ins Gesicht schlagen. Wenn Schippel mir den verstickten Vorwurf der politischen Unreise macht, so beneide ich ihn nicht wegen der politischen und wissenschaftlichen Ueberreise, die ich an ihm erfahren habe. (Beifall.)

Quard bewertt persönlich, daß die Mittheilungen Schippel's über den Verkehr mit ihm unvollständig und tendenziös seien. Das Referat sei zuerst einem anderen übertragen, erst auf Veranlassung einer Frankfurter Versammlung sei ohne sein Zutun Schippel zum Referenten gewählt. Bezüglich der Abstimmung habe er am Tage nach der betreffenden Sitzung an Schippel geschrieben, daß er allen fünf Punkten des Entwurfs zugestimmt habe und daß er ihn für so loyal halte, daß er seine Behauptung im „Sozialdemokrat“ berichtigen würde. Das sei nicht geschehen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Singer schlägt folgenden Abstimmungsmodus vor: Zunächst wird über die Kautsky'sche Resolution (Antrag 121) abgestimmt. Es liegt hierzu ein genügend unterfertigter Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Dieser Abstimmung müßte die Abstimmung über das Amendement Antica, daß einige Worte in der Resolution gestrichen werden soll, vorangehen. Wird die Resolution angenommen, so sind alle übrigen Anträge erledigt; wird sie abgelehnt, so muß zunächst über den Antrag 123 abgestimmt werden, der dasselbe wie die Kautsky'sche Resolution will, nur mit Fortlassung der Motive. Wird dieser Antrag abgelehnt, so kommt Antrag 127 an die Reihe, der die Beschlußfassung vertagen will. Wird er abgelehnt, so kommt es zur Abstimmung über die Anträge der Agrarkommission.

Durch die Beschlußfassung werden meines Erachtens sämtliche zu diesem Punkt sonst noch gestellten Anträge erledigt.

Zunächst beschließt der Parteitag, in eine Spezialdiskussion der Vorschläge der Agrarkommission nicht einzutreten.

Bebel regt an, die Abstimmung über die Kautsky'sche Resolution in zwei Theilen vorzunehmen. Während über den ersten prinzipiellen Theil der Resolution die Meinungen differiren, ist man sich über den zweiten Theil, der die Schlußresolution der Agrarkommission aufbaut, einig.

Der Parteitag ist mit dem vorgeschlagenen Abstimmungsmodus einverstanden.

Zunächst wird das Antica'sche Amendement, das in der Kautsky'schen Resolution die Worte: „und trägt dadurch bei zur Hebelung ihres Eigenthums-Panatismus“ streichen will angenommen.

Darauf wird in namentlicher Abstimmung über den so veränderten ersten prinzipiellen Theil der Kautsky'schen Resolution abgestimmt.

Von 221 Delegirten stimmen 158 mit Ja, 63 mit Nein.

Der erste Theil ist also angenommen. Der zweite Theil wird hierauf gegen eine Stimme angenommen.

Damit sind alle übrigen Resolutionen und auch die Vorschläge der Agrarkommission erledigt.

Die Anträge 18—31, 110, 122, die bestimmte Vorschläge für die weitere Verfolgung der Angelegenheit machen, werden dem Parteivorstand als Material für die von ihm einzuberufende Studienkommission für die Agrarfrage überwiesen.

Damit ist Punkt IV. der Tagesordnung erledigt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

(Privat-Depeschen des „Vorwärts“.)

Segis eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß von 23 sächsischen Gewerkschaften Rußlands ein Begrüßungsschreiben an den Parteitag gelangt ist. (Beifall.)

Vor der Tagesordnung protestirt Gewehr gegen die Behauptungen eines Artikels der „Rheinischen Zeitung“, der sich gegen ihn wegen seiner Äußerungen über dieses Parteiblatt wendet. Was er gesagt habe, habe er gesagt in Uebereinstimmung mit den übrigen rheinischen Parteigenossen und im Auftrag seiner Mandatgeber. Insbesondere müßte er sich dagegen erklären, daß seine Bemerkungen irgendwie aus geschäftlichen Rücksichten für den Drucker der „Freien Presse“ in Oberfeld bezüglichen seien, und daß man aus seinen früheren, aber schon

seit 1880 abgebrochenen Verbindungen mit dem ominösen Zeug dazu benütze, ihn selbst jetzt anzuklagen.

Es wird in die Tagesordnung eingetretten.
Zur Verhandlung steht Punkt 5 der Tagesordnung: Die Maifeier 1896.

Berichterstatter Vebel: Nach mehrjährigen sehr lebhaften Kämpfen über die Art und Weise, wie die Maifeier in Deutschland begangen werden sollte, sind wir endlich durch die Beschlüsse des Berliner Parteitag zu einer festen Regelung dieser Frage gekommen. Seitdem sind ernsthafte Differenzen darüber nicht mehr ausgebrochen; die beiden folgenden Parteitage haben in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit die Frage abgethan und in demselben Sinne entschieden, wie der Berliner Parteitag. Ich darf wohl annehmen, daß auch heute in ähnlicher Weise beschlossen wird. Ueber die Bedeutung der Maifeier heute noch ein Wort zu sagen, hieße in der That Wasser ins Meer tragen, denn wir können mit Genugthuung konstatieren, daß im Laufe der Jahre in den weitesten Kreisen unserer Genossen die Maifeier als eine Nothwendigkeit für die Partei und als ein Akt des Solidaritätsgeföhls für die internationale Arbeiterbewegung betrachtet worden ist, daß also heute nicht mehr die Rede davon sein kann, von einer Feier abzusehen.

Die Resolution, die ich ihnen namens des Parteivorstandes vorzuschlagen habe, unterscheidet sich von der vorjährigen dadurch, daß der Hinweis auf die ungenügende geschäftliche Lage, die es uns unmöglich macht, eine allgemeine Arbeitsruhe einzutreten zu lassen, fortgefallen ist. Obgleich die Thatsache auch heute noch besteht, erscheint es doch überflüssig, immer wieder darauf hinzuweisen.

In Berlin sind die Genossen übereingekommen, die Ausführung dieser Frage in erster Linie den Gewerkschaften zu überlassen, und ich glaube, daß dies am besten ist. Dieser Weg kann auch an anderen Orten beschritten werden. Ich empfehle Ihnen also die Annahme unserer Resolution, und ich könnte mich auf diese wenigen Worte beschränken, wenn Ihnen nicht mehrere Anträge zugegangen wären, die ich kurz erörtern muß. Obgleich die Antragsteller sie noch nicht begründet haben. Was ich darüber sage, ist selbstverständlich meine persönliche Ansicht. Nach Antrag 45 wollen die Genossen in Halle die Maifeier als eine Demonstration für den Achtundzestag, und nicht wie von den Buchdruckern angelegt wird, als einen tarifmäßigen Feiertag betrachten, rechtmäßige Bezahlung auf Grund des Buchdruckerarbeitsvertrages kann hiernach nicht gefordert werden. Ich empfehle Ihnen, sich nicht auf diesen Antrag einzulassen, der verlangt, daß der Parteitag sich zum Schiedsrichter über die Buchdrucker-Gewerkschaft auswirft. Ob die Forderung richtig ist oder nicht, haben wir nicht zu entscheiden. Wenn wir den Antrag annehmen, so ist die Folge, daß auf eine der nächsten Generalversammlungen der Buchdrucker die Frage zur Erörterung kommt und möglicherweise im entgegen-gesetzten Sinne entschieden wird. Wir kommen dadurch in einen Konflikt, dessen Lösung nicht absehbar ist.

Antrag 87 will, daß sämtliche Referenten am 1. Mai unentgeltlich zu referieren haben. Mit einem solchen Beschluß ist nichts erreicht, denn ein Referent kann ja sagen, er ist durch verschiedene Gründe verhindert.

Wiel wichtiger ist der Antrag 87, den Zusatzsatz des Züricher Kongressbeschlusses betreffend die Maifeier in die Kölner Resolution einzuschalten. Dieser Antrag ist geeignet, die Frage in ihrem ganzen Umfange wieder aufzurollen, wie sie auf dem Züricher Kongress bereits aufgerollt war und dort entschieden ist. Die Mehrheit der Genossen, die als Delegirte der deutschen Partei in Zürich waren, werden wissen, daß wir uns mit überwältigender Majorität gegen die hier zitierten Worte ausgesprochen haben. Nur wenige, ich glaube neun, haben dafür gestimmt. Wir kommen durch Annahme dieses Antrages in große Schwierigkeiten, denn dann müßte in dem Falle, wo eine Gewerkschaft beschließt, in die Arbeitsruhe einzutreten, die gesamte Partei in der Stadt oder dem Bezirk, auch wenn es gegen ihre Ueberzeugung ist, sich verpflichten, diesen von ihr mißbilligten Beschluß zu unterstützen (Sehr richtig!) und natürlich auch die Konsequenzen zu ziehen. Wenn also infolge eines solchen Vorgehens Maßregelungen in großem Umfange eintreten, so haben die Genossen an dem Orte für die Gemay-regelten einzutreten. Wir müssen in dieser Beziehung den bisher beschriebenen Weg innehalten. In dieser Frage sind die Gewerkschaften maßgebend. Entschieden sich eine Gewerkschaft, in die Arbeitsruhe einzutreten, so kann man in 99 von 100 Fällen annehmen, daß alle Bedingungen zur Durchführung eines solchen Beschlusses vorhanden sind. Tritt dann eine kleine Maßregelung ein, so wird kein großes Geschrei erhoben, und man wird die Opfer gern tragen. Das ist doch etwas anderes, als wenn einer Mehrheit zugemuthet wird, den Beschluß einer Minorität mit allen Kräften aufrecht zu erhalten. Es ist eine Thatsache, daß die Zahl derer, die am 1. Mai in die Arbeitsruhe eintreten, sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Lassen wir es so weiter gehen. Wenn wir einmal statt einer gedrückten Geschäftsperiode wieder eine Periode der Prosperität haben, wenn die Arbeiter im Stande sind, den Unternehmern ihre Bedingungen zu stellen, dann kann man die Frage einer allgemeinen Arbeitseinstellung erörtern. Vorläufig ist das aber nicht der Fall, und ich bitte Sie deshalb, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die Vebel'sche Resolution lautet: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden.

Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe, daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.

Von den zu diesem Punkte der Tagesordnung vorliegenden Anträgen wird nur Antrag 87 unterläßt.

Da die Unterlichungsfrage vom Vorsitzenden bei einigen Anträgen mehrmals gestellt wurde, protestirt Mehner. Berlin gegen diese Abweichung von der Geschäftsordnung.

Mohs-Weipzig: Ich habe von Weipzig aus den Auftrag, für Antrag 86 zu sprechen, für einen Antrag, der leider nicht genügend unterstützt worden ist. Ich ersuche die Parteigenossen, einen Beschluß dahingehend anzunehmen, daß man überall, wo es angeht, den Gewerkschaften das Arrangement der Maifeier überläßt.

Schilling-Niederbarnim meint, daß, wenn die Referenten zur Maifeier ihre Arbeit auch unentgeltlich machen sollen, so sollen sie doch die Unkosten ersetzt erhalten.

Koelle-Pomburg ist der Ansicht, daß die Redner bei der Maifeier ihre Arbeit doch unentgeltlich leisten sollen. So viel Opfermuth muß man schon von ihnen verlangen.

Timm-Berlin begründet folgendes Amendement: „Die Maidemonstration durch Arbeitsruhe den Gewerkschaften zu überlassen.“

Schreier-Mielefeld: Dadurch, daß Sie den Antrag 86 haben fallen lassen, sind wir gezwungen, uns nicht weiter in der Maifeierfrage als Partei zu engagieren. Solange wir in den gegenwärtigen Verhältnissen leben, müssen wir uns auf die Gewerkschaften beschränken. Der Antrag 87 ist unannehmbar, weil er nicht korrekt genug gefaßt worden ist.

Breconer-Riel: Auf die Durchführung der Arbeitsruhe muß mehr Werth als bisher gelegt werden. Wir haben in Riel sehr gute Erfahrungen mit der Durchführung der Arbeitsruhe gemacht. Wir haben den Gewerkschaften die Regelung überlassen. Als Partei dürfen wir uns nicht engagieren. Redner empfiehlt auch dem den Antrag 87.

Vran-Rönigsberg ersucht, den letzten Passus der Vebel'schen

Resolution zu streichen. Die Hinterthür müsse geschlossen und unsere Haltung in dieser wichtigen Frage präzisir werden.

Schoenlant: Ich muß die Ausführungen des Genossen Mohs richtig stellen. Der Antrag 86 der 17 Leipziger Genossen ist in der Leipziger Volksversammlung mit erdrückender Majorität abgelehnt worden. Bei der Maifeier 1895 haben sich die Leipziger Schneider in ihrer Gewerkschaft eine Extrawurst braten lassen. Sie haben ihre Versammlung vormittags abgehalten, während doch verabredet war, die Versammlungen abends abzuhalten. Das Leipziger Organ der Sozialdemokratie hat natürlich gegen diese Sonderstellung der Schneidergewerkschaft energisch Stellung genommen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von Schaal begründet, von Altermann bekämpft und angenommen.

Mohs berichtet, daß die Schneider im Jahre 1895 eine Versammlung vor dem Festzuge abgehalten hätten.

In seinem Schlußwort hebt Vebel hervor, daß der Antrag Timm nur dann annehmbar sei, wenn das Wort „möglichst“ ausgenommen wird. (Timm: Ist gesehen.) Redner wendet sich hierauf gegen die Ausführungen Brauns: Wenn der Satz gestrichen wird, dann müssen wir alle feiern, sonst begehen wir ja nach Brauns Ansicht die Maifeier nicht würdig. Der Antrag Braun ist unannehmbar.

Das Amendement Mohs-Timm wird abgelehnt.

Die Resolution Vebel wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Der Antrag 87 wird abgelehnt.

Es folgt Punkt 6: Der internationale Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress in London 1896.

Berichterstatter Vebel: Parteigenossen! Sie werden vielleicht verwundert darüber gewesen sein, daß ich für zwei aufeinanderfolgende Punkte als Berichterstatter aufträte. Ihre Verantwortung ist berechtigt. Ich selbst trübte mich dagegen, daß Referat zu übernehmen. Aber da die Parteileitung es nun wünschte, habe ich als fähiger Mensch (Große Feiterkeit) doch das Referat übernommen. Nach dem Beschlusse des Züricher Kongresses von 1893 wird 1896 der internationale Arbeiterkongress in London abgehalten werden. Die Tagesordnung des Kongresses läßt sich leider noch nicht angeben, da die Arrangements bisher noch nichts hierüber veröffentlicht haben. Nach einem Beschlusse von Zürich wird allerdings die Agrarfrage verhandelt werden. Mir scheint es freilich ausgeschlossen, daß bei der gewaltigen Verschiedenheit der in betracht kommenden Länder es zu einer Diskussion eines agrarischen Spezialprogramms kommen wird. Es wird sich wahrscheinlich nur darum handeln, was die prinzipielle Stellung der Arbeiter der Kulturwelt in bezug auf die Agrarfrage sein soll. Die Bescheidung des Londoner Kongresses wird nur dadurch ein neues Gesicht bekommen, daß die Gewerkschaften, insbesondere die älteren englischen Gewerkschaften mehr als bisher vertreten sein werden. Wie sich die deutschen Gewerkschaften dazu stellen werden, muß man ihnen selbst überlassen. Unsere Vereinsgesetzgebung wird auf die Bescheidung bestimmend sein. Infolge der recht starken Theilnahme der englischen Gewerkschaften kommen vielleicht Fragen aus der Tagesordnung, die die Gewerkschaften im allgemeinen mehr als die Tagesordnungen der bisherigen internationalen Kongresse interessieren und sie zwingen werden, dazu Stellung zu nehmen. Die Theilnahme von deutscher Seite wird allerdings bedeutend theurer werden als die Bescheidung eines früheren Kongresses.

Zu Punkt 6 ist Resolution

111. Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, in anbetragt der Wichtigkeit, die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongress für die gesammten Klassenbewußten Arbeiter und namentlich für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu bescheiden.

Zu dieser Resolution spricht Groh-Mosk: Angesichts der Wichtigkeit und gefährlichen Konkurrenz, die die Oskanaten, (japanischen und chinesischen Arbeiter), sei es bei uns selbst sei es durch die in Ohasien selbst betriebene Industrie, auf unsere Arbeiter ausüben werden, ist es vielleicht angebracht, anzuregen, daß man diese Frage der oskanatischen Konkurrenz auf dem Londoner Kongress behandelt, und daß die deutschen Delegirten dort diese Frage anregen.

Die Debatte wird geschlossen.

Resolution 111 wird einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung: Schwihsystem, Hausindustrie und Arbeiterschuh.

Referent Timm: Der Gang der Entwicklung der Dinge in Deutschland zeigt, daß die herrschenden Klassen gegenwärtig für alles Interesse haben, nur nicht für den Arbeiterschuh. Der Präsident des Reichs-Versicherungsamts, Bödicker, hat jüngst ein Werk über die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten veröffentlicht, worin er die Sozialreform in Deutschland über das Wohlthun lobt. Von allen Seiten löst es uns entgegen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten zufrieden sein, auf dem Gebiet der Sozialreform ist genügend für sie geschaffen. Da ist es notwendig, die Zustände in der Hausindustrie in das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Die entsetzlichen Zustände, die in ihr herrschen, können nicht verkleinert werden durch Demonstrationen wie am Seidantage. Ich vermag der beschränkten Zeit wegen nicht auf alle Einzelheiten der Hausindustrie einzugehen, dann ist es auch schwer, über alle Momente derselben genügend Material zu sammeln, da die am schlechtesten bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen der Hausindustrie fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit leben. Daher kann ich nur Bruchstücke bieten; aber vielleicht wird gerade das für uns ein Anlaß, tiefer als bisher in dies Gebiet einzudringen. Die historische Entwicklung der Hausindustrie ist allbekannt. Ich übergebe sie und komme sofort zur Gegenwart. Karl Marx nennt die Hausindustrie die dezentralisirte Großindustrie. Bei ihr findet das Unternehmertum die erwünschte Gelegenheit, aus außerordentlich billigen Arbeitskräften die größten Arbeitsquanten herauszupressen. Betrachten wir ihre verschiedenen Formen. Das haben wir zunächst den hausindustriellen Kleinmeister, der theils für Kunden, theils für die Unternehmer arbeitet. Weiter haben wir die Hausindustrie auf dem Lande. Hier sind die Arbeiter an ihre Scholle gefesselt und bieten bei ihrer Bedürfnislosigkeit und bei den Zuschüssen, die sie aus ihrer Zweiglandwirtschaft ziehen können, dem Unternehmer außerordentlich billiges Arbeitsmaterial. In der Hausindustrie haben überhaupt alle sozial-rückständigen Schichten der Bevölkerung mit den ersten Bedürfnissen ihre Zukunft. Der Arbeiterzustrom vom Lande nach den Städten findet in der Hausindustrie hauptsächlich Unterkommen und Verwendung. Der Unternehmer sucht sich in der Hausindustrie alle die gesetzlichen Verpflichtungen abzuschütteln, die die Großindustrie hat. Der Unternehmer in der Hausindustrie erspart die Kosten des Arbeitsraumes, der Betriebsmittel und der Verpflichtungen, die ihm die sozialreformistische Gesetzgebung sonst auferlegt. Außerdem wälzt er erfolgreich das ganze Risiko der Krisen größtentheils auf die Schultern der Arbeiter ab. Der Unternehmer kümmert sich nicht darum, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind oder nicht.

Aus der Hausindustrie des Kleinmeisters hat sich nun eine andere neue Form entwickelt. In vielen Branchen bildet sich das sogenannte Schwihsystem aus. Es ist folgendermaßen entstanden. Früher beschäftigten die Unternehmer einzelne hausindustrielle Arbeiter. Die Arbeit steigerte sich, und nun suchten die Unternehmer die fähigsten Arbeiter heraus und gaben ihnen die Arbeit in erster Linie. Die Arbeiter wurden allein nicht fertig, sie engagirten wieder Arbeiter. Das lag in ihrem Interesse und in dem der Unternehmer. Die Betriebsunternehmer hatten den Vortheil, nur mit wenigen Arbeitern zu thun zu haben, andererseits konnte in der Saison ein großes Arbeitsquantum fertig gestellt werden. Der Lohn, den die Zwischenmeister erhielten, blieb der gleiche, wie bei den einzelnen

Hausindustriellen. Wollte der Zwischenmeister einen Gewinn herauszuschlagen, so mußte er auf die Löhne der von ihm beschäftigten Arbeiter drücken. Der wirkliche Arbeitslohn verringerte sich immer mehr und die bösen Wirkungen dieses Systems verallgemeinerten sich. Der Zwischenmeister wurde zum Antreiber, er mußte in der Saison die Konkurrenz überholen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen gerieten in immer tieferer Abhängigkeit. Aus dem Zwischenmeister entstand der Schwihmeister. Diejenige Form der Hausindustrie war erreicht, wo die Arbeiter bei ungeheurer Ausdehnung der Arbeitszeit und außerordentlicher Anspannung ihrer Kräfte schafften mußten, wo sie den denkbar niedrigsten Lohn vom Zwischenmeister bezogen, in ungesunden Arbeitsräumen dahinsiechen und das ganze Risiko der Krise auf ihren Schultern haben. Das ist die Ursache, weshalb das Schwihsystem sich immer weiter verbreitet.

Ich will nur die wichtigsten Industrien durchgehen, wo diese Erscheinung hervortritt: In der Weberei, die heute sich im Uebergangsstadium von dem hausindustriellen Betrieb zum fabrikmäßigen befindet, besteht namentlich in Schlesien noch der alte Grundfah, daß der Hausweber wenigstens einen bestimmten Bruchtheil, etwa 1/3 des Lohnes, den er bekommt, an seine Arbeiter abfährt. Das Zwischenmeister-System beruht hier auf den Faktoren, auf den Personen, die die Arbeit zwischen den Großindustriellen und Hauswebern vermitteln. Die Weber nennen dieses System Schwihsystem. Gerade hier wird bei außerordentlich langer Arbeitszeit bloß ein Lohn herausgeschlagen, der zum Existiren unzulänglich ist.

Ähnlich sieht es in der Buchbinderei. Die ist ein Saisongeschäft; wo in der Saison in der Hausindustrie vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet wird, wo die Wohnräume unzulänglich sind, weil in denselben Räumen die Produkte getrocknet werden und die Arbeiter alle hier entstehenden Dünste einathmen. Die Löhne sind hier ganz außerordentlich niedrig, sie betragen nach einer neueren Statistik bei zwölfstündiger Arbeitszeit wöchentlich durchschnittlich 15 Mark, wovon noch eine Summe für Nebenaufgaben abgeht. Auch hier fördert der Unternehmer, wenn er nur irgend kann, die Entwicklung der Hausindustrie, weil sie ihm weniger Schereien macht. Charakteristisch ist hierfür die Stadt Offenbach, wo ein großes Geschäft 200 Arbeiter in Werkstätten und 400 bis 450 außerhalb beschäftigt. Der Minimallohn beträgt dort für Arbeiter 8-9, der Durchschnittslohn 15, der höchste Lohn 24 M., für Arbeiterinnen 4 M., 7,50 M. und 12 M. bei 10-14 stündiger Arbeitszeit.

Auch in der Sattlerei ist das Schwihsystem sehr entwickelt. Ebenso in der Schirmindustrie, wo die Löhne außerordentlich niedrig sind.

Besonders schlimm sieht es in Thüringen, wo eine Familie kaum 6-8 M. wöchentlich herausschlägt und die Wohnräume so schlecht wie nur denkbar sind. In Schlesien haben die sozialen Mißstände den tiefsten Stand erreicht, besonders in der Konfektionsbranche.

Die Unternehmer, die nentlich in so außerordentlich patriotischer Weise das Sedanfest gefeiert haben, haben allen Grund dazu gehabt, da ihre Industrie infolge des Krieges einen großen Aufschwung genommen hat. Aber die Arbeiter leben in Verhältnissen, die so schlimm sind, wie nirgendwo. Von Jahr zu Jahr wird es mit der Zwischenmeisterei schlimmer. Die Werkstätten werden von den Unternehmern mehr und mehr aufgehoben, sie verlegen die Produktion in die Hausindustrie. In der Konfektion insbesondere herrscht noch ein für die Arbeiter besonders schädliches System, das Kontraktorensystem; dasselbe besteht darin, daß der einzelne Betriebsunternehmer, wenn irgend möglich, nur mit einer Person zu thun hat, mit dem Kontraktor. Dieser bekommt gegen Kontrakt ein bestimmtes Waarenquantum und sorgt für die Herstellung der Sachen. Er muß eine kapitalkräftige Person sein, er übergibt die Waaren an Zwischenmeister. Dieser richtet die Waaren ein, giebt das nöthige Zubehör, übergibt die Sachen den Arbeitern und Arbeiterinnen, verrechnet sie mit diesen, besorgt die Ablieferung beim Kontraktor. Der Hausindustrielle, der dem Zwischenmeister die Sachen übergibt, übergibt sie wieder an andere Hausindustrielle, also jedes Stück muß eine lange Reihe von Händen durchlaufen, überall wird von dem vom Unternehmer bezahlten Lohn etwas abgestrichen, und die ärmsten von allen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, müssen alles bezahlen. Das Kontraktorensystem beginnt sich in Deutschland allerdings erst einzubürgern. Der Fabrikant selbst kennt oft das Glend der Arbeiter garnicht. Deshalb waren die offiziellen Erhebungen aus den Jahren 1885/87, obgleich sie ein schauerliches Bild ergeben, doch vollständig täuschend, weil sie sich auf Nachfragen bei Fabrikanten stützen, in deren Büchern allerdings bedeutend höhere Kosten als Arbeitslöhne verzeichnet sind, als die Arbeiter in der That erhalten. Die Arbeiter sind damals garnicht gefragt worden. Die Fabrikinspektions-Berichte sprechen sich über das Glend in der Konfektion mehrfach sehr deutlich aus. So berichtet der Elberfelder Beamte, daß die Beamtenfrauen und Töchter auf den Lohn der Arbeiter drücken. Auch wurde konstatiert, daß, wo die Prostitution vorkommt, sie nur eine Folge der elenden Lage der Arbeiterinnen ist. So ist es seit langer Zeit, und doch steht noch heute unsere Arbeiterschuh-Gesetzgebung auf dem Standpunkte, daß sie für die Hausindustrie nichts thun kann und darf. Mit den Arbeitern direkt hat der Unternehmer nichts zu thun. Die Arbeiter verlieren bei den oft selbst in elender Lage lebenden Zwischenmeistern oft die Löhne, und die Gewerbegerichts-Verhandlungen zeigen, um welche Beträge und um was für Löhne es sich da handelt: 0,80 M., 1,50 M. etc. sind da Streitobjekte. Wie muß die Lage der Leute sein, die wegen solcher Beträge Prozesse anstrengen?

Ein anderer Mißstand ist der, daß in der Stapelwaaren-Branche Leute zu Zwischenmeistern geworden sind, die von der Schneiderlei gar nichts verstehen, sondern meist lediglich durch die Noth mit einer Schneiderin oder Konfektionsarbeiterin in diese Branche gekommen sind. Da sind alle Stände vertreten, die man sich denken kann.

Am meisten gedrückt sind natürlich die Arbeiterinnen. In den letzten 5 Jahren sind die Löhne um die Hälfte zurückgegangen; wenn heute eine Konfektionsarbeiterin einen Durchschnittslohn von 10 M. hat, so ist das schon sehr günstig. Die Konfektionsgeschäfte machen oft einen unansehnlichen Eindruck, und doch ist ihr Verdienst garnicht so gering. Die Arbeiterinnen wissen oft nicht einmal, was die Zwischenmeister als Lohn erhalten. Freilich ist mit der Zeit auch die Stellung der Zwischenmeister ungünstiger geworden. Unter den fortwährenden Lohnabgängen haben auch die Meister zu leiden, aber den Haupt-schaden haben dennoch die Arbeiterinnen, die nicht selten am Ende der Woche viel weniger Lohn erhalten, als ihnen am Anfange versprochen wurde. Die Zahl der Konfektionsarbeiterinnen ist ganz bedeutend, so haben wir in der Berliner Orts-Krankenkasse allein 19 000 Mitglieder.

Meine Broschüre über das Schwihsystem ist Ihnen übergeben worden, dort können Sie eine ganze Menge Beispiele zur Illustration der Lage der Konfektionsarbeiterinnen sammeln und je nach Wunsch ergänzen. Es ist durchaus fernthümlich, daß die Arbeiterschuh-Gesetzgebung auf die Hausindustrie nicht ausgedehnt werden könne oder daß dies nutzlos sei. Gegen die Beauf-sichtigung der Werkstätten der Hausarbeiter ist oft eingewandt worden, dazu seien allzu viele Beamte nöthig. Ich denke doch, daß man für kulturelle Aufgaben auch wohl ebensoviel Tausende ausgeben kann als für kulturwidrige Zwecke. Freilich suchen sich manche Kleinmeister dagegen zu wehren, aber wir haben es gar nicht zu bedauern, daß die Kleinmeister mehr und mehr verschwinden. Man kann seine Weiterexistenz nur durch die Schwächung der Arbeiter und Arbeiterinnen ermöglichen. Die sogenannte Freiheit des Heimarbeiters sieht in der Praxis anders aus, als man denkt. Es ist die Freiheit, Tag und Nacht arbeiten zu müssen, selbst in den Pausen. Wir können eine etwas günstiger

Entwicklung nur dadurch ermöglichen, daß wir den Unternehmer zwingen, größere Betriebs- und Arbeitsräume selbst einzurichten. Nach der Einführung des Krankenversicherungs-Gesetzes haben sie sich bereits genötigt gesehen, größere Arbeitsräume einzurichten. Gegenwärtig nimmt die Hausindustrie im allgemeinen zu, und das ist die Wirkung davon, daß die Kinder- und Frauenarbeit in Fabrikbetrieben etwas abnimmt. Besonders bedenklich ist die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten durch die Kleidungsstücke, die in den elenden Werkstätten hergestellt sind.

Überall, wo Untersuchungen stattgefunden haben, wird der gesundheitsschädliche Einfluß der Hausindustrie konstatiert. Ein großer Teil der hier beschäftigten Personen geht an Lungenkrankheiten zu Grunde. Es ist deshalb durchaus notwendig, daß wir uns endlich damit befassen, um für eine Besserung auf diesem Gebiete einzutreten. Schon die jetzige Gewerbe-Ordnung enthält einige Bestimmungen die Besserungen zu schaffen im Stande sind, aber sie werden nicht immer beachtet. Es ist Zeit, daß die Fraktion im Reichstage auf diesem Gebiete helfend eintritt. Die Arbeiter haben hier nichts mehr zu verlieren. Es muß eine gemeinsame Agitation stattfinden, die Massen müssen ausgerüstet werden. Der Gesellschaft muß ihr Spiegel vorgehalten werden. Andere Länder haben auf diesem Gebiete schon Erfolge aufzuweisen, so z. B. England. Bei uns in Deutschland aber besteht kein Verständnis dafür. Obgleich die Hausindustrie bei uns in Berlin sehr entwickelt ist, will die Kommune, wo die liberalen Stadtväter herrschen, nicht vorangehen. Wie schlimm es mit dem Schwitzsystem in der Hausindustrie steht, kann man daraus erkennen, daß hier sogar noch billiger fabriziert wird, als in Zuchthäusern und Gefängnissen. Wir müssen den Staat zwingen, die Vorschriften zu erlassen, die notwendig sind, eine Degeneration des Volkes zu verhindern. Jetzt wird durch die Hausindustrie ein Lumpenproletariat erzeugt, das den Kampf nicht bestehen kann. Ich bitte Sie deshalb, meine Resolution anzunehmen. (Beifall)

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die moderne Hausindustrie ist die dezentralisierte Form des kapitalistischen Großbetriebes. In der Hausindustrie vermag der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Beheizung und Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzuwälzen, die Ausgaben für die vorchristliche Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden; kann er die billigsten und widerstandsfähigsten Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — in weitestem Umfange der rücksichtslosesten Ausbeutung dienlich machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen, preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeitern die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters, Sweater, treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Not der Hausindustrie aufs äußerste.

Die Hausindustrie überliefert ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen schändlichen Nebenverdienst zu suchen.

Die den bescheidensten Anforderungen eines Kulturmenschen ins Gesicht schlagende Erbärmlichkeit der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Hausindustrie und der Umstand, daß dieselben meist isoliert schaffen, erschweren und hindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie.
2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeistersystems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Löhne zu unterstützen.

Es ist ferner folgender Antrag eingegangen:

Zur praktischen Durchführung der von unserer Partei verlangten gesetzlichen Bestimmungen gehört der Druck von unten. Daher ist es eine unerlässliche Notwendigkeit, durch energische Agitation in den breitesten Schichten des Volkes Klarheit über die Fragen der Erweiterung des Fabrik-Inspektorsates im Sinne des Antrages 96, 2. sowie im Sinne des Referates Timm zu schaffen, und der Parteitag verpflichtet deshalb den Parteivorstand, eine solche Agitation in der nächsten Zeit in Szene zu setzen.

Außerdem folgender Antrag Rohrlach und Genossen:

129. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten, sowie die Vertreter in den Kommunal-Verwaltungen, energisch einzutreten für die ausschließliche Vergebung aller Staats- und Kommunallieferungen an Unternehmer, welche Betriebswerkstätten unterhalten, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen. T. Timm.

Reichhaus-Erfurt: Ich glaube in der Frage Erfahrungs gemacht zu haben, da ich auch Zwischenmeister gewesen bin. Ich kann alles unterschreiben, was Genosse Timm gesagt hat. Ich will mir nur wenige Erläuterungen gestatten. Zu Erfurt haben mit Ausnahme von zwei Konfektionären alle anderen Betriebswerkstätten, die von Zwischenmeistern geleitet werden. Die Werkstätten sind gut eingerichtet. Dafür müssen die Arbeiter den Zwischenmeister einen bestimmten Teil ihres Lohnes geben. Der Konfektionsgeschäftsinhaber hat dadurch den neuen Vorteil, daß er die Arbeiter zur Hand hat. Die Hausindustriellen haben den Gipfel ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, sie können bei der Kürze der Saison nicht das liefern, was der Fabrikant braucht und deshalb ist derselbe gezwungen, sich einen Stamm von Arbeitern zu halten. Die industrielle Entwicklung zwingt die Uebernehmer wider ihren Willen dazu.

Die von Timm verlangte Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie haben wir jetzt schon bei den Zwischenmeistern, die über 10 Arbeiter beschäftigen, wenigstens in einzelnen Gegenden. Das eigentliche Schwitzsystem besteht nur in der Herrenkonfektion. In der Damenmantel-Branche ist es noch nicht so weit gekommen. Aber auch hier zwingt die wirtschaftliche Entwicklung die Unternehmer, die kleinen Zwischenmeister zu beseitigen. Trotzdem ist die größte Zahl derselben in eine so elende Lage geraten, daß es für sie ein Segen wäre, wenn sie gezwungen wären, in Werkstätten zu arbeiten. Sie könnten die Arbeitslöhne der Arbeiter nicht weiter herabdrücken, weil sie schon so niedrig wie möglich waren, der Zwischenmeister mußte den Ausfall tragen. Es ist also falsch, wenn man annimmt, der Zwischenmeister befindet sich in glänzenden Lage. Es ist gut, wenn das System verschwindet, aber generalisierend können wir hier nicht vorgehen. Im Interesse der Gesellschaft hat der Staat die Pflicht, diese Zustände zu untersuchen und helfend einzugreifen. Ich möchte aber hinzufügen, daß es nötig ist, die Bestimmungen, die für die Tabakindustrie gelten, auch für die Hausindustrie einzuführen. Ich werde einen dahingehenden Zusatzantrag stellen und stimme im übrigen der Resolution Timm zu. (Beifall)

Dr. Quard: Ich begrüße es, daß wir auf einem Parteitag ein gewerkschaftliches Thema haben. Ich begrüße es ferner, daß die Vorredner sich so energisch gegen die Proletarisierung weiter Volksschichten gewendet haben. Das ist noch eine kleine Genußstunde für uns. Es müßte endlich einmal von den Gewerkschaften beim Bundesrat verlangt werden, daß er erklärt, ob die Konfektionswerkstätten von den Fabrikinspektoren zu revidieren sind oder nicht. Die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie wird große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Gewerkschaften müßten spezielle Vorschläge machen, wie sie sich die Sache denken und die Regierung müßte Stichproben veranstalten damit den Unternehmern die Sache so verdeutlicht wird, daß sie zur Errichtung von Betriebswerkstätten übergehen. Drittens müßten die einzelnen Branchen für Hausindustrie einmal der Reichskommission für Arbeiterstatistik einen sanften Rippenstoß geben, damit sie Enquêtes über die Hausindustrie veranstaltet.

Der Schluß der Diskussion, den Altermann beantragt und Rohrlach bekämpft, wird angenommen.

Das Schlußwort zu seiner Resolution erhält Timm: Die Zwischenbetriebe müssen schon aus dem Grunde möglichst beseitigt werden, um die soziale Entwicklung der Industrie zu fördern. Reichhaus gegenüber bemerke ich, daß die Zwischenmeister sich freilich nicht immer in einer guten Lage befinden, aber den Schaden haben schließlich doch die Arbeiter. Die Ausführungen von Quard leiden daran, daß er sich um praktische Erfahrungen nicht gekümmert. Er irrt sich, wenn er glaubt, ich will den kleinen Bauer in der Hausindustrie erhalten. Nein ich will der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen entgegen-treten. Ich will nicht gern schulmeistern. Aber wenn Quard solche unangebrachten Bemerkungen macht, so rothe ich ihm, erst Erfahrungen zu sammeln, bevor er zu schulmeistern versucht. Im übrigen stimme ich Quard zu. (Heiterkeit) Nur möchte ich noch betonen, daß es Zeit ist, endlich hier Besserung zu schaffen, und das kann nur durch eine Agitation von unten herauf geschehen.

Inzwischen ist das Amendement Reichhaus eingegangen, in Absatz 1 der Resolution Timm hinter „Hausindustrie“ einzufügen: „und Schaffung besonderer Vorschriften, wie sie schon heute für die Tabakindustrie bestehen“.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Resolution mit dem Amendement Reichhaus, sowie Annahme des Antrages 129. Der Antrag Rohrlach wird abgelehnt.

Es wird zu Punkt 8: Anträge zum Parteiprogramm und Organisation geschritten. Zur Debatte stehen die Anträge:

5. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Bei allen Abstimmungen, bei denen Genossen persönlich interessiert sind, ruht deren Stimmrecht.

Beteiligung an den Parteitag und den Abstimmungen dortselbst. Die einzelnen Wahlkreise können ohne Rücksicht auf die Stärke ihrer Wählerzahl vertreten sein, jedoch gelten bei allen wichtigen Abstimmungen folgende Beschränkungen: Kreise, die bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl bis 4000 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht, haben 1 Stimmen, 4—10 000 haben 2 Stimmen, und jedes weitere 10 000 je 1 Stimme mehr auszuüben.

10. Parteigenossen des 2. schleswig-holsteinischen Kreises: Dem Punkt 6 Absatz 2 des Parteiprogramms ist eine präzisere Fassung zu geben, damit jede verschiedenartige Auffassung darüber einfach unmöglich ist.

11. Parteigenosse Keye, Berlin, 4. Wahlkreis: Der Passus 6 des Erfurter Programms „Erklärung der Religion zur Privatsache“ soll lauten: Die Sozialdemokratie bekämpft aufs Entschiedenste die Vertreter der verschiedensten Religionsgemeinschaften, sowie die Religion selbst, wo ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen.

12. Parteigenossen in Lechhausen: Das Programm soll wie bisher in zwei, in Zukunft in drei Teile zu formulieren. Den dritten Teil hätten unsere Forderungen in bezug auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu bilden.

13. Genosse H. B., Berlin N., 6. Wahlkreis: „Das sozialdemokratische Programm jede Woche einmal im Vorwärts“, Zentraleorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gleich unter dem Titel, sozusagen mit als Titel, zu veröffentlichen mit dem Vermerk: Um sich besser über den Inhalt des Programms zu informieren, ist folgendes sehr zu empfehlen: 1. Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, mit dem Eisenacher, Gothaer und Erfurter Programm von W. Liebknecht, Preis 25 Pf. 2. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm, von K. Kautsky und W. Schoenlant, Preis 10 Pf. 3. Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Inhalt, erläutert von K. Kautsky, Preis geb. 1.50 M. und geb. 2 M., welche in der Buchhandlung des „Vorwärts“, sowie in allen Partei-Buchhandlungen zu haben sind.

14. Genosse Walther, Berlin, 6. Wahlkreis: Dem einwandfreien § 4 der Arbeiterzuforderungen folgende Schlusssatzung zu geben: „sowie für Handels- und Bureau-Angehörige“.

15. Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises: Der Parteitag hat alle Anträge zum Programm an eine neu zu wählende Kommission zurückzuweisen, welche sie zu verarbeiten und danach einen neuen Entwurf vorzubereiten hat mit der Maßgabe, daß ein besonderes Agrarprogramm nicht geschaffen werde.

16. Genosse Sabor und zehn Genossen des 4. Berliner Wahlkreises: In dem Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Forderung eines achtstündigen Maximalarbeitstages durch folgenden Passus zu ersetzen: 1. Arbeit allen Arbeitern. 2. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Arbeitstages für alle in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten.

17. Parteigenossen des 1. badischen Reichstags-Wahlkreises: Wir erkennen die Wichtigkeit der Landarbeiter- und Bauernfrage für den gesunden Fortschritt unserer Bewegung auf dem flachen Lande an. Wir halten die Aufstellung eines einseitigen Agrarprogramms im Sinne der Resolution des Frankfurter Parteitages für dringend geboten. Dem von der Agrarkommission vorgeschlagenen Entwurf können wir zwar nicht in allen Theilen unbedingt zustimmen, jedoch halten wir ihn für eine geeignete Grundlage zur weiteren Behandlung der Frage und hoffen, daß dieselbe zu einem befriedigenden Ergebnis führen werde.

18. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Zu § 9 Ziffer 3 des Organisationsstatuts folgenden Nachsatz anzufügen: „Soweit diese die Kontrollleure betrifft, haben drei Mitglieder davon, welche unter sich selbst gewählt sind, auf dem Parteitag zu erscheinen.“ — Zu § 13 Absatz 1 des Organisationsstatuts anzufügen: „Die Kontrollleure sind aus Berlin und daran grenzenden Wahlkreisen zu entnehmen.“

19. Parteigenossen des 2., 3. und 6. Berliner Kreises: Die Kontrollleure sind möglichst von den Genossen der Umgebung, da wo der Parteivorstand seinen Sitz hat, zu wählen.

20. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: Es soll in Zukunft der § 13 des Organisationsstatuts lauten: Die Parteileitung besteht aus 14 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer, 2 Beisitzern und 7 Kontrollleuren. Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel. Das Amt als Beisitzer darf niemand länger als höchstens zwei Jahre hintereinander bekleiden.

21. Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Dem § 4 Absatz 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Die Vertrauensleute werden alljährlich in öffentlichen Parteiveranstaltungen oder Parteikonferenzen gewählt.

22. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Dem § 9 unserer Parteiforderungen als Absatz 4 einzufügen: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Teilnehmer fest und sind erstere

aus der Parteikasse zu zahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, zur Deckung der den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.“ — Den § 9 Absatz 1 des Organisationsstatuts dahin abzuändern, daß anstatt 3 Delegirte nur ein Vertreter von jedem Wahlkreis zum Parteitag entsendet werden darf.

23. Parteigenossen in Rönigsberg: Der Parteitag hält es für die Pflicht der Parteigenossen, überall da, wo es die materiellen Mittel erlauben und die nöthigen Personen vorhanden sind, Reichsbüreaus zu errichten.

24. Die Parteigenossen Eberfelds: Der Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach die Abgeordneten als Delegirte nicht wählbar sind, wird durch folgende Bestimmung ersetzt: die Abgeordneten, welche an den Beratungen teilnehmen, müssen mit einem Mandat versehen sein, sofern sie nicht der Parteivorstand besonders nach dem Parteitag berufen hat.

25. Parteigenossen des 1. badischen Reichstags-Wahlkreises: Aus finanziellen Gründen sind wir nicht im Stande, einen eigenen Delegirten zu entsenden, müssen deshalb auf eine Beschickung des Breslauer Parteitages verzichten, fordern aber, daß derselbe Mittel und Wege findet, in Zukunft diesen Zustand zu ändern.

Antrag 5 wird genügend unterstützt.

Zur Begründung Timm: der Antrag ist mit veranlaßt durch das Ergebnis des Frankfurter Parteitages. Bei wichtigen Abstimmungen müssen die Stimmen der Wählerzahl der Delegirten proportional zum Ausdruck kommen. Der Antrag wird diesmal schwierig angenommen werden, aber die Delegirten können die Anregung in die Wahlkreise mitnehmen.

Stadthagen: Daß das Stimmrecht der Genossen, die an einer Abstimmung persönlich theilhaftig sind, ruht, ist selbstverständlich. Es ist zwar richtig, daß darin eine Ungleichheit vorliegt, wenn Vertreter kleiner und großer Wahlkreise dasselbe Stimmrecht haben. Die Schwierigkeit ist bereits bei der Festsetzung des Organisationsstatuts erörtert worden. Aber der Weg, den Sie einschlagen, um dieser Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, ist nicht gangbar. Da Dinge es schon eher zu bestimmen, daß Wahlkreise von der und der Größe so und so viel Delegirte entsenden dürfen.

Stolten-Hamburg: Es ist wunderbar, daß von Berlin so merkwürdige Anträge kommen. Dieser Antrag ist unannehmbar, denn die jetzt bestehende Ungerechtigkeit wird dadurch nicht verringert, sondern vergrößert. Die kleinen Kreise, die nicht vertreten sein können, kommen dadurch zu kurz. Es läßt sich kein Berechnungssystem durchführen, also bleiben wir vorläufig bei dem alten System. Wenn Sie wirklich gerecht sein wollten, so müßten Sie bestimmen, daß jeder Wahlkreis im Verhältnis zur Zahl der abgegebenen Stimmen Delegirte entsendet.

Emmel-Saarbrücken: Die Berliner haben am allerwenigsten Ursache sich zu beklagen. 84 Berliner sind anwesend (Anrufer). Offenbar verstehen sie es sehr gut, sich aus den umliegenden Wahlkreisen Mandate zu verschaffen (Widerspruch). Die großen Wahlkreise sind immer gut vertreten.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag 5 wird in seinem ersten Theile angenommen, im zweiten abgelehnt.

Ueber Antrag 10 und 11 wird zusammen debattirt.

Antrag 10 begründet Hering-Henschen: Es läßt sich nicht verkennen, daß über den Satz „Religion ist Privatsache“ verschiedene Auffassungen bestehen. Oft verbietet man mit diesem Satz überhaupt alle Diskussion über die Religion. Ich persönlich habe diese Auffassung. Um nun Stagnationen in Volksversammlungen zu vermeiden, wünscht man eine Klärung der Frage. Ich werde vorschlagen, die Worte „Religion ist Privatsache“ einfach zu streichen. Darüber ist kein Zweifel, daß sich eine theologische Auffassung mit der sozialistischen materialistischen Geschichtsauffassung nicht verträgt. Aber wir sind eine demokratische Partei und verlangen für alle volle Gewissensfreiheit. Aber da dieser Passus immer von neuem zu Mißverständnissen Anlaß giebt, so möge man ihn auch einmal ändern. Wir wollen auch für uns im Interesse der materialistischen Auffassung volle Freiheit, die uns jetzt verwehrt ist.

Meyer und Gen. beantragen, über Antrag 10 und 11 zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem Thierbach für diesen Antrag gesprochen hat, wird er angenommen.

Antrag 12 ist durch den Beschluß in der Agrarfrage erledigt, ebenso Antrag 15 und 17.

Deppel regt an, über alle Anträge auf Aenderung des Programms zur Tagesordnung überzugehen.

Singer widerpricht dieser Anregung.

Die Anträge 13 und 16 finden nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 14 wird zurückgezogen.

Zu Antrag 30 reicht die Unterstützung nicht aus.

Zur Diskussion gelangen die Anträge 51 bis 58. Antrag 51 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 52 begründet Hoch: Der Antrag ist ein Zweckmäßigkeitstrag. Wenn der Parteivorstand in Eile zusammentritt, sollen die Kontrollleure bei einem halben Tag Eisenbahnfahrt Berlin erreichen können. Auch Sparmaßregeln sprechen dafür. Die Berliner wollen nicht, daß alle Kontrollleure aus Berlin genommen werden. Auch die nächstliegenden Wahlkreise sollen Kontrollleure stellen. Berlin ist übrigens durch 16 Delegirte vertreten, nicht durch 34, wie Emmel behauptete. Es ist nicht gesagt, daß Berlin immer Ort des Parteivorstandes sein muß.

Oertel-Mürnberg bekämpft den Antrag. Wenn die Kontrollleure nur die Quittungen zu kontrollieren hätten, so wäre der Antrag angebracht, weil dann unnötige Reisekosten vermieden werden. Thatsächlich aber hätten die Kontrollleure auch viel in der Provinz zu thun; die Kostenersparung sei also eine sehr geringe. Die Berliner bringen es durch ihre Anträge so weit, daß niemand sie ernst nimmt. (Widerspruch) Ein Berliner Antrag, der angenommen wird, sei als Karikatur zu betrachten.

Schoenlant: Die Berliner Anträge gehen auf jedem Parteitag so zahlreich ein, daß ich nicht verstehe, wie die Berliner immerfort von Bescheidenheit reden können. (Zuruf: Sozialistische Agrarier!) Ja, die sozialistischen Agrarier haben sich allerdings einer großen Bescheidenheit befleißigt. (Oho!) Kronas hat seinen ersten Antrag, der so glänzend durchfiel, damit begründet, daß es doch ein sehr bescheidener Antrag sei, und doch beantragte er nicht weniger, als in der Partei das Jenuswahl-System einzuführen. (Sehr richtig!) Jetzt wollen es die Berliner dahin bringen, daß die Kontrollkommission eine Nebenabtheilung der Berliner Pressekommision wird. Es giebt aber doch neben Berlin auch noch einige Dörfer, die sogenannte Provinz. Freilich ist Berlin die Sonne der Intelligenz, selbstverständlich! Aber die Berliner sollten doch jetzt auf dem Parteitage zeigen, daß sie auch würdig sind, der ganzen Partei zu präsidieren. Aber die Delegirten in der Provinz sagen doch, daß die Berliner noch viel zu lernen haben.

Ein Antrag, über Antrag 52 zur Tagesordnung überzugehen, wird von Weiss begründet, von Wedel bekämpft und abgelehnt.

Breuer-Kiel: Wenn die Berliner sich über die ungenügende Berücksichtigung ihrer Anträge beschwerten, so dürfen sie den Grund hierfür doch nicht verkennen. Er liegt darin, daß die meisten Berliner Anträge darauf hinauslaufen, den Berlinern Vorrechte zu verschaffen. So auch hier. Die Kontrollleure haben wichtige Rechte; unter anderen das Recht, Befragen im Vorstand zu befehlen. Dies Recht können wir den Berlinern nicht überlassen.

(Schluß auf der letzten Seite des Hauptblattes.)

Tokales.

Parteigenossen! Am Freitag, den 8. November finden in vierzehn Kommunal-Wahlbezirken der 3. Abtheilung Neuwahlen für die Berliner Stadtverordneten-Versammlung statt. — Es gilt auch hier wieder, die bereits innegehabten Siege zu verteidigen, sowie neue für die Sozialdemokratie der Reichshauptstadt zu erobern. Um die Agitation recht erfolgreich zu gestalten, findet am nächsten Sonntag, früh 1/28 Uhr, eine Flugblatt-Verbreitung für ganz Berlin statt und ist zahlreiche Verteilung Gureits erforderlich. Die Verbreitung der Flugblätter geht von den in jedem Kreise bekannten Lokalen aus.

Die Vertrauenspersonen.

Den Parteigenossen des sechsten Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, das die Listen für die Kommunalwahlen bei folgenden Parteigenossen eingesehen werden können: Für den 33. Kommunal-Wahlbezirk bei Witzel, Adlerstraße 145, für den 35. Kommunal-Wahlbezirk bei Rosenthal, Grenzstr. 6, für den 42. Kommunal-Wahlbezirk bei Tauschel, Grenzstr. 4, Kischke, Hochstr. 32, Haserland, Bellefontainestr. 67, Wolfram, Prinzen-Allee 21. Der Vertrauensmann: C. Pelzig.

Achtung, fünfter Wahlkreis! Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich am Sonntag Morgen 7 Uhr zur Verbreitung eines Flugblattes in den Lokalen Hirtenstr. 10 und Louisenstr. 6 zahlreich einzufinden. Die Vertrauensperson: P. Häbner, Auguststr. 19.

Unser Kollege Bösch ist Donnerstag ziemlich unverhofft aus der Medaillenheimsstätte Pöhlensee wieder in die preussische Freiheit zurückgekehrt. Nach menschlicher Berechnung war die Gefängnisstrafe für ihn erst am 10. Dezember dieses Jahres abgelaufen. Man denke aber nicht, daß unser wackerer Genosse seine plötzliche Haftentlassung irgend welcher Gnade zu danken hat, so etwa der, daß man ihm wegen „guter Führung“ einen Theil seiner Strafe schenkte. Geschenkt worden ist ihm auch keine Viertelstunde und wegen „guter Führung“ werden in preussischen Gefängnissen unter Umständen zwar Diebe und Gauner vor der Zeit freigelassen, aber keine ehrenhaften Männer, die als Sozialdemokraten um ihrer Ueberzeugung willen ins Loch gesteckt worden sind. Sozialdemokraten verlangen bekanntlich auch keine derartige Gnade.

Die Angelegenheit unseres Bösch verhält sich so, daß er unter anderem wegen Verletzung der Saarbrücker Verträge, die er als Redakteur des „Vorwärts“ verübt haben soll, zwei Monate abzubüßen hat. Mit ihm war auch der Einsender der für beleidigend gehaltenen Notiz verurtheilt worden. Dieser hatte Revision gegen das Erkenntnis eingelegt, wogegen Bösch dieses Rechtsmittel nicht gebraucht hatte; wegen der noch unerledigten Revision aber liegen auch die Akten in Sachen Bösch noch beim Reichsgericht in Leipzig. Nun wird in der königlich preussischen Justizbureaokratie ein Mensch ohne Akten, und sei er auch Sozialdemokrat, überhaupt nicht als existierend betrachtet; Bösch war in Abwesenheit eines Gerichtskenntnisses Lust geworden; die Strafvollstreckung mußte unterbleiben und der Preussischer erhielt, nachdem seine übrigen Strafbahnen abgehakt waren, eine Ordre zugeföhrt, welche seine Ausweisung aus Pöhlensee zu Donnerstag verfügte.

Diese Maßregel kam unserm Kollegen insoweit ganz gelegen, als seine junge Frau ihn gerade in der Nacht, die auf seine Haftentlassung folgte, mit dem Erstgeborenen beschenkte. Möge der Junge ein ebenso unerschrockener Sozialdemokrat werden, wie es sein Vater ist.

Außer von seinem Chefredakteur Dr. Leipziger muß das „Kleine Journal“ die von ihm gebrachte Verleumdungslüge, daß unsere Mittheilung über das samose Duell von Anfang bis zu Ende erfunden sei, jetzt auch von den beiden „Kartellträgern“, den Herren Slowronnel und Dr. Merle ler desavouiren lassen. In einer langathmigen Erklärung, welche diese Herren der bürgerlichen Presse haben zugehen lassen, steht folgendes zu lesen:

Herr Dr. Leipziger hatte die Unterzeichneten gebeten, Herrn Rechtsanwalt Löwenstein zur Rede zu stellen. Die Unterzeichneten begaben sich am Mittwoch, den 2. d. M. in das Bureau des Rechtsanwalts L. In der mehr als eine halbe Stunde währenden Erörterung erklärte Herr Rechtsanwalt L., daß er sich bei Abfassung der Klageschrift der darin enthaltenen Beleidigung wohl bewußt gewesen sei, es aber ablehnen müsse, dieselbe zurückzunehmen. Rechtsanwalt Merle ler ist im weiteren Verlaufe dieser Angelegenheit nicht mehr thätig gewesen. Der Schriftsteller St. ersuchte Herrn Rechtsanwalt L. noch einmal, die Beleidigung zurückzunehmen, und als dieser eine bestimmte Erklärung verweigerte, stellte er ihm im Auftrage des Herrn Dr. Leipziger eine Pistolenforderung. Rechtsanwalt Löwenstein lehnte diese Forderung ab. Einige Tage später erhielt Slowronnel ein Schreiben des Rechtsanwalts Löwenstein, in welchem derselbe um eine Fortsetzung der Verhandlungen bat, „weil ihm jetzt an der sachgemäßen Erledigung des Falles gelegen sei.“ Durch ein Mißverständnis ist das Antwortschreiben des Rechtsanwalts Löwenstein an seinen Bevollmächtigten erst am Dienstag Abend in die Hände des unterzeichneten Slowronnel gelangt. Dieses Schreiben enthält an erster Stelle eine Ehrenerklärung für Herrn Dr. Leipziger und, falls dieselbe nicht für genügend erachtet werden sollte, die Bitte um Berufung eines Ehrengerichtes. Im Falle der Ablehnung beider Vorschläge ersuchte Herr Rechtsanwalt Löwenstein um sofortigen Austrag der gestellten Forderung bis Montag Nachmittag 4 Uhr.

Es ist nicht unsere Sache, zu ergründen, durch welches „Mißverständnis“ der Brief des Herrn Dr. Löwenstein, der die Duellkelle hintertreiben sollte, erst am Dienstag Abend in die Hände des Herrn Slowronnel gelangt ist. Nach allem mußte der geforderte Dr. Löwenstein im Grunde annehmen, daß Dr. Leipziger ihn am Montag Nachmittag beschießen wollte. Wir brauchen wohl kaum zu erklären, daß die Existenz des Briefes in der unglücklich thörichten Geschichte, die Herr Dr. Leipziger sich in einem Anfall von Nennommirsucht eingebrockt hat, uns nicht bekannt war.

Zur Umtaufungs-Angelegenheit schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Der „Vorwärts“ glaubt, daß durch die Umtaufung der Sache die Angeklagten Pfund und Rantmann ihren ordentlichen Richtern entzogen worden seien. — Wenn diese Auffassung vielleicht auch nicht zutrifft, so bleiben wir doch bei unserer Meinung, daß es dringend notwendig sei, öffentlich zu erklären, aus welchen Gründen die Umtaufung erfolgt sei. Sollte man die alphabetische Ordnung als Ursache ins Feld führen, so würde dagegen zu erinnern sein, daß man schon bei der ersten Bezeichnung der Sache hätte wissen müssen, daß der Buchstabe D dem Buchstaben P im Alphabet vorangeht. Im Interesse des vollen Vertrauens in unsere Rechtsprechung wäre eine baldige Klärung nicht nur erwünscht, sondern geboten.

Koloniales. Vielen Pflanzern im Südosten winkt die Trennung, wenn auch nicht gerade vom Liebsten, so doch von etwas, was ihnen stark ans Herz gewachsen ist, nämlich von ihrer Kolonie Lohmühlenstr. 18—22. Das Leben eines Laubenbesizers oder Pflanzers hat seine Licht- und auch seine Schatten-seiten. Die Lichtseiten kennen zu lernen, war den Kolonisten der Lohmühlenstraße in reichem Maße vergönnt gewesen. Die Kolonie umwehte das rosigende Land erhebender Harmonie und die Kolonisten haben sich zusammen zu dem bekannten „Pflanzerverein Südost“, der bei allen Partei-Anlässen von seinem Festein rühmliche Kunde giebt und dessen Kränzchen am 18. März auf den Gräbern der Märzgefallenen stets anzutreffen ist. Doch wo viel Licht ist bekanntlich auch viel Schatten und auch an den Rosen der kleinen Lohmühlenstraße-Jobste trangen gar bald die Dornen des häßlichen Materialismus in brutaler Weise hervor. Der Grund und Boden der Kolonie ist ein etliche Morgen großes Terrain, welches anfangs als Gärtnerei verwertet wurde, jetzt aber, so lange die Auspeltation es noch nicht an sich reißt, als Laubenkolonie verwendet wird. Die einzelnen Pflanzler empfangen ihr „Land“ erst aus zweiter Hand. Zwischen ihnen und dem Besizer steht eine Mittelperson in Gestalt eines Generalpächters, welcher das ganze Terrain parzellirt wieder an Unterpächter vergiebt. Das Nüchliche einer solchen Generalpacht sollten die Pflanzler in der Zeit des dreijährigen Bestehens der Kolonie ziemlich deutlich verspüren, denn während die Rente Land im ersten Jahre 55 Pf. Pacht kostete, wurde der Pachtzins im zweiten Jahre bereits auf 70 Pf. und im dritten Jahre gar auf 90 Pf. hinausgeschraubt. Der Generalpächter des in Rede stehenden „Landes“ ist Herr Restaurateur C. Wanzlitz, Göttingerstr. 35, welcher seine Rechnung nicht ohne den Wirth gemacht hatte. In der Kolonie herrschte ein Leben „wie im Sommer“. Bei der Arbeit gab es Durst und besonders an den Sonntagen, wenn die Familien und Freunde und Bekannten alle draußen waren, wurde etwas konsumirt, das jedem Restaurateur das Herz im Leibe lachen mußte. So lange das Geschäft so blühte, waren General- und Unterpächter ein Herz und eine Seele, denn der Generalpächter war natürlich auch privilegierter Laubenhändler. Das Geschäft erlitt aber schließlich einen Stoß und man kann sich darüber eigentlich nicht wundern. Nach den durchaus glaubwürdigen Versicherungen der Pflanzler sollen nämlich die „Weißen“ mit dem „blauen Heinrich“ eine frappante Rehnlichkeit gehabt haben. Mit dem Nachlassen des Konsums lockerte sich auch das bisherige harmonische Verhältnis, welches sich schließlich derartig zuspitzte, daß der Generalpächter plötzlich und ganz unerwartet seine Unterpächter kündigte und ihnen aufgab, zum 1. Oktober im wahren Sinne des Wortes „das Feld zu räumen“. Ueber diese harte Maßregel herrschte natürlich große Empörung und das wohl mit recht, denn die Pflanzler, welche doch nur Proletarier sind, haben in ihre „Besitzung“ viel Arbeit und Mühe hineingesetzt. So eine Raube kostet 60 bis 100 M., dazu kommt noch der Pflanzbestand, die Arbeit und die Früchte derselben, die Winterfrüchte, die durch die Kündigung im Stiche gelassen werden sollen. Vielfach liefen die Pachtverträge zum 1. Oktober ab und eine Erneuerung derselben war erfolglos verhindert worden. So stehen viele Pflanzler vor einem argen Dilemma, denn der Umzug einer Kolonie ist nicht wie aus einer Schlafstube in eine andere. Diejenigen, deren Verträge über den 1. Oktober hinaus dauern, wollen ja auf ihren Schein vorläufig bestehen, indessen wird der ganze Verein dem unglücklichen Gastwirth den Rücken kehren und sich eine andere Niederlassung suchen. Das Band der Solidarität verbindet die Pflanzler nach wie vor und Profitsucht ist nicht im Stande, dieses Band zu lockern. So hat die Organisation auch in dieser Gestalt sich wohl bewährt und der „Pflanzerverein Südost“ wird hoffentlich eine andere Heimstätte finden, wo er seine Lauben bauen kann.

Die katholisch-kapitalistische „Germania“ ist bekanntlich das allerchristlichste Blatt in Berlin und weiß nicht genug in Entrüstung zu machen, wenn von irgend einer Seite das heilige Sakrament der Ehe profanirt wird. Die fromme „Germania“ scheint aber darin dem schmachthigsten Profittablatten aus dem Haare zu gleichen, daß ihre Kampfbegier für Religion, Ordnung und Sitte dort Halt macht, wo das Geschäft in Frage kommt, nämlich vor dem Inseratenthail.

Dort gab sich die „Germania“ am Freitag Morgen geschäftig der folgenden Verleumdung hin:

Baldige Heirath!
Junger Kaufm., 26 J. alt, Mitinhaber eines Manufakturwaaren-Geschäfts, sucht anderer Unternehmungen halber die Bes. einer verm. j. Dame mittlerer Figur im Alt. v. 20—25 J. Abdr. nebst Photogr. erb. bis 15. d. M. unter J. 9518 a. d. Exped. d. Bl. Discretion selbstverständlich.

Das „Heirathsgeheuch“ paßt ja herrlich zur kirchlichen Heiligkeit der Ehe.

Kein neuer Polizeifrühling. Die auch von uns gestern nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ gebrachte Polizeiverfügung, welche den Schulheuten ein unabhängiges Verhalten bei Efirungen z. einschärft, enthält nach der „Berl. Ztg.“ nichts als alte Kamellen. Dem Verbreiter der Nachricht, so schreibt das Blatt, scheint nicht bekannt zu sein, daß den Schulheuten diese Verhaltensmaßregeln regelmäßig in jedem Monat in Erinnerung gebracht werden. Freilich nicht immer mit dem nämlichen Erfolge.

Adolf Streckfuß, zumeist bekannt als Geschichtsschreiber der Stadt Berlin, ist am Freitag in Berlin gestorben. Streckfuß, der eine zeitlang auch das Amt eines Berliner Stadtraths bekleidete, ist ein „Alt-Berliner“ gewesen. Er entstammte einer preussischen Beamtenfamilie, wurde aber schon als junger Mann von 24 Jahren in die Bewegung des Jahres 1848 hineingezogen, und mußte so den Lehrberuf, den er einschlagen wollte, aufgeben. Er wurde Kaufmann und wandte sich in reifen Jahren dann der literarischen Thätigkeit zu. Populär geworden ist er namentlich durch sein Buch „Hundert Jahre Berliner Geschichte“ (vom Fischerdors zur Weltstadt). Ein tiefgründiges Werk ist dies Buch wohl nicht, und so manches in der Entwicklungsgeschichte Berlins, wie es in den historischen Bildern von Streckfuß in lebhafter Breite dargestellt wird, kann vor modern-geschichtlicher Forschung nicht mehr Stand halten. Streckfuß veröffentlichte außerdem in den siebziger Jahren einige Romane. In der letzten Zeit war Streckfuß, der an einem chronischen Lungenerkrankt war, schwermüthig geworden. Ab und zu erschienen im Feuilleton liberaler Berliner Blätter noch Erinnerungen eines Alt-Berliners von ihm.

In der Sitzung der Rixdorfer Gemeindevertretung, welche am Donnerstag Abend stattfand, theilte Amtsvorsteher Bodin zunächst mit, daß die Eröffnung des neuen Rixdorfer Bahnhofes am Freitag, den 18. d. M. stattfinden werde. Am Abend vorher soll das für den Ort außerordentlich wichtige Ereigniß durch ein Festessen gefeiert werden. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß die Pferdebahn ihre Linie wieder bis zum Bahnhof legen werde, nachdem sie sich bezüglich der Haltestelle mit der Eisenbahnverwaltung geeinigt habe. Hieraus wurde in Schlussberatung des Vertrages mit dem Konsortium der Elektrischen Vorortbahn eingetreten, welche sich über 3 Stunden

hinzieht und mit der definitiven Genehmigung des Vertrages endete. Infolge der vorgeschrittenen Zeit mußten alle übrigen Punkte, u. a. auch die Umtauschlegung der 7 sozialdemokratischen Gemeindeverordneten wegen der Sedanfeier, bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

Die Pferdebahnlinie durch die Prenzlauerstraße nach Weidensee soll am 25. Oktober eröffnet werden.

Die Fahrgehwindigkeit der elektrischen Bahn auf dem Gieselerbrunnen ist infolge der Unglücksfälle auf der Strecke Wadstraße—Soldinerstraße erheblich herabgesetzt worden, ohne daß hierdurch die Unglücksfälle an und für sich aufgehört haben. Letztere sollen vielfach durch den Leichtsin der Kinder hervorgerufen werden, welche sich trotz aller Ermahnungen in den Schulen bei Annäherung der elektrischen Wagen auf das Geleise stellen. Auch wird von den Beamten der elektrischen Bahn darüber Klage geführt, daß die Aufsicher der Privatfuhrwerke, anstatt den breiten Fahrdamm der Prinzen-Allee zu benutzen, das Gespann auf das Schienengeleise lenken und erst im letzten Augenblick kurz vor dem elektrischen Wagen dasselbe verlassen. Um allem diesen Unfug zu steuern, sind seitens der Polizei auf der Prinzen-Allee zahlreiche Schutzmantrouillen aufgestellt worden.

Das neue Postamt Nr. 41 in der Kurfir. 18 und 19 hat sich bereits als viel zu klein erwiesen. Es dient hauptsächlich der Annahme von Paketen und wird von den Geschäften jener verkehrreichen Gegend stark in Anspruch genommen. Die Hausdiener der Geschäfte führen lebhaft Klage darüber, daß es an Raum für die Pakete mangelt. Es wird dringend gerathen sein, vor der Weihnachtszeit Abhilfe zu schaffen.

Der Direktor der Nationalgalerie, Herr Jordan, soll angeblich aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amt zurücktreten wollen. Als seine muthmaßlichen Nachfolger nennt der „N. N. C.“ die Herren Direktor Wörmann in Dresden, Alfred Lichtwark in Hamburg und Richard Muther in Breslau.

Der Universitätsprof. Die feierliche Uebergabe des Rektorats wird am Dienstag, mittags 12 Uhr, in der Aula be- gangen. Der bisherige Rektor, Professor Pleiderer, erstattet den Jahresbericht und übergiebt alskann die Insignien seines Amtes dem Nachfolger Geh. Rath Adolf Wagner. Nach Ablegung des Eides hält der neue Rektor seine Antrittsrede.

Aus dem Frauengefängniß in der Barnimstraße sind in der gestrigen Nacht drei Arbeitshäuser aus Kimmels- burg entflohen, die kurz vorher zur Dienstleistung in das ge- nannte Gefängniß überführt worden waren. Es wird über den Vorfall gemeldet: Die Männer, die soeben in das Portal der Anstalt eingetreten waren, machten plötzlich kehrt und flüchteten in verschiedenen Richtungen davon. Der erste Ausreißer wurde nach wenigen Minuten von dem nachfolgenden Transporteur eingekesselt; der zweite Flüchtling eilte nach der Gollnowstraße zu, sich hier aber auf den Kriminalbeamten Streifen- mann, dem es jedoch nicht gelang, den ihm an Körperkräften weit überlegenen Flüchtling aufzuhalten, der nun unterföhrt von einer zumeist aus Zubältern und Dirnen bestehenden Menge die Landwehrstraße erreichte. Der nachfolgende oben erwähnte Beamte gab fortwährend Nothsignale und darauf hin eilten Gäfte des in der Landwehrstraße 5 belegenen Schühner'schen Lokals heraus, die den Sträfpling stellten. Die Gruppe aber wurde ihrerseits von dem nachfolgenden Gefindel umringt, das drohend die Freigabe des Flüchtlings forderte. In diesem kritischen Augenblick trafen acht Schulente ein, denen es gelang, die Zubälter auseinander zu treiben. Die beiden Wiedere- ergriffenen wurden nach dem Frauengefängniß zurückgebracht, während der dritte Sträfpling entkommen war und zwar nach dem Friedrichshain. Die Anlagen desselben wurden zwar als- bald abgesehen, doch ohne Erfolg.

Ein Idyll aus dem Militärstaat. Eine nicht freipirte Granate mit Zünder fand Dienstag früh der Arbeiter G. der sitzenden Bau-Inspektion am Göttinger Ufer beim Ausgange der Brangelstraße. G. hatte den Auftrag, den am Zaun der Hech- mann'schen Fabrik liegenden und am Tage von zahlreichen Kindern zum Spielen benutzten Kies auf einen Haufen zu schaufeln. Dabei stieß der Mann auf einen Gegenstand in Größe einer Weiskerze. Sofort erstattete er Anzeige beim Portier der Fabrik. Dieser erkannte in dem Gegenstand eine Granate. Nun lief der Arbeiter zur Polizeiwache in der Cuvrystraße und erstattete dort Anzeige. Wie die Granate an den Ort gekommen sein mag, ist, wie die „Märkische Volks-Zeitung“ mittheilt, noch nicht ermittelt. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß die zahlreich dort spielenden Kinder das Geföh nicht fanden, sonst wäre ein schreckliches Unglück unvermeidlich gewesen, da der Zünder noch daransteckte.

Vermißt wird seit einigen Tagen der kaiserliche Bau- Inspektor im Auswärtigen Amte F. A. Schran. Herr Schran hat sich Anfang des Monats aus seiner in der Linkestraße belegenen Wohnung entfernt, ohne sein Reisefiel anzugeben. Das Auswärtige Amt hat, wie der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, die Kriminalpolizei benachrichtigt, welche durch ihre Organe, da mit der Möglichkeit eines Unglücksfalls gerechnet wird, den Vermißten suchen läßt. Bisher sind diese Bemühungen freilich erfolglos geblieben.

Wegen der Schienenlegung für die elektrische Bahn in der Mitter- und Reichenbergerstraße ist die Omnibuslinie Neues Thor-Reichenberger- und Eignitzerstraße-Gade bedeutend ver- längert und auch sonst abgeändert worden. Der Omnibus läuft gegenwärtig nur bis zum Kottbusser Thor und geht statt durch die Junker- und Mitterstraße durch die Koch-, Oranien- und Dresdenstraße.

Witterungsüberficht vom 11. Oktober 1895.

Stationen.	Barometer- stand in mm. reduziert auf d. Meereshp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = +°F.).
Swinemünde . . .	753	SSW	5	Dunst	10
Hamburg . . .	755	WSW	5	wolfig	9
Berlin . . .	756	WSW	4	Regen	9
Biesbaden . . .	762	SW	3	wolfig	10
München . . .	764	W	5	halb bedekt	9
Wien . . .	762	SEO	2	bedekt	12
Napacanda . . .	742	S	2	Regen	10
Petersburg . . .	754	SEO	2	heiter	10
Cord . . .	769	WNW	3	halbbedekt	10
Alexidin . . .	760	WSW	4	halbbedekt	7
Paris . . .	766	SSW	1	wolfig	4

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 12. Oktober 1895.
Kühles, zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit etwas Regen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Schusswaffe ist ein höchst bedauerlicher Unglücksfall geschehen, welcher getreuer vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Sprache kam. Der 15jährige Arbeiter Gustav Lüdike war beschuldigt, seinen 21jährigen Bruder, den Hausdiener Ernst Lüdike, durch Fabelhaftigkeit erschossen zu haben. Beide Brüder waren in dem Geschäft des Restaurateurs Schulz im sogenannten "Reichshaus" am Kantianplatz bedienstet. Auf dem Hofe des weitläufigen Gebäudes trieb sich im Sommer eine verwilderte Kage umher, welche besonders den Tauben nachstellte. Der ältere Bruder gab dem jüngeren das Geld zum Ankauf eines Tefchins, sie wollten versuchen, die Kage zu erschließen. Am Nachmittag des 6. August wollte der Angeklagte, in dessen Gesellschaft sich noch ein 13jähriger Knabe befand, die Schusswaffe probieren. Der letztere hatte die Waffe geladen und stand in dem Kellerhalle, um von hier aus auf den Hof zu schießen. In diesem Augenblicke rief der im Keller stehende Angeklagte: "Fran Schulz kommt!" Diese durfte von dem Schießen nichts wissen, der Knabe reichte die geladene Waffe dem Angeklagten zu, der sie ebenso schnell im Keller so hinlegte, daß sie nicht in die Augen fiel. Nach einigen Stunden kam der Bruder des Angeklagten nach dem Keller, um Weisbier heraufzuholen. Der Angeklagte wollte ihm den Tefchin zeigen, wobei er die Mündung gegen den drei Meter von ihm entfernten Bruder hielt. Dieser rief noch: "Daß den Unsum sein!" In demselben Augenblicke entlud sich die Waffe, deren Hahn der Angeklagte unvorsichtiger Weise berührt hatte. Das Geschloß drang dem Ernst Lüdike oberhalb des linken Auges durch die Stirn ins Gehirn. Der Betroffene stürzte bewußtlos zu Boden, er ist nach einer Stunde verstorben. Der unglückliche Thäter war verzweifelt. Er behauptete im gestrigen Termine, daß er geglaubt habe, der Hahn sei abgestellt gewesen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einer Woche, während der Bertholdiger, Rechtsanwalt Herzfeld, nicht eine Fahrlässigkeit, sondern nur eine Verletzung unglücklicher Zufälligkeiten für vorliegend erachtete und deshalb Freisprechung beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf drei Tage Gefängnis.

Daß der Richter die Kosten eines Termins zu zahlen hat, dieser seltene Fall ereignete sich, nach der "Wid. Ztg.", kürzlich am Landgericht II. Die Zeugen wurden vorgelesen, und es wurde ihnen eröffnet, daß sie nach Hause gehen könnten, da eine Einigung der beiden streitenden Parteien stattgefunden hätte. Später stellte es sich heraus, daß ein diesbezügliches Schreiben zweier Rechtsanwälte irrtümlicherweise in die Akten der betreffenden Sache gerathen war. Als der Richter seinen Irrthum entdeckte, war der Kläger bereits nach Hause gefahren, und es blieb nichts übrig, als einen neuen Termin anzuberaumen, nachdem der Vorgesetzte erklärt hatte, daß er die Kosten des Termins zu tragen habe.

Lustbarkeitskennern sind eine Einrichtung, durch welche den Rheinländern ihr leichter Sinn etwas gedämpft werden soll. Wie viele andere Gemeinden im schönen Rheinland besitzt auch Köln ein Regulativ, das sich in mütterlich wohlwollender Weise mit den Lustbarkeiten in der Stadt befaßt. Darinnen heißt es u. a., daß für die im Bezirke der Stadt Köln stattfindenden öffentlichen Lustbarkeiten städtischerseits zu Armenmedien Abgaben erhoben werden, daß z. B. für die Veranstaltung von Tanzbelustigungen in größeren Sälen, welche bis über 11 Uhr abends hinaus dauern, 20 M. zu entrichten sind. Durch eine weitere Bestimmung werden den öffentlichen Lustbarkeiten diejenigen gleichgestellt, welche von Vereinen oder Gesellschaften veranstaltet werden, die zu diesem Bezwecke gebildet sind. In ihren heiligsten Gefühlen arg verletzt fühlten sich die würdigen Repräsentanten der Lesegesellschaft, deren sich die alte Rheinstadt erfreut, als ein hochwohlwollender Magistrat sie einfach derartigen Gesellschaften einreichte und von ihnen verlangte, für die Veranstaltung von drei Gesellschafts-abenden — 6. Oktober, 3. November und 2. Dezember 1894 ja 20 M. zu bezahlen. Da der Einspruch dagegen vergeblich war, erhob man Klage. Der Vorstand der Lesegesellschaft berief sich auf § 1 und 2 des Statuts, um darzutun, daß der Zweck der Vereinigung ein sehr edler sei und durchaus nicht auf die Veranstaltung von Lustbarkeiten abziele. Danach werde bezweckt die Förderung geistiger und sittlicher Bildung, die Pflege patriotischer Gesinnung, die Bekämpfung rechtsfeindlicher Bestrebungen zc. Als Mittel dazu werden angegeben Vorträge, Vorlesungen, die Verbreitung patriotischer Schriften, Förderung der Volksbildung, Einrichtung einer Bibliothek, Veranstaltung und Unterstützung der Freier patriotischer Gedächtnis-tage u. s. w. Den Hinweis des beklagten Oberbürgermeisters auf eine ganze Reihe von Veranstaltungen, welche zum theil neben Genüssen mehr geistiger Natur auch Gelegenheit zu anderen Vergnügen, z. B. dem Schwingen des Tanzbeines, Gelegenheit boten, beantwortete der Vorstand der Klägerin damit, daß sich die Verfolgung ethischer Zwecke nicht ohne Anschlag an die Pflege der Geselligkeit denken lasse. Letztere werde deshalb noch lange nicht zum Hauptzweck. Der Bezirksauschuss wies die Klagen der Lesegesellschaft zurück. In der Begründung des Urtheils führte er aus, daß es bei der Feststellung des Zweckes eines Vereins auf die Proklamationen im Statut desselben viel weniger ankomme, als auf die tatsächliche Uebung des Vereins. Diese spreche hier aber zu Gunsten der Verfügung des Beklagten, durch welche die Klägerin zu den Lustbarkeitsabgaben herangezogen worden sei. Die Menge der von der Lesegesellschaft im Jahre 1894 gegebenen Lustbarkeiten habe das Gericht zu der Annahme bewogen, daß ein wesentlicher Zweck des Vereins die Veranstaltung von solchen bilde. Die Erfolge der Wirksamkeit des Vereins auf ethischem Gebiete würden damit gar nicht bestritten; dem Hinweis auf sie sei aber entgegen zu halten, daß die gewissenhafte Bemühung um den einen Zweck keineswegs die gleichzeitige Verfolgung des anderen ausschließt. Vollständig unerheblich seien die Motive zur Veranstaltung der Lustbarkeiten, der Charakter einer Festlichkeit als einer Lustbarkeit werde durch sie nicht geändert. — Der zweite Senat des Ober-Verwaltungsgerichts bestätigte am 9. Oktober diese Entscheidung.

Wegen Unterschlagung eines Chek-Briefes fand heute der Posthilfsbote Gustav Thau vor der 8. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der Angeklagte ist erst im Sommer d. J. wegen eines dreifachen Postdiebstahls zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. In dieser Beleuchtung hat die Staatsanwaltschaft einen Vorfall zum Gegenstande einer Anklage gemacht, der im Jahre 1894 sich ereignet hatte. Um jene Zeit war bei dem Feldprobi Dr. Richter der Sohn eines New Yorker Rechtsanwalts Sween in Pension. Der Vater des jungen Mannes schickte an diesen im Juli v. J. einen Original-Chek und einige Zeit später, der Sicherheit wegen, ein Duplikat dieses Cheks an den Feldprobi Dr. Richter. Der Original-Chek gelangte auch richtig in die Hände des jungen Sween, der bald nach Erhebung des Geldes von der Deutschen Bank in eine andere Pension übersiedelte. Im September erschien der Bruder des Angeklagten, Arbeiter Hermann Bau, bei dem Feldprobi und überreichte ihm den Duplikat-Chek mit der Angabe, daß er ihn auf dem Bahnhof Friedrichstraße gefunden habe. Er hatte die Freude, daß ihm der Feldprobi für seine Mühewaltung einen Finderlohn von 10 M. bewilligte. Nachdem nun der Angeklagte wegen der begangenen Amtsentuschlagung zu so hoher Strafe verurtheilt worden war, kam die Staatsanwaltschaft zu der Ueberzeugung, daß auch in diesem Falle der Angeklagte, der damals an der betreffenden Brief-Ausfertigungsstelle im Haupt-Postamt beschäftigt war, auch den an Dr. Richter gerichteten Brief unterschlagen habe. Es wird angenommen, daß der Angeklagte, nachdem er gesehen, daß er mit dem Duplikat-Chek nichts anfangen könne, seinen Bruder dazu benutzt habe, um auf die be-

schriebene Weise wenigstens einen Finderlohn herauszuschlagen. Der als Zeuge vorgeladene Bruder des Angeklagten verweigerte sein Zeugniß; nach dem Ausweis der Akten hat er aber feinerzeit vor dem Untersuchungsrichter angegeben, daß er den Chek von seinem Bruder erhalten habe. Trotzdem bestritt letzterer seine Schuld. Der Staatsanwalt hatte keinen Zweifel daran, daß es sich auch in diesem Falle um eine Amtsentuschlagung handele und er beantragte deshalb zusätzlich noch ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu fünfzehn noch 4 Monaten Gefängnis.

Auch eine Majestätsbeleidigung. Eine bemerkenswerthe Entscheidung fällt am Donnerstag der 3. Strafkammer des Reichsgerichts. Vom Landgericht Erfurt ist am 18. Juni der verantwortliche Redakteur der "Thüringer Tribüne" wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. In der am 20. März dieses Jahres erschienenen Nummer jenes Blattes war mitgeteilt worden, die Berliner Garnisonverwaltung habe auf Anordnung des Kaisers den Offizieren und Mannschaften das Rauchen unter den Linden und in einigen angrenzenden Straßen verboten. Dann war hinzugefügt, bis zum 18. März 1894 sei den Bürgern das Rauchen überhaupt verboten gewesen, die Märzstürme hätten aber das ebenso...

In den eingekochten Worten, die ein sozialdemokratisches Blatt nach dem Urtheil der Kammer Brausewetter nicht bringen darf, ohne sich der Gefahr einer Verurtheilung auszusetzen, war die angelegte Majestätsbeleidigung enthalten. — Das Reichsgericht erkannte auf Aufhebung des Urtheils und verwies die Sache an das Landgericht Naumburg zurück. Die Gründe lauteten: Es ist allerdings durch Anlegung die thatsächliche Feststellung getroffen, daß der Artikel eine Majestätsbeleidigung enthalte und daß der Angeklagte bei seinem Bildungsgrade sich im allgemeinen der Tragweite der Aeußerung bewußt gewesen sei. Aber es ist nicht mit genügender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß der Angeklagte sich der Auffassung, die das Gericht von dem Artikel gehabt hat, völlig bewußt gewesen ist.

Das Schwurgericht in Altona verurtheilte am Donnerstag den Sattler Miezgeny aus Uetersen wegen zwölf in Uetersen und Umgegend begangener Brandstiftungen zu 10 Jahren Zuchthaus.

Der Knüttel aus dem Polizeigefängnis. Aus Wien wird vom 9. d. M. berichtet: Vor dem Strafrichter des Bezirksgerichts Neubau hatte sich gestern der Redakteur der "Volkstribüne", Franz Schummeier, wegen Beschimpfung der Behörde zu verantworten. Der Anklage ist folgendes zu entnehmen: Einmal Tages war im Schaufenster der Redaktion der "Volkstribüne" ein Porzellansteller, auf dem ein Knüttel lag, ausgestellt. In dem Knüttel steckte ein Holzstäbchen, das einen Zettel mit der Aufschrift trug: "Ein Knüttel aus dem Polizeigefängnis in der Theobaldgasse". Eine große Menge von Neugierigen hatte sich vor dem Schaufenster angeammelt und unterhielt sich ganz löstlich über das originelle Ausstellungsobjekt. Der Polizei-Agent J. Sanger begab sich jedoch kurz darauf im Auftrage des Polizeikommissariats Neubau in die Redaktion der "Volkstribüne", um den Knüttel mit Beschlag zu belegen. Der anwesende Redakteur Schummeier widersetzte sich jedoch der Konfiskation mit den Worten: "Der Knüttel ist mein Eigentum. Ich gebe ihn nicht her, und mit Gewalt können Sie ihn mir nicht nehmen!" Der Vorfall trug ihm die oben bezeichnete Anklage zu. Bei der gestrigen Verhandlung erklärte sich Schummeier für nichtschuldig. Der Knüttel sei ohne sein Wissen in das Schaufenster gestellt worden und er habe davon erst Kenntniß erlangt, als der Detektiv bei ihm im Bureau erschien. Auch bestritt der Angeklagte, daß durch die Ausstellung des Knüttels eine Verpöterung der Behörde vom Thäter beabsichtigt wurde. Viel eher sei darin eine Erwähnung an das Volk zu einem tadellosen Lebenswandel zu erblicken, um ja nicht in das Gefängnis in der Theobaldgasse zu kommen, wo solche Knüttel gemacht werden. Der Konfiskation des Knüttels habe sich der Angeklagte deshalb widersetzt, weil der Polizeiagent keinen schriftlichen Auftrag vorwies. Der Richter konnte in dem Vorgehen des Angeklagten einen strafbaren Thatbestand nicht erblicken und sprach ihn frei.

Soziale Uebersicht.

Das persönliche Verhältnis der Aerzte zu den Berufsgenossenschaften ist, wie man uns schreibt, im Laufe der letzten Jahre nicht besser geworden, was zwar eine gewisse Bürgschaft für unabhängige Urtheilsabgabe seitens des Arztes gewährt, aber in mancher anderen Beziehung nicht im Interesse der durch Unfall verletzten Arbeiter liegt. Ohne auf die sojuzagen mit schiedsrichterlichen Befugnissen ausgestatteten neugebildeten Arztkollegien und ähnliche Einrichtungen für Ober-Gutachten näher eingehen zu wollen, sei hier des Hauptpunktes gedacht, gegen den die Aerzte selbst lebhaft Front machen, nämlich daß in den Instanzen der Art nur insofern zur Geltung kommt, als er sein schriftliches Gutachten abgegeben hat und in besonderen Fällen als Sachverständiger an Ort und Stelle geladen wird. Die Aerzte streben dahin, bei den Urtheilsprüchen aller Instanzen stimmberichtig zu sein. Will man auch der Ansicht zuneigen, daß es sich bei diesem Streben zunächst weniger um die gerechte Vertretung von Arbeiterinteressen als um mehr persönliche Interessen handelt, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der ärztliche Rath bei der Zurechnung der Entschädigung, d. h. die persönliche Betheiligung des Arztes an den Spruchfindungen, von mindestens der gleichen Bedeutung ist wie diejenige richterlicher Beamten oder anderer Laien in medizinischen Fragen. Obwohl das Unfallversicherungs-Gesetz nunmehr zehn Jahre praktisch gehandhabt wird, weiß doch eine sehr große Anzahl von Aerzten, selbst solche, die mit Berufsgenossenschaften engere Fühlung haben, in der Schätzung des Grades der Erwerbsunfähigkeit nicht das rechte Maß zu halten. Zu viel als Entschädigung zu erhalten, in die Lage kommt der verunglückte Arbeiter bei unserer heutigen Unfallversicherungsgesetzgebung ja nie; aber der Drang der Berufsgenossenschaften, an den Renten zu sparen, hat sich auch bei vielen Aerzten schon so zur Gewohnheit herausgebildet, daß sie lieber eine mäßige Rente vorschlagen und dadurch der Berufsgenossenschaft in die Hände arbeiten, anstatt durch einen hohen Rentenvorschlag sich der Gefahr aussetzen, daß ihr Gutachten anderen Kollegen unterbreitet wird. Hat der Arzt Sitz und Stimme in den Instanzen, so vermag er ein auf grund genauester Untersuchung und nach innerster Ueberzeugung abgegebenes Gutachten mit weit mehr Nachdruck zu versehen. Namentlich werden die Genossenschaftsvorstände infolge der regelmäßigen Betheiligung von Nicht-unternehmern an ihren Sitzungen sich bewegen fühlen, gegen Verunglückte mit etwas weniger Rücksichtslosigkeit vorzugehen, als es heute geschieht. Unter den heutigen Verhältnissen rechtfertigen auch die "Vertrauensärzte" ihren Beinamen keineswegs immer. Sie sind mit ihrem Urtheil meist sehr schnell fertig, weil nur zu oft geneigt, in dem Verletzten einen Simulanten zu erblicken; und da für das Gutachten gewöhnlich nicht mehr als 3 Mark gezahlt wird, so wird nicht immer die Sorgfalt auf die Sache verwendet, die nötig und für den Verletzten von so großer Tragweite ist. Es giebt Aerzte, die sich in ihrem ganzen Urtheil mit fünf Worten abfinden, während andere bei Verletzungen einfacherer Natur für schweres Geld ein Sammelurtheil zusammenschreiben, das selbst dem Laien ein Lächeln entlockt. Diejenigen Aerzte, welche das Unfallversicherungs-Gesetz verstehen, es im richtigen Geiste zu erfassen und diesem ihr Urtheil anzupassen wissen, sind mit der Patrone zu suchen. Ja, es giebt Aerzte, die sich gern um die Abgabe von Gutachten für berufsgenossenschaftliche Zwecke herumdrücken, nachdem ausnehmend hohen Honorarforderungen gegen-

über — man hat bis zu dreihundert Mark für ein einziges Gutachten herauszuschlagen versucht — durch eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts ein Niegel vorgeschoben worden ist, wonach jetzt höchstens 24 M. zu zahlen sind. Eine nicht unpraktische Neuerung haben einige wenige Berufsgenossenschaften eingeführt; sie beschäftigen ständig in ihrem Hauptbureau einen Arzt als Rathgeber, natürlich nicht weniger als eine Autorität, doch immer einen Mediziner, dem die "Prozis" irgendwo hängen geblieben ist. Und bei diesem kleinen Anhang schon hat man gemerkt, was es werth ist, wenn Aerzten Gelegenheit geboten wird, sich mehr persönlich mit dem inneren Leben und Treiben bei den Berufsgenossenschaften vertraut zu machen.

Gewerkchaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausperrungen, müssen heiss den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlin und Umgegend.

Unter Hinweis darauf, daß die gewerkchaftliche Organisation ebenso eine Nothwendigkeit ist als die politische, daß die erstere gewissermaßen die Vorschule der letzteren ist, ferner darauf, daß die Versammlung der Delegirten zur Berliner Streik-Kontroll-Kommission am 16. Dez. 1892 durch einstimmige Annahme einer Resolution die Unterstützung unserer Organisation durch Förderung unserer unentgeltlichen Arbeits-Nachweise den Vertretern der einzelnen Gewerkschaften bei Abmachungen von Festlichkeiten und Versammlungen empfahl, theilen wir Euch hierdurch mit, daß die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung organisierten Berliner eine Mitgliedskarte des Vereins Berliner Gastwirthsgehilfen, welche auf den Namen des Zubehers lautet, bei sich führen. Diese Karte enthält den Vermerk der Gültigkeitsdauer und wechselt von Quartal zu Quartal die Farbe. Die Zubehers sind verpflichtet, diese Karte vorzuzeigen. Wir ersuchen Euch, die Besichtigung der Mitgliedskarte möglichst oft, bei jeder Gelegenheit vorzunehmen, um dadurch den der Arbeiterschaft thatsächlich feindlich gegenüberstehenden Elementen der Kellerschaft plausibel zu machen, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich dem Kampf um bessere Lebensbedingungen anzuschließen durch Organisation.

Mit solidarischen Grüßen
Die organisierten Gastwirthsgehilfen Berlin und Umgegend.

Mitgliedskarte zur Zeit grün mit braun, im Dreieck zu einanderstehend.

Unser Arbeitsnachweis-Bureau befindet sich Jüdenstraße 36. Telefon Amt V. Nr. 3386.

An die Gold- und Silberarbeiter und deren verwandte Berufsgenossen in Deutschland richtet der Zentralvorstand des Verbandes dieses Berufs durch W. Ball (Hamburg, Bartelsstr. 96, I.) einen Aufruf, sich dieser Organisation anzuschließen, um dadurch ihre Lage zu verbessern, die durchaus nicht glänzend ist, wenn man bedenkt, daß der Lohn zwischen 12 und 30 M. schwankt, durchschnittlich aber schwächer mehr als 19 M. beträgt, und daß die Arbeitszeit höchst unregelmäßig ist. Hofft Ihr etwa, heißt es in dem Aufruf, daß die Unternehmer freiwillig ihren Geldbeutel aufstun werden, um Euch besser zu stellen, oder daß die Regierung Euch gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch die Unternehmer schützen wird? Kollegen! Eure Pflicht als denkende Arbeiter ist es, selbst für die Verbesserung Eurer Lage einzutreten. Nicht einzeln könnt Ihr dies, sondern nur in geschlossenen Reihen könnt Ihr bei der Großmacht Kapital bei Forderungen auf Erfolg rechnen, weil Ihr dann eine Macht seid, in dessen der einzelne eine Null ist und vom Kapital verschlungen wird. Darum organisiert Euch!

Ihr könnt nur wünschen, daß der Aufruf recht guten Erfolg haben möge. Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen hat es sich zur Aufgabe gemacht, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, ferner die reisenden Kollegen gegen die äußerste Noth durch Verabfolgung von Reise-Unterstützung zu schützen. Er bietet also sowohl den älteren wie den jüngeren Arbeitern der Gold- und Silberindustrie Vorthelle und wird umso mehr leisten können, je größer die Zahl seiner Mitglieder ist.

Achtung, Metallarbeiter und Tischler! Der Streik der gesamten Kollegen und Kolleginnen der Telephonfabrik von Belle's, Berlin Engelauer 1a, dauert unverändert fort. Zugang ist daher bis auf weiteres streng fernzuhalten. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend.

Achtung, Marmorseifer! In der Marmorwaarenfabrik von Finl, Berlin, Nicker-Platz 1, legten am 7. Oktober die Kollegen bis auf zwei Mann die Arbeit wegen Nichtbezahlung des Materials nieder, das zum Schleifen und Poliren gebraucht wird. Am folgenden Tage gab die Firma ihren neuen Tarif heraus, der gegen den Berliner Tarif einen Abzug von 10 bis 20 pCt. bedeutet. Zugang ist fernzuhalten. Der Vertrauensmann der Berliner Steinarbeiter Berlin und Umgegend.

Achtung! Alle Bissen für den Streik bei der Firma Dewitt u. Herz, die den Stempel der Gewerkschaftskommission tragen, sind abzuliefern, ob leer oder gezeichnet, an Richard Jochl im Restaurant Richter, Georgenkirchstr. 49. Sonnabends bis 9 Uhr abends.

An die Lagerhalter der Konsumvereine Deutschlands. Das Protokoll des dritten Lagerhaltertages ist vor einiger Zeit zur Verfügung gekommen. Es enthält die summarische Berichterstattung der Vertrauensmänner und 88 schriftlich eingereichte und zum Abdruck gekommene Berichte von 153 Lagerhaltern und Lagerhalterinnen, sowie einen Bericht der Lagerhalter in Wien. Ferner das Statut des Verbandes der Lagerhalter mit dem Sitz in Leipzig. Die Bestimmungen sind so getroffen, daß die Kollegen ganz Deutschlands dem Verbands beitreten können.

Zweck des Verbandes ist: Die Interessen der Mitglieder nach jeder Seite hin zu wahren. Insbesondere durch: a) Verkürzung der Arbeitszeit; b) Erhebung guter Gehaltsbedingungen; c) Gewährung von Rechtschutz in Fällen der Berufstätigkeit; d) Regelung des Kautions- und Kontraktwesens.

Soweit uns Adressen der Kollegen zur Verfügung standen, ist das Material an diese verandt worden. Kollegen, die der Bewegung noch fern stehen, oder solche, die bei der Verbandsübergang sein sollten, werden aufgefordert, ihre Adresse einzufenden. Die Lagerhalter ganz Deutschlands werden aufgefordert, der Organisation beizutreten.

Karl Buchl, Vorsitzender, Leipzig, Nürnbergstr. 22.
Reinhold Haase, Kassirer, E. Lindenau, Hoffstr. 17.

Der Leipziger Steinseher-Streik ist in ein neues Stadium getreten. Eine Versammlung der arbeitenden und streikenden Steinseher beschloß, an stelle der neunstündigen die zehnstündige Arbeitszeit und 50 Pfg. Stundenlohn zu fordern. Die Unternehmer sollen sich bis zum Sonnabend darüber erklären. Eine neu einberufene Versammlung soll dann über das Schicksal des Streiks entscheiden. — Die Waser und Lottner haben, soweit sie im Streik standen, alle wieder Arbeit gefunden. Es wurde beschlossen, den Streik, soweit er noch aufrecht erhalten wurde, bis zum Frühjahr zu vertagen. Die Streik-Kommission bleibt bestehen und die Arbeitenden sind nach wie vor verpflichtet, für die Streikklasse zu feuern. Die Innung hat ihren Beschluß, die Meister, die die Gehilfenforderungen bewilligt hatten, a u s z u s c h l i e ß e n, rückgängig gemacht, nachdem die betr. Meister erklärt hatten, sich auf den Boden der Innungsbeschlüsse zu stellen.

Algem. Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen

(früher Meyer'sche Kasse).
Sonntag, 13. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, Große öffentl. Mitglieder-Versammlung.
 bei Haase, Große Frankfurterstr. 117:
 Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion. 2. Stellungnahme zu den Delegiertenwahlen. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. — Von den Herren Ärzten haben nur die durch Karte geladenen Zutritt. **Arbeiter und Arbeiterinnen!** Die Zeit der Entscheidung ist gekommen. Wer nicht gewillt ist, sein Wohl und Wehe in die Hände des Vorstandes, der Arbeitgeber und Kassenbeamten zu legen, der erscheine in dieser Versammlung. Insbesondere werden hierdurch noch einmal die organisierten Steinmetzen und Steinseher, Ristenmacher und Böttcher auf diese Versammlung aufmerksam gemacht. Auch die Herren Mitglieder des „Vereins Berliner Kassenärzte“, welche uns bei der vorigen Versammlung so reger durch Verteilen von Flugblättern in ihren Sprechstunden unterstützt haben, werden ersucht, auch diesmal ihr Möglichstes zu thun.

Im Auftrag der Kommission: Fr. Anna Jäger, Hermannstr. 33.

Verein der Buchdrucker für Rixdorf-Britz.

Sonntag, den 13. Oktober 1895, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
 in Kummer's Salon, Berlinerstraße Nr. 55.
 Tages-Ordnung:
 1. Statutenberatung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.
 Hierzu ladet alle in Rixdorf-Britz wohnenden respektive beschäftigten Kollegen ein.
 Der Vorstand.

Achtung! Vergolder! Achtung!

Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 10 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
 in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57.
 Tages-Ordnung:
 Die Situation unseres Streiks.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Die Lohnkommission.

Metallarbeiter!

Montag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Louisestädtschen Concerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37:

Versammlung
 sämtlicher Vertrauensleute der Metallarbeiter.
 Tages-Ordnung:
 „Der gegenwärtige Stand der Berliner Metallarbeiterbewegung.“
 Kollegen! In den letzten Wochen sind eine Reihe von Erscheinungen zu Tage getreten, zu deren Klärung es geboten erscheint, eine Aussprache der Vertrauensleute der verschiedenen Organisationen der Metallarbeiter herbeizuführen. Erscheint deshalb zahlreich und pünktlich.
 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
 Otto Naether, N., Anklamersstr. 44.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 13. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr,
 bei **Buske, Grenadierstraße Nr. 33:**
Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes.
 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen werden die Mitglieder gebeten, vollständig zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Morgen, Sonntag, den 13. Oktober, in Keller's großem Festsaal, Koppenstraße 29:

Zehntes Stiftungsfest.

Auftreten der Gesellschaft **Strzelewicz, Festrade**, gehalten vom Kollegen **Router**. Zum Schluss: Lebendes Bild: **Das Erwachen der Freiheit**, ausgeführt von Mitgliedern des Verbandes unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins **Dämmerlicht** (Mitgl. des M.-S.-V.).
 Nach der Vorstellung: **Tanz**.
 Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
 Eröffnung 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Billets à 25 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen sowie bei **Kirsten**, Koppenstraße 28, zu haben.

Montag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Sadstraße 12

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Maurer** über: „Arm und Reich.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Montag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Friedrichsberg, 34:
Versammlung für Friedrichsberg.
 Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht.
 NB. Die Kollegen werden ersucht, die Fragebogen recht bald abzuliefern.
 Der Vorstand.

Louisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstrasse 37.

Sonabend, den 12. Oktober 1895:

Stiftungs-Fest

des **Sachver. der Musikinstrumenten-Arbeiter**
 bestehend in **Konzert, Gesangs- und Theater-Aufführungen**, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „**Edelmuth**“ (M. d. M.-S.-V.) und der Theater-Gesellschaft **Strzelewicz**. Die Musik wird ausgeführt von Mitgliedern der „**Freien Vereinigung der Zivil-Verfassungsmusiker**“. Nach dem: **Grosser Tanz**.
 Anfang 8 Uhr. — Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
 Billets sind zu haben im Restaurant **Naunynstr. 78** und bei den Vorstandsmitgliedern.
 NB. Sämtliche Zuschriften die Werkstatt-Kontrollkommission betreffend, sind zu richten an **G. Darsow**, Grünauerstr. 25. Ebenso sind die Listen von dem Streik von **J. Pfaffe** bis zum **21. Oktober** bei demselben abzurechnen.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der angesprochenen **Schuhmacher** in **Erfurt** werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Belleallianenstr. 98/99** und **Rosenthalerstr. 63/64** in vorzüglichster Beschaffenheit trotz andauernder Leder-Steigerung noch zu den billigen alten Preisen verkauft. Wir bitten uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.



Achtung! Vergolder!

Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr,
 im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Monatsversammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Ad. Hoffmann** über: „Was hat der Arbeiter von der heutigen Gesellschaft zu erwarten.“ 2. Diskussion. 3. Kassenbericht vom 3. Quartal 1895. 4. Errichtung einer Zahlstelle in Rixdorf. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
 NB. Die Versammlung beginnt punkt 8 Uhr und wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Tapezierer (Filiale Zentrum).

Sonnabend, 12. Okt., abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Pajsch, Alte Jakobstr. 39:**

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Der Streik bei Scholz Nachf. in Schöneberg. 347/4
 2. Bericht, betreffend die Bibliothek.
 3. Wahl eines Hilfskassiers.
 4. Verschiedenes.
 NB. Das diesjährige Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 26. Oktbr., im Louisestädtschen Concerthaus, Alte Jakobstr. 37, statt. Billets zu haben in obiger Versammlung.
 Die Ortsverwaltung.

Auktions-Anzeige.

Sonnabend, den 12. Oktober, nachm. 3 Uhr, werde ich **Hustitenstr. 66** aus einer Streifsache diverse **Roth- und Weißweine, Rum und Cognac**, sowie ca. 80 Rille gute Cigarren öffentlich versteigern.
F. Cavello, Aukt. u. Taxator, Hustitenstr. 66.

Kaffee-Restaurant

Empfehle mein neu eröffnetes **Kaffee-Restaurant** mit **Billard u. Lesezimmer**. Auswahl von ca. 20 Zeitungen all. polit. Richt., u. a. **Leipziger Tagebl., Leipziger Volkszeitung, Zukunft, Sächsische Kultur, Neue Zeit, Kaffee 10 Pf., Weiß- u. Bair. Bier à Glas 10 Pf., Billard 30, b. Licht 40 Pf., H. Schurig, Dresdenerstraße 128/129 (Kottbuscher Thor). 685b**

Empfehle Freunden und Genossen mein **Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal**. **J. Böhm, Fruchtstr. 66, früher Langestr. 70.** 665b

Boltz' Festsäle,

S., Alte Jakob-Strasse 75.
 Dienstag u. Donnerstag: **Spezialitäten-Vorstellung**. Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen.
 Telefon Amt I, 1082. 3294L*

Paster's Festsäle

Neue Königstr. 7.
 Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. 33891L*

Mart. Berndt's Würfelstube

empfehle nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen **Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch**. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: **ff. Eisbeins**. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet **Marlin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstrassen-Gcke.**

Ein altes **Ball- und Gesellschafts-Lokal**, Sommer- und Wintergeschäft, von gutem Publikum besucht, 10 Jahre im Besitz, ist wegen zur Ruhelegung zu verkaufen. Näheres zu erfragen bei **M. Boigt, Neuen-Göln a. B. 2, nahe d. Röhrlstr.-Brücke.**

Offertire **Waldbügel** jeder Art, **Papageien, Wellenfittiche, Zwergpapageien, Tigerfinken, Käfige, Universalfutter für Insektenfresser**. Streng reelle Bedienung.
Alb. Hoffmann, Reinickendorfer-Straße 64c, Bahnhof Wedding.

Für Anfänger!

Fanklemperei, verbunden mit **Gas-, Wasser- und Kanalisations-Anlagen**, seit 20 Jahren bestehend, ist **Verhältnisse halber sehr preiswerth** zu verkaufen.
 Offerten unter **A. 48, Postamt 48**, erbeten. 691b

Achtung! Parteilgenossen des 4. Wahlkreises (SO.).

Kommunalwähler-Versammlung

am **Sonntag, den 13. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr,**
 in **Henke's Lokal (Neuz), Naunynstr. 27.**
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: **Stadtverordneter Bernhard Bruns**. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten für den 13. und 15. Kommunal-Wahlbezirk.
 Die Vertrauenspersonen.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

2 große öffentliche Volks-Versammlungen.

1. **Sonntag, 13. Okt., vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsälen** (großer Saal), **Penitzstr. 21.**
 2. **Montag, 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstr. 178.**
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 1. Was will die Arbeiter-Bildungsschule in Zukunft für das arbeitende Volk leisten?
 Referent **Schriftsteller Heinrich Schulz**.
 2. Diskussion.
 Bei der für die gesammte Arbeiterschaft gleich wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch
Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Bezirks-Versammlungen:
Moabit. **Sonntag, 13. Oktober, vormitt. 10 Uhr, im Viktoria-Salon, Verlegerstr. 13.**

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Wiedemann** über: Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Zu dieser Versammlung sind folgende Werkstellen eingeladen: **Hergesell, Wilhelmshafenstr. 28, und Horzor, Stendalerstr. 6.** 78/4

Wedding und Gesundbrunnen.

Sonntag, 13. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Die Kollegen der folgenden Werkstellen sind zu dieser Versammlung eingeladen: 1. **Springborn, Liebenwalderstraße 31;** 2. **Jordan, Triftstraße 43;** 3. **Dewald, Schulstr. 3;** 4. **Gebäude Schaar, Chausseestr. 39;** 5. **Königsdörfer, Müllerstr. 8;** 6. **Heinemann, Reinickendorferstr. 23d;** 7. **Knoll & Bittner, Schulstr. 51;** 8. **Walther, Koloniestr. 39,** sowie alle **Drechsler und Bürstenmacher des Nordens.**
 Die Kollegen werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Große öffentliche Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher

am **Sonntag, 13. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Rehlitz, Bergstraße 12.**
 Tages-Ordnung:
 1. Situationsbericht des Streiks. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann.

Achtung! Holz- und Bretterträger Berlins u. Umg.

Dienstag, den 15. Oktober 1895, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
 im Saale des Herrn **Henke, Naunynstraße Nr. 27.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **H. Millarg** über: „**Fortschritt und Armut**.“
 2. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Einberufer: G. Pelz.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, 13. Oktober e., nachmittags 4 Uhr, bei Wilke, Andreasstraße 26:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Blarock** über: Die Stellung der Frauen im Kampfe ums Dasein. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1895. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 31/5
 Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.**
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste, Frauen wie Männer, willkommen. 31/5
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Röpenick. Öffentl. Versamml. d. Sozialdem. Arbeitervereins

am **Dienstag, den 15. Oktober er., abends 8 Uhr,**
 im **Vereinslokal des Genossen A. Schulz, Schönereindstraße.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Hrn. Dr. Pinn** über: „**Die Geschichte als Lehrmeisterin**.“
 2. Diskussion. 7/6
 3. Wahl eines Schriftführers.
 4. Sonstige Vereinsangelegenheiten.
 Um pünktliches u. zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Stockarbeiter!

Sonntag, d. 13. d., vorm. 10 1/2 Uhr, b. Keller, Koppenstr. 29:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Gen. Hengel**: „**Die Stockarbeiter u. ihre Organisation**.“
 2. Diskussion. 3. Statutenänderung. 4. Abrechnungen. 5. Vorstandswahl. 175/4
 6. Verschiedenes.
 Um pünktlichen und zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Zur Sicherung der Arbeiter gegen Lohnverluste durch den Bauschwindel

hat der Ausschuss der Weisheit aus dem Arbeiterstande des Gewerbegerichts Berlin seine Thätigkeit begonnen. Um deren Ziel und Zweck den Arbeitern in Berlin und außerhalb klar zu legen und sie zur Mitarbeit anzuregen, hat der Ausschuss die nachstehende Reihe von Artikeln ausarbeiten lassen, die er besonders den Bauarbeitern zur Beachtung empfiehlt.

Im Auftrage: Millarg.

Nur auf dem Lande und in solchen Städten, deren Einwohnerzahl garnicht oder nur sehr langsam wächst, kann das Baugeschäft sich damit begnügen, nur für das Bedürfnis, wie es augenblicklich vorhanden ist, zu arbeiten. In größeren Orten, die schnell wachsen, muß die Bauthätigkeit notwendig dem Bedürfnis voraus eilen, wenn nicht für die Mehrzahl der Bewohner, für die Miether, schwere Nothstände eintreten sollen. Ohne die Bauspekulation würde man an solchen Orten aus der schwersten Wohnungsnoth gar nicht herauskommen. Die Spekulation erfüllt also eine berechtigte wirtschaftliche Aufgabe, indem sie dafür sorgt, daß der Mehrbedarf an Wohnungen, den Zugang neuerliche Volksvermehrung, steigender Wohlstand, Abminderung und anderweitige Verwendung vorhandener Wohngebäude und ähnliche Umstände hervorgerufen, nicht nur immer volle Befriedigung findet, sondern daß auch noch immer ein angemessener Ueberschuß vorhanden ist.

Es ist also die Spekulation im Baubetrieb an und für sich durchaus berechtigt und in der heutigen Ordnung der Dinge absolut nothwendig.

So lange Berlin und andere große Städte sich erheblich vermehren, hat es also dort auch Bauspekulation gegeben, und so lange das Wachstum der Orte und die Vermehrung des Wohlstandes mit einer gewissen Regelmäßigkeit stieg, war diese Spekulation ein ziemlich sicheres Gewerbe, das die Bauunternehmer schnell zu Vermögen brachte. Wenn auch, wie es bei keiner Spekulation anders sein kann, ab und zu ein Spekulant verunglückte, sah man darin keinen großen Uebelstand, sondern nahm dies als eine Nothwendigkeit hin.

Als Berlin seit den sechziger Jahren sehr lebhaft zu wachsen begann, beizte sich die Bauspekulation selbstverständlich mit diesem Wachstum nicht nur Schritt zu halten, sondern ihm zuvor zu kommen, und was in Berlin geschah, that man an allen Orten, in welchen sich ähnliche Verhältnisse zeigten.

Es bildeten sich kapitalkräftige Baugesellschaften, man suchte den Kredit der Bauspekulation durch Baubanken zu organisieren, um die günstige Gelegenheit zum Geldmachen bis auf das Letzte auszunutzen. Die Bauspekulation steigerte sich ungemein und wurde bald ein recht gewagtes Geschäft. Die Kapitalisten sahen sich veranlaßt, um sich vor Verlusten zu decken, eine weitergehende Ausnützung der Winkelsäge unserer Rechtsinstitutionen zu organisieren.

Wenn man sich früher hauptsächlich der Ehefrau als Deckung vor Verlusten bei fehlschlagenden Spekulationen bediente, indem man ihr das Eigenheim übertrug und so die Gläubiger prellte, fand man dieses Verfahren jetzt nicht mehr ausreichend und auch nicht unbedenklich. Es zeigte sich, daß das früher nur nebenbei angewandte System der „Strohmannen“ eine weit bessere Deckung gebe, und auch nicht so offenbar den Schwindler bloßstelle, als wenn er vor den Gläubigern sich hinter die Ehefrau zurückziehen müßte.

Die „Ehefrau“ behielt man, man konnte sie also höchstens zwei- bis dreimal zu ähnlichem Schwindel benutzen, Strohmänner konnte man alle Tage nach Bedarf haben und sie nach den Umständen wechseln. Das war ein großer Vortheil.

Unsere Juristen, und die veränderten Formen unseres Gelehrten-Rechtes, besonders die Hypotheken-Ordnung und die formalen Anwendungen der Lehren vom Betrage, wie sie bei unseren Gerichten im Gebrauch sind, gaben für den Schwindel so lockende Pfade, daß es zu verwundern gewesen wäre, wenn die Schwindler diese bequemen Wege nicht eingeschlagen hätten.

Es entstand das Bauen durch ganz mittellose Personen auf Baugelder und Dammo-Hypotheken. Ein „Geldmann“, der eigentliche Bauspekulant, will einen Bau ausführen. Er besitzt den dazu nötigen Boden oder erwirbt ihn. Als Eigentümer des zu bebauenden Landstückes wird ein ganz mittelloser Strohmännchen eingetragen, dem zugleich eine gewisse Geldsumme, die aber zur Fertigstellung des Baues nicht ausreicht, so zur Verfügung gestellt wird, daß ihm in der Regel das Geld nicht selbst in die Hand gegeben wird, sondern daß er es erst dann erhält, wenn durch den Werth des ausgeführten Baues die Note der ihm gewährten Baugelder erheblich überschritten ist, so daß die Baugelder dem Spekulantem unbedingt sicher stehen.

Wenn nun der Bau weiter schreitet, werden womöglich noch andere Hypotheken bis zu einer gewissen Höhe eingetragen, die Dammo-Hypotheken. Weil diese nicht mehr ganz so sicher stehen, wie die Baugelder-Hypothek, so wird bei Auszahlung der Gelder ein starker Abzug, das „Dammo“, gemacht, das selten unter 10, oft aber über 30 pCt. beträgt. Mit diesen Hypothekengeldern werden Bauhandwerker gelöhrt, um sie zur Ausführung der zur Fertigstellung des Baues nötigen Arbeiten auf Kredit zu veranlassen. Um sie besser heranzubekommen, werden ihnen Sicherheits-Hypotheken, die nach der Dammo-Hypothek stehen, gegeben. So wird der Bau fertig, ohne daß der vorgeschobene „Bauherr“, der ins Hypothekenbuch eingetragene Strohmännchen des Spekulantem, irgend einen Pfennig eigenes Geld dazu gebraucht hat. Im Gegentheil, er hat in der Zeit des Baues von den Baugeldern und den Dammo-Hypotheken noch gut; oft sogar verschwenderisch gelebt. Um sein Einkommen zu erhöhen, hat er zuweilen noch von dem ihm auf Kredit zum Bau gelieferten Material ansehnliche Mengen verkauft.

Hat der Strohmännchen noch eine kleine Summe eigenes Vermögen, so deckt er dieses dadurch, daß er zwischen sich und den Bauhandwerkern und Arbeitern noch einen anderen Strohmännchen, einen „Bau-Unternehmer“ stellt, der noch weniger besitzt als er, und dieser nimmt wo möglich noch einen Polier, Putzmeister oder eine ähnliche Person als „Sub-Unternehmer“ an, so daß oft drei bis vier Strohmännchen zwischen dem Handwerker oder Arbeiter und dem eigentlichen Bauspekulantem stehen.

Es soll nun durchaus nicht gesagt werden, daß immer und jedesmal diese Organisation des Baubetriebes von vornherein einen Betrug bezweckt. O nein! Wenn die Spekulation dem Bedürfnis nicht zu weit vorausgeeilt ist, findet das fertiggestellte Haus wohl Miether und Käufer, die kapitalkräftig genug sind, um die „Regulierung“ des Geschäftes zu bewirken, so daß die Bauhandwerker und Arbeiter bezahlt und die Hypotheken endgültig für längere Zeit fest geordnet werden. In diesem Falle sind alle Theile sehr zufrieden und preisen den Segen der heutigen Wirtschaftordnung, die ihnen guten Profit gegeben hat. Man beginnt nach demselben System sofort einen neuen Bau. Ein und derselbe mittellose

*) Dammo-Hypotheken sind solche Hypotheken, bei welchen erheblich mehr in das Grundbuch eingetragen wird, als der Darlehensnehmer erhält. Den Abzug, den der Darlehensnehmer erleidet, nennt man im Berliner Hypothekenvertrage „das Dammo“. Ein Drittel des ganzen Kapitals als Dammo sitzen zu lassen, ist nicht ungewöhnlich.

„Strohmännchen“ führt oft eine ganze Reihe von Bauten gleichzeitig für denselben oder auch für verschiedene Geldmänner. Sieben Häuser und keine Schlafstelle!

Was anderes ist es aber, wenn das Bedürfnis weit hinter der Spekulation zurückbleibt, wie es heut der Fall ist. Dann kann nur ein geringer Theil der ausgeführten Bauten zahlungsfähige Käufer finden. Den Verleibern der Baugelder und Dammo-Hypotheken droht Verlust. Die Strohmännchen haben ja nichts zu verlieren. Die ersteren bringen also das Grundstück zur Subhastation und da die ihnen im Hypothekenbuch nachstehenden Bauhandwerker nicht die Mittel haben, das Grundstück zu übernehmen, so fällt es dem Bauspekulantem oder dem mit ihm oft zusammenarbeitenden Besitzer der Dammo-Hypothek zu. Man sieht daraus, wie klug es ist, diese Dammo-Hypothek für den solch ein Grundstück im Wege des Zwangsverkaufes verkauft werden kann.

Ein geradezu musterhaftes Beispiel aus der Praxis, wie der Bauschwindel arbeitet, ist folgender Fall:

Im Jahre 1891 wurden während des Neubaus des Grundstückes Liegnitzerstr. 41 in Berlin folgende Forderungen in das Hypothekenbuch eingetragen:

133 615 M.	Kam. Baugelder
16 893 „	Wert u. Gütenide
6 000 „	Holzhandlung George u. Nikola
10 000 „	Bioe. Nordgauer (Dammo-Hypothek)
6 000 „	Töpfermeister
4 000 „	Fischermeister
2 000 „	Stänkermeister
4 000 „	Malermmeister
2 000 „	Schlossermeister
2 000 „	Gas- und Wasseranlagen-Fabrikant
300 „	Steinsehermeister
1 500 „	Zimmerpolier
188 150 M.	

Das Grundstück kam zur Subhastation, weil es keinen kapitalkräftigen Käufer fand, der die Hypothek regulieren und die Bauhandwerker anzahlen konnte. Es wurde dabei von der Bio. Nordgauer für 100 750 M. gekauft.

Diese Summe reichte zur Befriedigung der ersten fünf Schuldforderungen nicht ganz aus. Der Töpfermeister konnte statt 6000 M. nur 4400 M. erhalten, alle anderen Handwerker konnten aus dem Erlös des Grundstückes nichts erhalten und da der „Bauunternehmer“ auch sonst nichts besaß, fielen sie mit ihren Forderungen ganz aus. (Fortsetzung folgt.)

Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am 9. Oktober bei Bräunig, Rosenhalestr. 12, ihre Generalversammlung ab. Einleitend gab der Vorsitzende H. Schulz einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes während der Monate Juli bis September. Hieraus ging hervor, daß der Fortschritt der Schule während dieser Zeit kein befriedigender war; Hauptgrund ist die Thatsache, daß die Jahreszeit Juli-September für die Arbeiter-Bildungsschule die allerungünstigste ist. Nach dem Bericht des Obmannes Lachmann aus der Südost-Schule nahmen dort an dem Unterricht in den verschiedensten Fächern 90 Schüler theil. Diese Schule zählt 124 Mitglieder. Dem Bericht des Obmannes W. Indor aus der Nordschule war zu entnehmen, daß an den verschiedenen Fächern zusammen 87 Schüler theilnahmen. Der spezialisirte Kassenbericht des Kassirers Königs wies einschließlich eines Bestandes von 1392 M. eine Gesamteinnahme von 2925,85 M. auf, der eine Ausgabe von 1986,35 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von

Skizzen aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

(Schluß statt Fortsetzung.)

Der alte Richter erhob sich darauf, machte eine lange Pause, in der er auf und ab ging und fuhr dann wieder weiter fort:

„Ich habe schöne Tage mit Wilson verlebt, sehr schöne. Leider ruht er heute da aus, von wo man nicht mehr zurückkommt. Sie können sein Grab im Garten sehen, wenn Sie es wollen, und mich wird man an seine Seite legen, wenn das Sterben an mich kommen wird. Sie sind nun unterrichtet über mich und mein Verhältnis zu dem Dr. Wilson, und wissen auch, wo der Schatz geblieben ist, und warum er nicht in Ihre Hände gefallen ist. Und nun kommt ein Kapitel, das Sie mehr angeht, als das bis dahin erzählte. Sie haben mich im Verdacht gehabt, daß ich und die Wittve des Dr. Wilson eine zweideutige Rolle gespielt haben betreffs der Erbschaft; Sie haben sogar angenommen, daß vielleicht eine ganz fremde Person untergeschoben sei als Erbin, und ich habe Sie in diesem Glauben nicht nur gelassen; ja ich habe Sie darin sogar mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln bestärkt, und ich habe meine guten Gründe dazu gehabt. Wenn es ganz nach mir gegangen wäre, hätten Sie mich und Frau Maria Wilson sogar kriminell anklagen müssen und ich hätte eine schöne Ueberraschung für Sie vor, die sich in aller Oeffentlichkeit abspielen sollte; aber schließlich that sich ein anderer Wille in meinen Plan und so mußte ich mich denn begnügen, auf Ihren finanziellen Ruin zu warten. Er ist denn auch eingetroffen und ist von gewaltigem Eindruk gewesen, ein größerer Eindruk als der gewesen wäre, wenn Sie, wie ich es beabsichtigte, in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung die Dinge zu hören bekommen hätten, die Sie jetzt hier hören können. Ob der moralische Eindruk, den eine solche Verhandlung auf Sie gemacht hätte, nachwirkender gewesen wäre, als der Ruin, der über Sie gekommen ist, das bezweifle ich heute.

Meine lieben Landsleute hätten sich aus der kleinen Skandalgeschichte, in die Sie dadurch verwickelt worden wären, nicht viel gemacht, und Sie wären derselbe angesehene Mann geblieben, wie früher, mit einem kleinen pikanten Makel mehr und nichts weiter. Es ist so besser gewesen für mich. Jamohl, Don German, ich wußte schon von Ihnen, ehe Sie eine Ahnung hatten, daß ich auf der Welt war; und schon damals ging ich mit der Idee um, Sie unglücklich zu machen, und wenn es den ganzen blutbesteckten Schatz des Lopez gelöst hätte. Ich wollte Sie finanziell mit dieser Waffe ruinieren; das Geschick hat's schließlich selber gethan . . . nein

ich wollte Ihnen noch mehr . . . aber still davon. Jedenfalls war noch vor kurzer Zeit Ihr Leben nicht ganz so gesichert, wie Sie am Ende geglaubt haben. Ich habe Sie gefannt, als Sie damals von Muncion weggingen, und habe Sie verfolgt, als Ihr Name in Buenos Aires auftauchte als glänzendes Gestirn am dem Finanzhimmel von Argentinien, ohne Sie je aus den Augen zu lassen. Wenn Sie später dazu kommen werden, Ihre Geschäftsbücher zu prüfen, werden Sie sehen, daß ich einer Ihrer Hauptgläubiger bin, und dem Verlangen, Sie arm zu machen und elend, habe ich ein gutes Theil jenes Goldes geopfert, das ich mit meinem Blute besudeln mußte. Ich sah Sie, wie Sie mit Ihrem Schwiegervater zum ersten Male auf die Suche gingen im Arroyo; die Fußfessel, die ich Ihrem Pferde abgenommen habe, können Sie in meinem Zimmer hier auf dem Tische liegen sehen; ich wußte ganz genau, daß Sie an ganz etwas Anderes dachten, als hier auf Cerro Desgracias eine deutsche Kolonie anzulegen.

Warum das alles, werden Sie fragen? Sie haben mir doch niemals etwas zu leide gethan; haben mich selber nie in Ihrem Leben gefannt. Und doch hasste ich Sie wie meinen ärgsten Feind, und heute noch . . . zum wenigsten liebe ich Sie nicht . . .

Er hielt wieder eine zeitlang an. Winterfeld lag bleich in seinem Stuhl. Soust sah man ihm nichts an, und man hätte glauben sollen, daß ihn die ganze Sache nichts anging, wenn man ihn betrachtete. Der Alte prüfte eine zeitlang sein bleiches Gesicht und begann dann wieder:

„Ich habe alle Europäer gehaßt mit einer einzigen Ausnahme. Ich hätte nichts gegen die Weissen, wenn sie zu uns gekommen wären, um uns heranzuhelfen zu ihrer Höhe, auf der sie sich befinden, zu der Höhe edler Gesinnung, zu der ihres Wissens und ihres Könnens und der Gerechtigkeit. Ein solcher Mensch war der Doktor Wilson, der mich betrachtete wie einen Bruder, und der mit mir theilte, wie mit einem Bruder. Aber Ihr ändern alle, entweder mordend oder raubend mit Feuer und Schwert und jagend unsere armen wehrlosen Tribus, wie eine Meute Hunde den schutzlosen Hasen jagt und ihn zu Tode rennen läßt; oder, und das ist noch schlimmer, uns vergiftend mit der Hefe Eures Gemüthes, mit Heuchelei, Niedertracht und Lastern. Ich war ein armer Schelm, als mich der Dr. Wilson fand, ich konnte weder lesen noch schreiben; ich wußte weder etwas von dem was edel ist und nichtedel, von Gutem und Bösem. Ich lebte wie ein Thier zu leben pflegt. Er lehrte mich alles das, was er selber wußte; hatte Nachsicht mit mir und stand als Bruder an meiner Seite, bis er starb. Warum kommt Ihr nicht alle so! Aber Ihr kommt her und übertüncht uns mit dem armseligen Firnis, den Ihr

aus den Nesten Eurer schmutzigen Farbentöpfe zusammenkratzt, und wenn Ihr dann eine lächerliche Puppe aus uns gemacht habt, geht Ihr uns einen Fußtritt und schickt uns hinaus, in Euer Leben als erbärmliche Lumpen, als ekelhafte Zwitterdinge zwischen einem Thier und einem Menschen, damit wir untergehen und verderben. Eure Kaster lehrt Ihr uns, aber nicht Eure Tugenden . . . darum hasse ich Euch alle, was Ihr auch für Blut habt; Spanier zumeist; denn das waren die ersten, die hier eindrangten. Aber auch die anderen alle, wie sie heißen mögen, Italiener, Engländer, Franzosen und was Ihr noch für Rassen in Euerem Lande habt. Und Euer Mißthut habe ich, wie Euch selbst; die Bastarde, die Ihr in die Welt setzt, ohne sich um sie zu bekümmern, der Extrakt Eurer Lasten und der Barbarei, in der der Indianer lebt . . . und Ihr habt's ebenso getrieben . . . Ihr . . .

„Ja?“ stammelte der Deutsche, seinen Blick zu dem Alten aufschlagend, der vor ihm stand mit blickenden Augen und dessen weiße Haare sich zu sträuben schienen wie die Mähne eines Kampfalben.

„Ja Ihr . . . Ihr German Winterfeld . . . Ihr habt einmal ein Kind in Euren sündigen Armen gehalten, eine arme braune Waise, deren Vater getödtet wurde, wie ein Vieh im Chaco . . . Ihr kennt vielleicht noch den Gaucho Bonifacio, der dabei war; wenn nicht, so will ich ihn Euch zeigen . . . ein Kind, ein kleines Indianermädchen . . . Ihr schleppt es hinweg, wie man ein Cuati wegrägt, um ein Spielzeug zu haben für müßige Stunden, für die Langeweile, die Euch angeht, wenn Ihr nicht wißt, was Ihr anfangen sollt . . . und mit dem Ihr spielen wollt, wie Eure Weiber mit ihren Kagen. Warum habt Ihr das Kind nicht gelassen, wo es war, in seiner Wildniß, wenn Ihr es verstoßen wolltet, wie ein stinkendes Ras, nachdem es Eurer Lust gedient hatte, und nachdem Ihr es gestriegelt hattet und ein feines Kästchen aus ihm gemacht, das nicht mehr in der Pampa leben konnte und ebenso wenig unter Euch, den Europäern, wenn Ihr es verließet . . . O ja . . . eine Dirne zu werden auf den Straßen von Muncion, das war, was Ihr offen stand . . . und Ihr waret schamlos genug, Euch nicht einmal des armen Kindes zu erimmern, das sie unter dem Herzen trug . . . hundertmal besser wäre es gewesen, wenn sie ein Thier geblieben wäre unter Thieren, daß sie weiter gelebt hätte im Chaco, wo sie geboren war, als daß Ihr sie erst zum Weibe machtet und dann . . . psui über Euch . . . und darum hasse ich Dich . . .“

„Genoveva . . .“
„Ja, Genoveva . . . von ihr spreche ich . . . daß Ihr Euch noch wirklich ihres Namens erinnert . . . Glaubt Ihr, daß ein brauner Mensch nicht auch fühlt wie Ihr . . . wenn Ihr eine andere Liebe kennt als wir, warum lehrt Ihr sie uns denn kennen . . . warum laßt Ihr uns

939,50 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Für das nächste Halbjahr wurden Herr Wang und Herr Bär zu Revisoren gewählt; anstelle des ausgeschiedenen Revisors Platon wurde für dessen noch vierteljährig amtsdauer Herr Gago ernannt. Es entwickelte sich dann eine von Vorsitzenden H. Schulz eingeleitete ausgedehnte Debatte über zweckentsprechenden Ausbau der Arbeiter-Bildungsschule. Hauptgegenstand bildeten die in den Schulen zu behandelnden Lehrfächer und die Unterrichtsmethoden. Das Ergebnis der Debatte war die Annahme eines von Dr. Heymann gestellten Antrages, das Fach Naturerkenntnis fallen zu lassen und dafür vollständige Gesundheitspflege einzuführen. Ferner wurde bestimmt, die Unterrichts-Abende so zu regeln, daß ausschließlich ein Abend gänzlich frei bleibt; vielfach wurde der Dienstag gewünscht, auch Montag, vereinzelt kam Mittwoch in Vorschlag. Der Entscheid hierüber wurde dem Vorstand mit der Maßgabe überlassen, daß die neue Einrichtung am 15. Oktober in Kraft zu treten hat. Schließlich wurde dem Vorstande noch aufgetragen, die nötigen Vorarbeiten zu einer umfangreichen Agitation für die Arbeiter-Bildungsschule recht bald in Angriff zu nehmen.

Eine Mitgliederversammlung der Zählstelle Berlin I des Verbandes deutscher Maurer beschäftigte sich am Sonntag in Cohn's Festhale, Weibstr. 20 unter anderem mit der Durchberatung des neu ausgearbeiteten Lohn tariffs. Er wurde ohne wesentliche Änderung anerkannt. Hieraus wählte die Versammlung den Kollegen S t a a t s für Moabit zum Hilfskassierer. Derselbe löst seit jedem Samstagabend von 8-10 Uhr bei Bachstein, Salzweberstr. 15. Einige Kollegen im Norden hatten dem Hilfskassierer Trill, Hönrichsplatz, Unregelmäßigkeiten nachgesagt. Das hat sich als bloße Fiktion entpuppt, die von Indifferenten herrührt. Auf Vorschlag der örtlichen Verwaltung beschloß die Versammlung, am ersten Weihnachtst-Feiertag im Feen-Palast eine Matinee zu veranstalten und beantragte das Vergütungs-Komitee, mit der Direktion des Feen-Palastes die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Zum Schluß gab der Bevollmächtigte bekannt, daß in der nächsten Mitgliederversammlung der „Neue Welt-Kalender“ zur Ausgabe gelangt.

Im Verein der Blätterinnen und verwandter Berufsgenossen Berlins gab am 6. Oktober in einer Versammlung bei Wille, Androsstr. 26, die Kassiererin den Vierteljahresbericht. Einschließlich des Saldoes vom zweiten Quartal betrug die Einnahme 427,94 M., die Ausgaben beliefen sich auf 99,92 M., so daß ein Bestand von 328,02 M. übrig blieb. Beim Sommerfest ist ein Defizit von 64,85 M. gemacht worden. In der Unterhaltungskasse betrug, einschließlich 75,40 M. früheren Bestandes, die Einnahme 165,80 M., die Ausgabe 83,65 M. Die Kassiererin erhielt Decharge. Hierauf referierte A. G o s s m a n n über das moderne Raubritterthum. An der Diskussion über den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag beteiligte sich Frau S c h u l z. Aus der dann vorgenommenen Wahl von drei Revisorinnen gingen Fräulein V o r n e m a n n, Fräulein K a g e l e r und Fräulein W o l d als gewählt hervor. Die Delegierten im Gewerkschaftsartikell soll aufgefördert werden, Mittheilung zu machen, wenn dort Beschlüsse gefaßt werden. Beschlossen wurde noch, die Versammlungen wieder Dienstags abzuhalten.

Deutscher Holzarbeiterverband. In einer Branchenversammlung der Parquetbodenleger, die am 8. Oktober über die Frage verhandelte: Wie stellen sich die Kollegen etwaigen Abzügen gegenüber? wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß es unmöglich sei, auch nur noch die geringste Lohnreduzierung zu ertragen. Würde von einzelnen Unternehmern resp. deren Stellvertretern angeführt, einzelne Kollegen könnten noch so viel verdienen, daß sie das Gehalt eines Buchhalters erreichten, so sollten diese Herren auch die Verdienste der schwächeren Arbeiter in den Kreis ihrer Lohnstatistik ziehen. Sie würden alsdann wohl ein hässliches Bild von dem Durchschnittsverdienst eines Bodenlegers bekommen, als wenn sie nur immer mit A u s n a h m e n rechneten. Außerdem sollten die Chefs resp. deren Vertreter auch damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit im Bodenlegergewerbe jährlich höchstens 35 Wochen ansähe. A l l e r s e i t s wurde in der Verhandlung noch das Verhalten der

jenigen Parquetbodenleger getadelt, die von Berlin aus nach Hannover Arbeit genommen haben und dort die Kollegen schwer schädigen. Es sollen in nächster Zeit Maßregeln getroffen werden, um derartige bedauerliche Uebelstände möglichst zu beseitigen.

Holzarbeiter. Eine von über tausend Personen besuchte öffentliche Versammlung der Holzarbeiter (Züchler, Drechsler, Wärfenmacher etc.), sollte am 7. Oktober in Keller's Festhale, Kopenstr. 29. Stellung zu der Frage nehmen: Wie können die Holzarbeiter Berlins die gegenwärtige günstige Geschäftsperiode zu ihrem Vortheil ausnützen? Vor Eintritt in die Tagesordnung machte W i e d e m a n n Mittheilung von dem Streik in der Telefonapparate-Fabrik von W e l l e s, Engelstr. 1a, und ersuchte, da eine am Sonntag stattgefundene große Versammlung der Arbeiter jener Branche den Streik als berechtigt anerkannt habe, die Ausständigen nach jeder Richtung hin zu unterstützen. Ferner verwies er auf den sehr günstig verlaufenen Streik der Bürsten- und Pinselmacher, wüßte über im „Vorwärts“ schon berichtet worden ist. — Hierauf gab der Referent T h e o d o r G l o c k e ein übersichtliches Bild der heutigen Wirtschaftsweise und zeigte, wie das Unternehmertum bei ungünstigerer Geschäftslage stets befristet war, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu kürzen, und daß leider die bestehende Organisation viel zu schwach war, diese Angriffe nachdrücklich abzuwehren. Wiederholte, durch das Ausstehen von Stellbrechern trotz großer finanzieller Opfer verunglückte Streiks einzelner Werkstätten bewiesen nur genüge den ungenügenden Indifferentismus der Berliner Holzarbeiter, und eher sei an ein erfolgreiches Vorgehen auf der ganzen Linie nicht zu denken, ehe nicht wenigstens zwei Drittel aller Holzarbeiter Berlins organisiert seien. (Beifall.) Die Diskussion dehnte sich bis gegen Mitternacht aus. Eine Reihe Unabhängiger gestiel sich in Angriffen auf die Zentralorganisation und deren Beamte und plädierte für Wiedererrichtung des früheren Fachvereins, der nach ihrer Meinung weit eher geeignet sei, die Interessen der in Berlin lebenden Holzarbeiter zu vertreten, als der Verband es angeht. Den Herren wurde von der anderen Seite, der des Verbandes, erwidert, daß der Streik um die Organisationsform ein müßiger ist und daß sie sich, anstatt fruchtlos zu kritisieren und zu negieren, dem Verband anschließen sollten, um die Abstellung etwaiger Mängel herbeizuführen. Erweise sich dies als unausführbar, so würden sie ja mit ihrer Vorliebe für einen isolierten Verein eher als so den gewünschten Triumph erleben. Infolge der durch die Unabhängigen verursachten unfruchtbaren Debatte kam die Versammlung zu keinem Resultat. Es wird deshalb nächsten Montag in demselben Lokal eine neue abgehalten werden, in der Genosse K a r l K l o s aus Stuttgart sprechen wird.

Sattler. Die Versammlung vom 9. d. Mts., die im Brochmann'schen Saale tagte, erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. S a s s e n b a c h berichtete zunächst über die Einnahmen und Ausgaben, die bei den jüngst beendeten Streiks von Loh Eöhne und Loh zu verzeichnen waren. Eingegeben sind für Streikzwecke aus Berlin 827 M. und aus Oesterreich ca. 180 M., außerdem ist noch eine beträchtliche Summe von der deutschen Kollegenchaft gesammelt worden. An Streikunterstützung wurde vorausgabt 1008 M. Der Berichterstatter erwähnte, daß die Kosten für die Thätigkeit des Einigungsamts in Sachen Loh Eöhne vom Magistrat getragen werden. Einwendungen gegen den Bericht wurden von keiner Seite gemacht. Ueber die gegenwärtige Situation an den Orten, wo deutsche Militärarbeit angefertigt wird, machte der Redner die Mittheilung, daß sich überall die Kollegenchaft regt, um höhere Preise zu erzielen. Im Rheinlande besonders haben in jüngster Zeit zahlreiche Versammlungen sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Eine in K o i s d o r f bei Köln unter dem Vorsitz des Pfarrers (I) abgehaltene Versammlung nahm gleichfalls einen durchaus günstigen Verlauf; in einer Vergleichsstellung am folgenden Tage gab der Fabrikant die bestimmte Erklärung ab, daß er jederzeit die in Elberfeld-Vormen festgesetzten Preise zahlen wolle. Die Kollegen am letzteren Orte haben ihre Ansicht, Forderungen (7 Mark für den Tornister etc.) zu stellen, bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben, wo die Differenz in der Bezahlung in Berlin und Elberfeld

einigermaßen ausgeglichen ist. Man erwartet allgemein, daß die Berliner Anhalten treffen, damit sie mit ihrem Lohn den Kollegen der Provinzorte wenigstens nicht nachstehen, weil diese sonst verbittert werden, Mehrforderungen geltend zu machen. (Beifall.) F ü r s c h ergänzte diese Ausführungen. In Berlin wird durchschnittlich 150 M. weniger für einen Tornister gezahlt, als in Elberfeld-Vormen; selbst die kleinen Orte haben höhere Preise als die Reichshauptstadt. Auf das Schreiben der Lohnkommission an die Fabrikanten betreffend Lohnreduzierung für deutsche Militärarbeit hat keiner der Herren geantwortet. Die Arbeiter der Firma S c h u l z Nachfolger in S c h ö n e b e r g sind sich nun dahin schlüssig geworden, am Donnerstag die Forderung von 6 M. für Tornister und 1 M. für Patronentaschen zu stellen. Sie sehen voraus, daß die gesammte Kollegenchaft hinter ihnen stehen wird. Nach einer eingehenden Diskussion, in der das Vorgehen der Schöneberger Kollegen allseitig gebilligt wurde, beschloß die Versammlung mit Einstimmigkeit eine Resolution des Inhalts, daß sie mit der Forderung: 6 M. für den Tornister, 1 M. für die Patronentasche und Abschaffung der Theilarbeit — vollständig einverstanden ist und den kämpfenden Unterstützung nach jeder Richtung hin zusichert. — Die Lohnkommission wurde nachdem um drei Personen verhäkrt.

Goldschmiede. In der von der Reuner-Kommission zum 1. Oktober einberufenen öffentlichen Versammlung für sämtliche in der Gold- und Silberwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde über aufzustellende Forderungen verhandelt. Wie F a b e r mittheilte, haben in der vorhergehenden Woche drei Branchenversammlungen stattgefunden. In der Versammlung der Goldarbeiter wurde von einer Bewegung für bessere Bezahlung der Nachfeierabend-Arbeit Abstand genommen; in der Versammlung der Silberarbeiter wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, noch in diesem Herbst für bessere Bezahlung der Nachfeierabend-Arbeit energisch einzutreten; in der Versammlung der Goldarbeiter und Juweliere wurde festgesetzt, sich dieser Bewegung anzuschließen, außerdem eine Befreiung der Kellereiarbeit zu erstreben. — Faber legte des längeren die Schädlichkeit der Nachfeierabend-Arbeit sowohl in sanitärer wie in wirtschaftlicher Beziehung klar, beleuchtete die vorhandenen Mängel in den Werkstätten, besonders die der Kellereiarbeit, betonte die Nothwendigkeit, die in der Goldwaaren-Industrie größtentheils herrschende tägliche 9/10-stündige Arbeitszeit in allen Geschäften einzuführen, auch in der Silberwaaren-Industrie, wo fast durchgängig die 10-stündige Arbeitszeit noch besteht, um der Arbeitslosigkeit in etwas zu steuern, und verwies auf den Beitritt zum Zentralverband der Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen, als Vorbedingung zur Durchführung der zu erstrebenden Ziele. Redner gab sich der Hoffnung hin, daß es keines Ausstandes bedürfen werde, um die skizzierten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Diese letztere Ansicht wurde von den zahlreich Versammelten allerdings nicht ganz getheilt. Eine vollständige Befreiung der Nachfeierabend-Arbeit wurde nach Lage der Verhältnisse nicht für durchführbar, eine bessere Bezahlung derselben dagegen für nur gerechtfertigt erachtet, schon um deswillen, weil durch eine Vertheuerung der Nachfeierabend-Arbeit eine Beschränkung derselben von selbst eintreten werde. Versannnt wurde nicht, daß die Berliner Gold- und Silberwaaren-Industrie unter dem Drucke der auswärtigen Konkurrenz schwer zu leiden habe, doch wurde andererseits auch hervorgehoben, daß eine Beschränkung der Nachfeierabend-Arbeit nur im eigenen Interesse der Prinzipale liege und von diesen selber nach Möglichkeit betrieben werde. Festgestellt wurde, daß die „antidüden“ Geschäfte bereits die Nachfeierabend-Arbeit besser bezahlen und daß auch in den größeren Silberwaaren-Fabriken die 9/10-stündige Arbeitszeit besteht. Bezüglich der zu stellenden Forderungen wurden folgende Anträge gestellt: 1. Einheitliche Festsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden. 2. Ein Lohnaufschlag für Nachfeierabend-Arbeit von 50 pCt., für Nachtarbeit (von 10 Uhr ab) von 100 pCt. 3. Befreiung der Kellereiarbeit zu erzielen. Alle drei Anträge wurden fast einstimmig angenommen. Die Reuner-Kommission wurde beauftragt, die weitere Regelung dieser Angelegenheit mit den Unternehmern in die Hand zu nehmen.

denn nicht bei unsrer thierischen Liebe bleiben, daß wir uns paaren wie die Bienen im Kamp. Für Eure Liebe zwischen Euresgleichen habt Ihr Priester und Kirchen mit Pomp und Sacrament . . . Wenn Ihr die Ehen brecht, so ist es ein Sakrileg . . . so nennens, glaube ich, die Schwarzröcke, die Ihr uns hergebracht habt . . . aber es ist nur ein Sakrileg für Euch und für Eure weisen Weiber . . . und das arme Weib, das nichts hatte als Euch; nichts wußte, als was Ihr sie gelehrt hattet; die ganz allein dastand, noch ärmer war, als das Thier auf dem Felde, stießt Ihr kaltblütig von Euch, ohne einen Funken zu spüren, der Euch in Eurem Gewissen brannte . . . Darum, daß Ihr es wißt, habe ich es mir angelegen sein lassen, Euch zu ruinieren; wie ich es nur immer konnte und habe gewartet von Tag zu Tag auf diesen Augenblick, daß Ihr bettelarm vor mir stehen müßt, um Euch dann alles das zu sagen . . . wißt Ihr denn wahrlich nicht, wo Ihr seid . . . Ihr, der Ihr doch so gescheut seid in allen Dingen . . . habt Ihr denn noch keinen Augenblick daran gedacht, daß Ihr im Hause dieses braunen Weibes Euch aufhaltet, daß Ihr verrathen habt . . .

Und der Alte baute seine Hände, daß die Muskeln der Arme sich krampfhaft anspannten wie angezogene Saiten. Dann raunte er davon wie ein Verrückter. German Winterfeld sah eine lange Zeit da, ohne sich zu regen. Sein blaßes Gesicht erschien wie eine wächserne Maske, die keiner Veränderung fähig ist, und seine Augen starrten vor sich ohne Glanz und ohne Ziel. Wer ihn anschaute, konnte nicht wissen, ob er eigentlich in die Ferne sah oder in die Nähe, obwohl die Richtung seiner Augen nach dem Wein-gasse ging, in dem die Wespe sich mittlerweile erkauft hatte. Er sah auch die Wespe, das war sicher; aber er sah es nicht, daß er sie sah. Er hatte eigentlich auch keinen eigentlichen Gedanken. Sein Herz erschien erstarrt, wie sein ganzer Körper, und die Blutwelle, die durch seine Adern trieb, schien aufgehalten in ihrem Lauf und mochte nicht vorwärts und rückwärts. Vergeblich rangen dunkle Gefühle aus seinem Inneren hinauf zum Lichte des Bewußtseins. Sie tauchten immer wieder unter nach einem stummen Kampf in das dunkle unbekannte Chaos von unempfindlichen Gefühlen, die der Mensch sein ganzes Leben mit sich herumträgt, ohne daß sie ihm ein einziges Mal zum Verständnis kommen. — Endlich, lange Zeit ging hin darüber, da löste sich der Kampf, der ihn in seinen Fesseln hielt, und er brach in einen Strom von Thränen aus, und er senkte sein Haupt vor sich hin auf den Tisch und auf seine gefalteten Hände, und unter abgebrochenem Schluchzen quoll aus seinem Herzen alles das heraus, was jahrelang eingekerkert gewesen war und in dunklem Gewahrsam ein elendes Leben gefristet hatte. Und wie eine Quelle, die in unaufhaltsamem Strome sich aus der Tiefe ergießt, riß der neuerstandene Glaube an Liebe und Wahrheit alle die Schladen mit sich fort, die fünf Jahre sein dumpfes Grab gewesen waren. Und er weinte lange vor sich hin . . .

Es war schon Nacht, und die Leuchtkäfer tanzten wie hüpfende Sterne ihren Reigen auf dem weiten Kamp, als der Alte wieder erschien. Er setzte sich ruhig auf seinen Stuhl und sagte:

„Mein Pferd habe ich eben gestalltet, um heim zu reiten nach dem Flecken, Don German, und bevor Ihr hineingeht in das Haus, will ich Euch noch den Rest erzählen, den Ihr wissen müßt. Ich bin ruhiger geworden, und Ihr werdet es auch sein. Deswegen bin ich vorhin eine Stunde in dem Kamp umhergelaufen. Ich werde nicht mehr so heftig werden wie ich früher gewesen bin. Es giebt kein besseres Vernichtungsmittel für eine aufgeregte Seele als einen kleinen Spaziergang auf paraguayischer Erde; und wer krank am Geiste ist, sagte mein Freund der Doktor Wilson immer, soll hier sein Haus bauen im Kamp und Wald zwischen unseren beiden Strömen und er wird gesund werden. Und er hat's gemußt; denn er war ein guter Mensch und ein guter Arzt.“

Also ich muß darauf zurückkommen, daß Ihr damals davon gingt, um in Argentinien Euer Glück zu suchen in der Jagd nach dem Golde. Zu der Zeit war es, daß ich damals Genoveva kennen lernte, oder vielmehr der Doktor war es zuerst, der sie in Eurer Wohnung traf. Wilson hatte gehört, daß es Euch schlecht gegangen war bei Euren Geschäften, und daß Ihr einen Bankrott gemacht hattet, und er suchte Euch auf, um Euch eine Arbeit zu geben.

Ihr solltet damals den Cerro Desgracias ausmessen vorläufig; das andere hätte sich dann später gefunden. Nun, die Messung hab' ich dann später gemacht, wie Ihr gesehen habt. Wilson liebte es, Wohlthaten zu thun in einer Art, die niemand verlegte, und mandem hat er geholfen, der ohne ihn elend zu Grunde gegangen wäre. Er sollte Euch nicht mehr antreffen. Aber er fand Genoveva ohnmächtig auf der Erde mit einem Brief in der Hand. Wenn Ihr nicht wissen solltet, was in dem Briefe gestanden hat, so könnt Ihr ihn heute noch lesen. Er ist aufbewahrt worden. Er hat sie dann mitgenommen hier in sein Haus, als sie ihre Krankheit überstanden und er ist ihr alle Zeit ein liebevoller Vater gewesen. Er hat übrigens mein Vorhaben nie gebilligt, daß ich mit Euch hatte und meinen Haß. Aber mir war er zur zweiten Natur geworden; denn mir lag er im Blut. Ich habe mich niemals zu dem Christenglauben bekehren können, der da sagt Liebe für Haß. Ich sage Haß für Haß, und Liebe für Liebe. Aber am Ende hat er mir freie Hand gelassen und hat wohl vorausgesehen oder doch wenigstens angenommen, daß sich manchmal auch Haß in Liebe ändert, wenn auch nicht bei mir so doch bei anderen. Genoveva ist also bei uns geblieben. Die erste Zeit hat sie arg mitgenommen, und immer ist sie still gewesen, obwohl das nicht in indianischem Blute liegt. Der Doktor hat sie weiter unterrichtet in allem, was er selber gemußt hat, und sie hat so mancherlei gelernt, doch sie manche Dame aus Buenos Aires in den Schatten stellen kann, oder aus Europa. Als Wilson dann ans Sterben kam, hat er auch für sie gesorgt, daß

sie weiter leben konnte, wie wenn sie sein eigenes und einziges Kind gewesen wäre. Er wollte sie zuerst zur Erbin einsetzen, und es wäre auch dazu gekommen, wenn ich nicht davon abgerathen hätte. Es fänden sich hier immer Leute genug, die ihre eigenen Wege wissen, einer solchen Erbin, die gar nicht verwandt ist mit dem Erblasser, die Erbschaft abzuproffieren. Um allen solchen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, sind wir denn auf den Ausweg verfallen, sie ihm anzutrauen, obwohl das auch nicht so leicht war, wie es schien. Der Doktor Wilson war ein Rezer, wie die Schwarzröcke ihn nannten. Er hat jedenfalls an vieles nicht geglaubt, was diese gerade geglaubt haben wollen, und der Curd aus San Fernando weigerte sich deshalb, die Trauung zu vollziehen. Darauf bin ich viel herumgeritten bei allen möglichen Priestern; aber wie einer gehört hat, daß der Doktor Wilson es wäre, der sich verheirathen wollte, hat er sofort nichts wissen wollen davon. Am Ende haben wir dann einen aufgetrieben von denen, die hier im Lande umherziehen ohne bleibenden Ort, wo sie sitzen können, und dem war es recht. Er hat sich nicht daran gestochen, was der Doktor geglaubt hat oder nicht. Nur als er hörte, daß Genoveva noch nicht getauft war, verlangte er, daß sie sich vorher taufen ließe, und gab ihr dabei den Namen Maria. Als Frau des Dr. Wilson konnte man sie leicht und ohne große Schwierigkeiten zur Erbin machen und so geschah es, und der Doktor starb darauf in allem Frieden.“

Der Richter stand auf und sah auf seine laugen Sporen hinab, die er leicht mit seiner Reitpeitsche schlug, daß die großen plumpen Näder zitterten und klirrten.

„Unsere Wege trennen sich jetzt, Don German . . . ich habe meine Absicht erreicht und nicht viel mehr mit der Estancia Cerro Desgracias zu thun. In der letzten Zeit bin ich viel hier gewesen. Fast mehr hier als in meiner eigenen Wohnung. Das hört jetzt auf. Ich werde selten mehr kommen; höchstens wenn man mich einmal rufen sollte, um meinen Rath zu hören. Ich weiß mancherlei, obwohl ich ein alter Mann bin. Sie werden bald in der Lage sein, Ihre Geschäfte selber abzuwickeln. Wenn Ihr Haus auch zusammengefallen ist, so müssen Sie doch wenigstens die Trümmer davon schaffen, daß die Stelle sauber aussieht, wo es gestanden hat. Vielleicht findet sich auch mit der Zeit ein kleines Haus auf demselben Ort. Es kann ein einfacher Rancho sein aus Lehm mit einem Strohdach aus Kamp-gras, und braucht kein Palast zu sein, wie in der Calle Reconquista in Buenos Aires . . . Und wenn ich Ihnen am Ende noch einen Rath geben kann, dann geben Sie hin und versöhnen Sie ein armes betrogenes Frauen-berg . . . Eine Frau vergeißt immer . . . und diese erwartet Sie . . . gute Nacht.“

Wenige Augenblicke sah ihn German Winterfeld langsam über den Kamp reiten. Sein weißes Haar erglänzte im Licht des Mondes wie Silber, und er verstand allmählig in der Ferne.

Belle-Alliance-Theater

Belle-Alliance-Strasse No. 7/8.

Sonntag, den 13. Oktober 1895, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk:

Zum ersten Male:

Ein Volksfeind.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Die Verlosung beginnt um 1 1/2 Uhr.

Billets in den bekannten Geschäften, sowie in folgenden neuen: **SO.** Carl Holz, Glaserei, Wrangelstr. 92; **S. Berger**, Restaurant, Annenstr. 16; **SW. Freygang**, Restaurant, Schützenstr. 18/19; **Jubelt**, Restaurant, Lindenstraße 106; **Abromeit**, Gärtnerei, Blücherstr. 14; **Schröder**, Cigarrengeschäft, Kreuzbergstr. 15.

Kösliner Hof, N., Köslinerstrasse 8

(nahe Stadt-Bahnhof Wedding).

Dienstag, den 15. Oktober, abends punkt 8 1/2 Uhr:

2. Abonnements-Konzert

(Gesellschafts-Abend)

der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins.

Zur Aufführung gelangt u. a.: Overturen z. d. Opern „Stradella“ von Pjotow; „Rigenerin“ von Balfe. Streichquartette des gesammten Streichchors; Solis für Violon u. f. w.

Auf Wunsch: Overtüre zum Trauerspiel „Robespierre“ von Litolff.
Orchester: 50 vorzügl. Musiker. Dirigent: G. Grass.

Abonnementkarten à 1 Mark

(giltig für 5 Konzerte, auch als Familienbillet) in allen mit Plakaten belegten Handlungen und an der Abendkasse.

Einzel-Konzerte: Abendkasse 25 Pf. pro Person. Programme à 5 Pf.

Nach dem Konzert:

Familien-Kränzchen.

(Herren, die sich daran beteiligen, zahlen 30 Pf. nach.)

III. Abonnements-Konzert: Dienstag, den 22. Oktober 1895, im „Konzerthaus Sanssouci“.

Um rege Unterstützung bittet

Der Vorstand.

Renovirte Räume. **Geschäfts-Eröffnung!** Renovirte Räume.

Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß ich

Annenstrasse 42/43 (City-Passage)

eine Depilation nebst Weiß- und Bairischbier-Pokal eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, nur gute Speisen und Getränke bei soliden Preisen zu führen und bitte ich um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll **Carl Tacke** (früher Tischler).

Möbeltischlerei

und Polsterwaren-Fabrik

von **A. Schulz**, Reichenbergerstr. 5,

an der Ritterstrasse. — Gegründet 1878.

Liefere Wohnung-Einrichtungen unter Garantie in Aufbaum und Mahagoni von 240, 300, 400, 500, 600 bis 8000 Mk. in anerkannt gediegener Ausführung. Auch Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Billigste Preisberechnung. Preislisten franko.

Neueste Winterhüte

für Damen u. Kinder, garnirt u. ungarirt, empf. in reichster Auswahl zu billigsten Preisen

Th. Sabor, Dranienstr. 204,

zwischen Heinrichsplatz u. Mantuffelstraße. 3457L*

Geschäfts-Verlegung.

Am 1. Oktober habe mein Uhren-, Gold- u. Silberwaren-Geschäft von Reindensdorferstr. 2g nach **Pallisadenstr. 10** verlegt. **Winkler**, Uhrmacher. 6949L*

Möbel-Ausverkauf.

Zum 1. Oktober d. J. verlege ich meine Möbeltischlerei und Lager von Wohnungseinrichtungen nach der **Skalitzerstr. 6** und werden sämtliche Warenbestände wegen des Umzuges zu den billigsten Preisen verkauft.

Julius Apelt, Tischlermeister, **Sebastianstr. 20.**

Ananas-Bowle

ausgezeichnet, à Fl. 60 Pf., 10 Fl. 5,50 M. inkl.

Johannisbeerwein, herb à Fl. 60 Pf., Dessortwein, süß 75 Pf.

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl., Liter 1,20 M.

Alter Portwein u. Malaga, à Fl. 1,50 M., 10 Fl. 13,50 M. inkl.

Medicin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche 2,10 M.

empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,
6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brautweine alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak. **O. J. Engelke**, Neue Jacobstr. 26. Reinverkauf von 10 Pf. ab.

„Kaiserhof“, Cöpenick, Grünstrasse 35.
Endesunterzeichnet empfiehlt seine Gölle Vereinen und Gesellschaften jeder Größe. Gute Küche, billige Preise. 8880G* **F. Golecki.**

Billige, aber streng feste Preise.

Geschäfts-Eröffnung!

Besichtigung gern gestattet.

Waarenhaus R. Lewinberg

50. 54 Wrangelstrasse 54, 50.

Hierdurch theile mit, dass ich **Wrangelstr. 54** ein Waarenhaus für sämtliche Artikel der Manufaktur-Branche als: **Kleiderstoffe, Leinen und Baumwollwaaren, fertige Wäsche für Damen, Herren und Kinder, Tricotagen, Wollwaaren, Posamentier- und Weisswaaren, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe** etc. eröffnet habe. Durch meine Abschlüsse mit den grössten Fabriken des In- und Auslandes sowie mein Prinzip nur gegen sofortige Kasse einzukaufen, bin ich in der angenehmen Lage, die mich beehrenden Damen aufs Billigste zu bedienen.

Der Verkauf findet zu äusserst **billigen, aber streng festen**, auf jedem Gegenstand deutlich verzeichneten **Preisen** statt. 8450G*

Besichtigung gern gestattet.

R. Lewinberg,
54 Wrangelstraße 54.

Billige, aber streng feste Preise.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wintervermieter, Pensionate etc. In meinem einschüden grössten Möbelspeicher, Neue Königstrasse 69, L., sollen sofort circa 300 Wohnungseinrichtungen, vertheilt gemessene und neue, nur gediegene Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrath vertheilt gemessener Möbel, welche noch fast neu sind, und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große Gelegenheitsläufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnung-Einrichtungen für 20, 100, 200 Mk. zu liefern, ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500—5000 Mk., also billiger als jede Concurrenz und billiger als in jedem Auktionsgeschäft wegen Umzugs, Gaudabritz etc. Zuehziehung gestattet. Beantworte ohne Anzahlung, ohne Freierhöhung. Kleiderständer 12 Mark, Kommoden 6, Küchenspiegel 12, Saiten 5 Mark. Neue Aufbaum-Kleiderständer und Vericowas 20 Mk., Aufstehstuhl und Verticowas 25 Mk., Bettstellen mit Matratzen und Kissen 12 Mk., Sophas 18, Säulen-Kleiderständer, hochlegant 60 Mark. Truhen mit Säulen und Kristallglas 60, Cylindereureau, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibsecretäre 20 Mk., Glaskommoden 20 und 100 Mk., Pianinos, Pianesophas 75 Mark. Wäscherspinden, Kleiderständer mit Spiegelthüren, Frisirtisoleiten, Chaiselongues, Salongarnituren, Verticowas, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mk. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein einschüden grösstes und billigstes Möbelloager zu besichtigen und von den hundert billigen, aber festen Tapetpreisen zu überzeugen. Nur Ueberzeugung macht wahr das Ansehen kostet nichts. Gelaupte Möbel können 3 Monate kostenfrei auf meinem Lagerbehaltungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt auch nach außerhalb.



versendet eine gut gearbeitete **Concert-Zugharmonika** m. prachtvollem Orgelton, 10 Tasten, offener Nickelclaviatur, 50 starken Stimmen, 3-fachem 11-faltigem Doppelbalg, Balgfalten m. vernickelten Stahlblech-Schutzdecken, 2 Registern und Doppelbässen zu 5 M. 50 Pf. Dieselbe Harmonika mit 3 Registern und 70 starken Orgelstimmen zu dem billigen Preis von 8 M. Meinen neuen prachtvollen buntillustrierten Katalog versende ich an Jedermann umsonst und postfrei. Eine Schule zum Selbsterlernen mit Tänzen, Märschen und Liedern gebe zur Harmonika gratis.

Herren-Hüte

Jeder Hut nur 2 M. 70 Pf. Hochelegante Ausstattung.

Oscar Pusch
Brückenstr. 10 b.

Hohenzollern-Mäntel

und **Winter-Joppen.**

Wollfutter, Mustaschen, von einer Lieferung zurückgelieben, Hälfte Restpreis.

Neße zu Knaben-Anzügen spottbillig, Gelegenheitskauf.

Herrenhosen-Reste

von 3 Mark an umsonst zugeschnitten.

Münzstr. 4, Engel.



Arbeiter-Parteien

nur Hüte mit Kontrollmarke. Herren-Hüte 2.—, 2,50, 3.— u. f. w. ff. Haarthüte von 5.— an. Cylinderhüte von 4.— bis 12.—. Knaben-Hüte von 1.— an. Betrug ausgeschlossen, da ich nachweislich nur Hüte mit Marke führe.

Otto Gerholdt, Dreßenerstraße 2, Eds. Halberstraße. Größtes Lager in Damen- u. Herrenschirmen.

F. Nahrstedt,

45/46 Wrangel-Strasse 45/46

bringt sein, seit 25 Jahren mit größtem Erfolge betriebenes **Manufaktur-, Wäsche- und Wollwaaren-Geschäft** seiner geehrten Kundenschaft in empfehlende Erinnerung.

Besonders beachtenswerth zur Winterfaison sind:

Wollene Kleider-Lamas. — Mühlhauser Warps. — Flanelle. — Wollene Westen. — Sämtliche Unterkleider für Herren und Damen.

Stoffblousen. Schulterkragen.

Fertige Betten.

Zum rothen Cylinderhut!

Hüte **W. Zapel,**

3296G* mit **Arbeiter-Kontrollmarke.** **Skalitzerstr. 131**

neben **Frister & Rossmann.**

Gr. Auswahl in Schirmen. Gr. Auswahl in Pelzschachen

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner **Teppiche!! Gardinen!! Feinwaaren!!** **Portieren!! Steppdecken!! Fertigen Wäsche!!** zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf.

Am Stadt- **J. Brünn**, Hackescher Ecke Neue bahnhf. Börse. Markt 4. Promenade.

Damen- und Kinderhüte,

geschmackvoll garnirt und ungarirt, empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen 8906L*

Gustav Sabor,

Neben der Markthalle, Invalidenstrasse 159, Neben der Markthalle.

Wegen **Auflösung** meines **Eisenwaaren-Geschäfts Langestr. 102** werden die vorhandenen Bestände von Haus- und Küchen-Geräthen, Lampen, Werkzeugen, Beschlägen und sonstigen

Eisen- und Stahlwaaren schleunigst zu niedrigsten Preisen ausverkauft. 8458G*

E. Vogtherr, Langestraße 102.

Nordhäuser, Liköre, Cognac, Rum, Ungarweine!

Ein kleiner **5 Pf.** **Carl Schindler**, Str. 131.

alter **5 Pf.** 55. Chaussee-Strasse 55. 81. 131.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 12. Oktober.
Spernhaus. (Kroll's Theater.)
Martha. Phantasien im Bremer Rathskeller.
Schauspielhaus. Der Revisor.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Berliner Theater. Götz von Berlichingen.
Kessing-Theater. Gräfin Fräul.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Die Reise nach dem Mars.
Neues Theater. Der Militärstaat.
Schiller-Theater. Das Glas Wasser.
Residenz-Theater. Der Rabenwahr.
Vorher: Aber die Ehe!
Adolph Ernst-Theater. Paradebühnen.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Ein Kind der Liebe. Vorher: Ein kleines Mißverständnis.
National-Theater. Wilhelm Tell.
Theater Unter den Linden. Die Chansonette. Burlesken.
American-Theater. Bulgarien in Berlin. Die Millionenerbin von Nirdorf.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Sonnabend: Das Glas Wasser.
Sonntag Abends: Der Heerenkessel.
Ein Diener zweier Herren.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Regie: Max Samst.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Othello.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater

25/26. Chausseest. 25/26.
Heute: Zwei Vorstellungen der Lilliputaner.

Die Reise nach dem Mars.

Abends 7 1/2 Uhr: Zum 50. Male: 7 1/2 Uhr:
Nachm. 3 Uhr: Gr. Kindervorstellung, und die sieben Zwerge.
Sonntag, nachm. 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr: Die Reise nach dem Mars.
Kinder nachmittags halbe Preise.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 39. Male: Novität!
Eine tolle Nacht.

Die Reise nach dem Mars.

Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Will. Mannstädt und Julius Freund.
Musik von Julius Einödshofer.
In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Zum 40. Male: Eine tolle Nacht.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 40. Male:
Paradebühnen.

Paradebühnen.

Besetzung der Hauptrollen:
Anna Wäders, Josefina Dora, Ida Schlüter, Adolph Ernst, Julius Ephen, Hugo Hapfner, Richard Jürgas, Guido Ziescher, Karl Weich, Georg Worlichsch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kein Aufgeld.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Die Soireen der beliebtesten

Stettiner Sänger



(Maysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schrader)
finden statt
jeden Sonntag und Donnerstag:
Concerthaus Sanssouci,
jeden Montag und Freitag: **Victoria-Brauerei,**
jeden Dienstag: **Böhmisches Brauhaus.**

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.



42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Samoa).

Kaiser-Panorama

(Passage).
Letzte Woche: H. Cpl. Rieker Feste, Kanal, Hamburg. Eine Reise nur 20 Pf. Abonnent- u. Vereins-Biletts.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

!Salambo?

Durch grosse Concurrenz sind wir gezwungen, stets **Sensationelles** zu bringen!
Eine **exceptionelle Novität** ist?

Das Mannweib!!!

Das schöne Modell!!!
Mlle. Mary Arnotis!!!
jeden Abend 10 Uhr

Kaufmann's Variété-Theater

Königstrasse, Kolonnaden.
Ferner:
Das neue Programm.

Walhalla-Theater.

Oranienstr. 52, Moritzpl. neb. Wertheim.
Alfred Bender.
Poffe, Operette, Spezialitäten.
Ein Parvenü. Weibl. Waitäfer.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 62/63, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt!
Ganz neues Spezialitäten-Programm.
Wer ist der Vater?
Poffe von Anno. Musik von Grimm. Regie: E. Stempel.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.
Entree 10 Pf., 30 Pf.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Direktion: R. Winkler.

Circus Jansly-Leo.

Friedrich Karl-Ufer.
Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 Uhr:

Grosse Vorstellung.

Das grösste Ereigniss im Athleten-Sport:
Ringkampf **Pohl-Zillinsky** um die Meisterschaft der Welt.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachmittags 1 Kind frei.
Montag: Abschiedsvorstellung.

Feen-Palast

Purg- u. Wolfgangstr.-Ecke.
Enormer Erfolg! Einzig dastehend! Noch nie dagewesen!
Stephan & Olivier
die tollkühnen Luftturner.
Packend komisch! Alles schlagend Lachsalven! Alles überraffend! Schlager auf Schlager!
Täglicher Jubel!
W. Fröbel's Paradebühnen!
sowie das phänomenale aus 20 Glanznummern best. Programm.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Gegründet 1845. **Circus Renz.** Gegründet 1845.
Karlstasse.

Sonnabend, den 12. Oktober 1895, abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnungs-Gala-Vorstellung.

Festliche Begrüssung und Willkommens-Guldigung, der Reichshauptstadt und ihren Bewohnern dargebracht vom gesamten Herren- und Damenpersonal, in einer besonderen Art arrangirt vom Direktor **Fr. Renz**, endigend mit einer Polonaise. Nach derselben: Vorstellung der Schulkinderinnen **Fräul. Wally Renz**, **Frau Robert Renz**, **Miss Rita del Frido**, **Miss Blanche Cooke**, **Mlle. Dudley** und **Miss Fiori** sowie der Schulkinder **Mr. James Phillis**, **Mr. Gabarel** und **Herrn Ritter von Renroff**. **Joujou hippique** mit 12 Freiheitspferden. Das Vollendetste der Pferdedressur, wie solche bis jetzt noch nicht gesehen wurde. Vorgeführt vom Direktor **Fr. Renz**. **Mephistofila's Hölle-ritt**, ausgeführt von **Fräul. Wally Renz** (Tochter des Direktors).
Zum ersten Male in Berlin: **Die vier Jahreszeiten**, Schule, geritten von 4 Damen. Auftreten der berühmtesten Schulkinder der Gegenwart: **Mr. Gabarel** mit seinem Rapphengst **Chicago**, **Herr Ritter von Renroff** mit seinem Schulpferde **Stobeleff**, hierbei besonders erwähnenswerth: **Original! Der phänomenale Baguettesprung**, wie solcher bisher von keinem Reiter mit Pferd in gleicher Weise ausgeführt wurde. Zum ersten Male in Berlin! **Povero**, 4jähr. Vollblut-Rapphengst, in allen Gangarten der hohen Schule dressirt und geritten von dem anerkannt besten Schulkinder der Welt **Mr. James Phillis**. Zum ersten Male in Berlin! **Neue Idee!** Die große **Armeesteeple-Chase**. Internationales Wettpringen, oder: **Alles unter einem Hut**. Auftreten der berühmtesten Künstler-Familie **James Jes**. **Romische Entrees** und **Intermezzi**. Alles Näheres aus Plakaten und Aushangzetteln ersichtlich.

Preise der Plätze für die ersten beiden Vorstellungen (Sonnabend, den 12. Oktober, und Sonntag, den 13. Oktober): Logenplatz 6 M., Sperrplatz und Tribünenplatz 4 M., Erster Rang Balkon (nummerirt) 1. Reihe 3 M., die folgenden Reihen (nummerirt) 2 M., Zweiter Platz 1 M., Dritter Platz (Galerie-Stehplatz) 50 Pf. Kinder unter Begleitung Erwachsener zahlen auf dem 1. Rang, Balkon und zweiten Platz die Hälfte, auf allen übrigen Plätzen den vollen Preis.
Kasseneröffnung vormittags von 11 bis 2 Uhr und nachmittags von 5 Uhr ab.
Sonntag, den 13. Oktober 1895, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Fest-Vorstellung**. Montag, den 14. Oktober und folgende Tage: **Vorstellung**, abends 7 1/4 Uhr. (Kleine Eintrittspreise.)
Franz Renz, Direktor,
Königl. Kommissionsrath.

Wir **Warnen** vor unnützen Mehrausgaben bei Einkauf von eleganten Herren- u. Knaben-Garderoben zur Herbstdaison.
Herren-Paletots jetzt M. 10, 12, 15, 18-35 an.
Herren-Anzüge jetzt M. 12, 16, 20, 24-36 an.
Jünglings-Paletots, Anzüge M. 9, 12, 15-20 an.
Knaben-Hohenzollern-, Pelerinen-Mäntel von M. 15 an.
Einziges Geschäft in Berlin, wo so elegante Garderobe zu derartig billigen Preisen abgegeben werden.
Sonntags geöffnet. Elektrische Beleuchtung.
Bekleidungs-Compagnie
178 Friedrichstrasse 178,
zwischen Jäger- u. Taubenstrasse.

Wir Warnen

vor unnützen Mehrausgaben bei Einkauf von eleganten Herren- u. Knaben-Garderoben zur Herbstdaison.

Herren-Paletots jetzt M. 10, 12, 15, 18-35 an.
Herren-Anzüge jetzt M. 12, 16, 20, 24-36 an.
Jünglings-Paletots, Anzüge M. 9, 12, 15-20 an.
Knaben-Hohenzollern-, Pelerinen-Mäntel von M. 15 an.
Einziges Geschäft in Berlin, wo so elegante Garderobe zu derartig billigen Preisen abgegeben werden.
Sonntags geöffnet. Elektrische Beleuchtung.
Bekleidungs-Compagnie
178 Friedrichstrasse 178,
zwischen Jäger- u. Taubenstrasse.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Hohenzollern-Mäntel	mit einer 5 Mir. weit. Pelerine in schwarz, grau, modif. in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. 2reihig	von M. 30-45
Jaquet-Anzüge	in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reihig	16-24
Jaquet-Anzüge	englische Cheviot-Stoffen, eleg. Ausföhrung	20-35
Jaquet-Anzüge	1. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons	22-36
Mod-Anzüge	moderner Farben, elegante Schnitt-Façons	25-38
Mod-Anzüge	von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig	30-42
Gehrod-Anzüge	Eskimo u. Ploconestoffe, eckfarbig in allen Farben, 1. u. 2reihig	30-45
Winter-Paletots	Saccopaleto's, 1. u. 2reihig, eckfarbig in allen Farben	20-35
Beinkleider	la. la. Eskimo u. Ploconestoffe, eckf. in allen Farben, 1. u. 2reihig	18-36
Beinkleider	in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot	25-45
Beinkleider	in engl. Stoffen und engl. Façons	5-10
Knabenpaletots, Knabenanzüge	weidamer Façons in großer Auswahl	6-14
Schul-Anzüge	in Cheviot, Velour- u. dauerhaftem Zwirn-Stoffen, 1. und 2reihig	von M. 6 an

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Begründung des Geschäfts 1878.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen an
Pötzsch und Frau,
Muskauerstr. 49.

Den Parteigenossen des 1. Reichstags-Wahlkreises die betäubende Nachricht, daß unser Genosse, der Schlossermeister
Joseph Wiaderny
im Alter von 50 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause, Kleine Poststr. 6, aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten
208/3 **Die Vertrauenspersonen.**

Achtung! I. Wahlkreis!

Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Wahlvereins zum ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis zur Kenntnis, daß unser altes Mitglied, der Schlossermeister
J. Wyaderny
am Donnerstag früh 6 Uhr verstorben ist.
Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause Kleine Poststr. 6 aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
236/5 **Der Vorstand.**

Verband der im Vergolder- u. verw. Gewerben beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
(Filiale Berlin).
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß am 10. Oktober unser treues Mitglied, der Baroquevergolder
Richard Schirop
im Krankenhause Friedrichshain verstorben ist.
Zeit und Ort der Beerdigung wird in der Versammlung am Sonntag Vormittag bekannt gemacht.
Um rege Theilnahme bei der Beerdigung ersucht
225/8 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme, sowie die zahlreichen Krankspenden bei d. Beerdigung meines lieben Mannes, des Formers
Adolf Vollmar
sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Minna Vollmar.

Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, 2reihig, wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Kerosinöden misstouft Guttel, Kaufher Platz 2, Claffersstr. 12.

Bade Lohtannin
Wallstr. 70. Pankstr. 32.
Probabad nur 1 M.
Loh-Tanninbäder auch für Krankenkassen. 8448L*
Dampfbad nur Wallstr. 70 (weiter Eingang: Neu-Rölin a. B. 6/8).
G. Münsel.
Prospekt franko umsonst.

Arbeitsmarkt.
Achtung!
Parquetbodenleger!
Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugut auch nach dem Neubau **Schulhaus in Wilmsdorf** ist strengstens fernzuhalten.
Die Werkstatt-Kontrollkommission d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.
Tücht. Rock- und Paletot-Schneider per sofort gesucht. 5055
M. W. Rosenthal u. Komp.,
Kaiser Wilhelmstr. 48.

Zuschneider auf Kragen u. Mansch. bei gutem Lohn und dauernder Stellung suchen **Wolfram & Wolff,** Stralauerstr. 56. 6425
Lehrfräulein, Damenschneiderei, verl. **Minna Gänger,** Stralauer Brücke 6.
Knaben-Anzüge. Arbeiterin auf geschnittene Arbeit guter Mittel-Genres bei dauernder Beschäftigung gesucht. **Leopold Pinn,** Kaiser Wilhelmstr. 3.
Wamsells auf bessere glatte Jaquets verlangt **Schönan,** Reichenbergerstr. 187.